

Lobbying

Das Entstehen einer Methode
und ihre Praxis
in der außerschulischen, nicht - verbandlichen
Wiener Jugendarbeit

DSA Tanja Wehsely

Diplomarbeit
eingereicht zur Erlangung des Grades
Magister(FH)/Magistra(FH) für sozialwissenschaftliche Berufe
an der Fachhochschule St. Pölten
im Juni 2006

Erstbegutachter:
Prof. (FH) Dr. Tom Schmid

Zweitbegutachterin:
Ao. Univ. Prof. Dr. Birgit Sauer

Abstract

Tanja Wehsely

Lobbying

Das Entstehen einer Methode und ihre Praxis in der außerschulischen, nicht – verbandlichen Wiener Jugendarbeit

Diplomarbeit, eingereicht an der Fachhochschule St. Pölten im September 2006

Die Entwicklung der Methode Lobbying in der Wiener Jugendarbeit wird in dieser Diplomarbeit beleuchtet.

Die Autorin geht von der Hypothese aus, Lobbying wäre eine bereits verankerte, angewandte Methode. Weiters wird angenommen, dass der Sozialraum orientierte Ansatz der als Handlungstheorie die Basis der Jugendarbeit bildet, die Entstehung und Etablierung von Lobbying begünstigt hat.

Die Spezifika des sozialpolitischen Lobbyings (im Unterschied zu Lobbying im Profit Bereich) werden beleuchtet.

Mittels einer Fragebogen - Befragung unter leitendem Personal der Wiener Jugendarbeit wurden Einschätzungen und Erfahrungen bezüglich Lobbying im Feld gesammelt.

Die wesentlichsten Ergebnisse der Befragung:

- Lobbying wird als Einflussnahme und Mittel zur gesellschaftlichen Veränderung zu Gunsten der eigenen Klientel gesehen.
- Es ist eine Methode die angewandt wird um als Interessensvertretung für jugendliche KlientInnen zu agieren.
- Jugendarbeit und gesellschaftliche Einflussnahme gehören zusammen.

Zum besseren Verständnis und als wichtigen Praxisbezug werden exemplarisch zwei Lobbying - Projekte des Vereins Wiener Jugendzentren aufgerollt und in ihrer Vielfältigkeit und Komplexität erläutert.

Lobbying

Development and practise of a method in open youth work

The thesis deals with the development of the method “lobbying” in Viennese open youth work.

The author presents as the core message that lobbying today already is a practiced method of youth work.

Furthermore it shows that “Sozialraumorientierung”, in this case most closely described as community action, provides a base for the development of lobbying.

The specific parameters of socio-political lobbying (as it varies from profit sector lobbying) are drawn.

With the means of a questioning survey within the group of leading youth workers in Vienna essential points and experience concerning lobbying where collected:

- Lobbying is viewed as tool to influence social change in favor of the clients.
- It is an applied method in order to act as interest/advocacy group for young people.
- Youth work and lobbying go together.

With respect to a better understanding on one hand and getting to know best practise models of youth work on the other hand, two lobbying projects of the Association of Viennese youth centers are unfold showing the complexity and diversity of the process.

Inhalt

Vorwort	8
 1. Einleitung.....	 12
 2. Jugendarbeit in Wien.....	 14
2.1 Begriffsklärungen.....	16
2.2 Jugendpolitik in Österreich.....	17
2.3 Jugendpolitik und Jugendarbeit in Wien.....	19
2.3.1 Jugendpolitik.....	20
2.3.2 Jugendarbeit – Rahmen und Auftrag.....	21
Exkurs: Der Verein Wiener Jugendzentren.....	22
2.4 Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit.....	23
2.4.1 Theorie.....	24
2.4.1.1 Gesellschaft als virtueller Sozialraum.....	25
2.4.2 Konzeption.....	26
2.4.3 Methodik.....	27
2.5 Das jugendpolitische Mandat.....	29
 3. Lobbying (und Public Affairs).....	 32
3.1 Begriffsklärungen.....	34
Exkurs: Einführung des Begriffs Public Affairs in der Jugendarbeit?	37
3.2 Eine neue Disziplin in der Wiener Jugendarbeit entsteht.....	41
3.3 Methode zur Wahrnehmung des jugendpolitischen Mandats?.....	43
3.3.1 Spezifika sozialpolitischen Lobbying in der Jugendarbeit	44
3.3.2 Grundlagen jugendpolitischen Lobbyings der Wiener Jugendzentren.....	47
3.3.3 Entwicklung eines Lobbying – Projekts.....	50
3.3.4 Lobbying als Professionalisierungsschritt?.....	54

4.	Umfrage in der Wiener Jugendarbeit.....	55
4.1	Methodisches Vorgehen.....	55
4.2	Die befragte Gruppe.....	56
4.3	Der Fragebogen.....	57
4.3.1	Operationalisierung und Instrumente.....	57
4.3.2	Erhebungszeitraum und Rücklauf.....	58
5.	Ergebnisse der Umfrage.....	59
5.1	Themenblock 1.....	59
5.1.1	Frage a).....	60
5.1.2	Frage b).....	61
5.1.3	Frage c).....	62
5.1.4	Frage d).....	63
5.2	Themenblock 2.....	64
5.2.1	Frage a).....	64
5.2.2	Frage b).....	65
5.2.3	Frage c).....	66
5.3	Themenblock 3.....	67
5.3.1	Frage a).....	67
5.3.2	Frage b)	69
5.3.3	Frage c)	70
5.4	Themenblock 4.....	71
5.4.1	Frage a).....	72
5.4.2	Frage b).....	72
5.4.3	Frage c).....	74
5.4.4	Frage d).....	75
5.5	Statistik.....	75
5.6	Zusammenfassung.....	77
6.	Praxisbeispiele: Sozialpolitische Lobbying- und Public Affairs Projekte der Wiener Jugendarbeit	80
6.1	Petition „Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“.....	81

6.1.1	Beschreibung des Phänomens, Expertise, Forderungen der Petitionsgruppe.....	82
6.1.2	Auseinandersetzung mit dem politischen Gegenüber.....	83
6.1.3	Bildung von Arbeitsgruppen und Interessenskoalitionen.....	84
6.1.4	Medienarbeit, Sensibilisierung der Öffentlichkeit.....	85
6.1.5	Überprüfung der Fortschritte, Ziele.....	86
6.1.6	Darstellung einer konkreten Fallbeschreibung.....	88
6.1.7	Begleitendes Projekt mit Jugendlichen.....	89
6.2	„Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“.....	90
6.2.1	Beschreibung des Phänomens, Forderungen.....	90
6.2.2	Entstehung und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe.....	91
6.2.3	Expertise und Vorschläge der Arbeitsgruppe in Kurzfassung.....	92
6.2.4	Behandlung und Auseinandersetzung durch die Politik (Protokollauszüge).....	93
6.2.5	Chronologie und Status Quo des Projekts.....	95
6.2.6	Beiziehung externer Fachleute.....	96
6.2.7	Zeitplan.....	97
7.	Persönlicher Ausblick.....	98
	Literatur.....	100
	Abbildungsverzeichnis.....	108
	Anhang.....	109

Vorwort

1995, also vor 11 Jahren, reichte ich meine Diplomarbeit an der Bundesakademie für Sozialarbeit in Wien ein. Der Titel lautete „Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit. Am Beispiel des Vereins für Bewährungshilfe und Soziale Arbeit (VBSA)“. Der ehemalige VBSA (heute neustart) war damals eine der wenigen Social Profit Organisationen die professionell Öffentlichkeitsarbeit betrieben, eigenes Personal dafür hatten und eine gänzlich „neue“, progressive Einstellung zu diesem Thema. Seit Beginn des Studiums 1992 hatte ich mich mit Öffentlichkeitsarbeit befasst; für mich immer eine wichtige Methode, ein Medium für Sozialarbeit um Sprachrohr der KlientInnen sein zu können und sie gegebenenfalls auch selbst auf die „Bühne“ zu bringen.

So war es dann auch nicht weiter verwunderlich, dass mich die Jugendarbeit, genauer die Wiener Mobile Jugendarbeit des Vereins Wiener Jugendzentren sehr ansprach. In den Konzepten von Sabine Etl - Diplomsozialarbeiterin, im Jahr 1992 Gründerin und „Brain“ der Mobilen Jugendarbeit „Back on Stage“ in Wien - standen „Herstellen von Öffentlichkeit“ und „sozialpolitische Einflussnahme“ erstmals schwarz auf weiß auf Papier niedergeschrieben. Und zwar als klar definierte Zielsetzung. Öffentlichkeitsarbeit wurde hier zum selbstverständlichen Standard erklärt! Viele in der Jugendarbeitsszene damals waren verwundert, vor den Kopf gestoßen. Das klang irgendwie nach Wichtigtuerei, Anmaßung. Außerdem war alles kurz und bündig zusammengefasst, gut lesbar auch für Laien. Eine neue Ära brach an. Es hatte zwar schon jahrelang Streetwork gegeben, also auch aufsuchende Jugendarbeit, doch deren Fokus waren Fußballfanarbeit, Drogenarbeit, Arbeit mit stigmatisierten Jugendgruppen. Der Start des mobilen Projekts „backstage“ (später in „Back on Stage“ umbenannt) erfolgte – auch – wegen stigmatisierten Jugendlichen. So genannte Jugendbanden trieben in Wien ihr Unwesen. Doch sie sollten nun, mit Unterstützung der

Jugendarbeit, eine Öffentlichkeit finden die auch ihre positiven Seiten kennen und schätzen lernt.

Die Stadt Wien, damals wie heute Subventionsgeberin der außerschulischen Jugendarbeit, ließ sich, mit Hilfe des damaligen Geschäftsführers des Verein Wiener Jugendzentren Helmut Laska, von der Sinnhaftigkeit des Mobilen Jugendarbeitsprojekts überzeugen und nach einem Jahr Pilotphase konnte es in den Regelbetrieb übernommen werden. Insgesamt folgten nach dieser Konzeption noch weitere vier Projekte. Aber dazu vielleicht etwas mehr im Kapitel „Wiener Jugendarbeit“.

Wichtig allerdings: Ungefähr ab 1992 hielt Öffentlichkeitsarbeit als Methode in der Jugendarbeit Einzug. Wie auch schon die Konzepte der Mobilen Jugendarbeit, wurden seit ungefähr 10 Jahren auch die Konzepte der offenen Jugendarbeit weitestgehend basierend auf der Handlungstheorie „Sozialraumorientierung“ weiterentwickelt. Auch dazu in den folgenden Kapiteln näheres.

Insgesamt setzte sich ein Trend, teilweise adaptiert aus dem Profitbereich in der Jugendarbeit durch: Struktur -, Leitbild – und Organisationsentwicklung. Die Wiener Jugendarbeit hatte ein Ausbaustadium erreicht, das über eine familiäre „Teamvollversammlungsgröße“ hinausging.

Die Professionalisierung und Strukturierung der Sozialen Arbeit und auch der Jugendarbeit schreitet positiv fort. Die „nicht – verbandliche, außerschulische, offene, aufsuchende und mobile Wiener Jugendarbeit“ (in Folge nur mehr „Wiener Jugendarbeit“ genannt) sucht ihresgleichen. Wenige europäische Großstädte erreichen einen derartigen Ausbau, eine so hohe Professionalität, theoretisch wie praktisch festgelegte und gelebte Standards, Entwicklung und Forschung und auch ein State – of - the Art Management wie die Wiener Jugendarbeit. Natürlich ist auch die finanzielle Dotierung dem entsprechend. Der Ausbau der Wiener

Jugendarbeit zu seiner jetzigen Größe ist eine Leistung der amtierenden Wiener Vizebürgermeisterin Grete Laska.

Für ihre Pionierarbeit, ihre Leistungen im Rahmen der Professionalisierung der Jugendarbeit und insbesondere des Lobbyings in diesem Bereich, möchte ich in diesem Vorwort insbesondere auch Gabriele Langer (seit 1994 Geschäftsführerin des Vereins Wiener Jugendzentren (VJZ)), Richard Krisch (Jugendarbeiter und Jugendsoziologe, Experte bezüglich Sozialraumorientierter Jugendarbeit) und Maria Seebauer (seit 1996 Öffentlichkeitsarbeiterin des Verein Wiener Jugendzentren, deren Kollegin ich seit 2001 in der Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit des VJZ bin) erwähnen und danken.

Ich freue mich also heute, 11 Jahre später, über und in ein/em Feld der Sozialarbeit, in meinem Fall der Jugendarbeit, zu berichten und zu forschen, das sich auf Grund der kurz angerissenen Gegebenheiten entwickelt hat und vor seiner Etablierung steht – stehen muss: Lobbying / Public Affairs in der Sozialarbeit, am Beispiel der Wiener Jugendarbeit insbesondere der Wiener Jugendzentren.

Kurz zu meiner Person: Ich habe im Anschluss an das Studium an der damaligen Bundesakademie für Sozialarbeit in Wien, den Hochschullehrgang für Öffentlichkeitsarbeit am Publizistikinstitut der Universität Wien abgeschlossen. Im Jahr 1997 stieß ich zur Mobilen Jugendarbeit in der Einrichtung Back Bone, des Vereins Alte Fleischerei, wo ich als stellvertretende Projektleitung auch die Agenden der Öffentlichkeitsarbeit betreute. Seit 2001 bin ich in der Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit des Vereins Wiener Jugendzentren tätig, wo auch die meisten Lobbying – Projekte koordiniert und durchgeführt werden.

Eine Erwähnung: Nicht nur auf Grund seiner Größe (Trägerverein mit über 30 Einrichtungen und an die 300 Beschäftigten), wird in dieser Diplomarbeit oft auf den Verein Wiener Jugendzentren Bezug genommen.

Einige der wesentlichen Entwicklungen der Wiener Jugendarbeit wurden in dieser NPO erkannt, wahrgenommen, aufgegriffen und etabliert.

Ich versuche in dieser Diplomarbeit sowohl Begriffsklärungen und Erläuterungen zum Thema Jugendarbeit und Lobbying auszuführen, aber auch folgende Fragestellungen aufzuwerfen und – so möglich - zu klären:

Welche gesellschaftlich – politische Entwicklung und welche Entwicklungen in der Jugendarbeit führten zur Annahme eines jugendpolitischen Mandats? Welche Voraussetzungen erfüllt die Wiener Jugendarbeit um als Lobbyistin auftreten zu können? Ist Lobbying als Methode in der Wiener Jugendarbeit anerkannt? Bedeutet Lobbying einen weiteren Professionalisierungsschritt der Jugendarbeit?

Die Ergebnisse und Interpretationen meiner diesjährig durchgeführten Umfrage unter leitenden KollegInnen der Wiener Jugendarbeit zum Thema „Lobbying“ sollen zur Klärung einiger Fragen beitragen.

Außerdem:

Welchen Gesetzmäßigkeiten folgt Lobbying in der Wiener Jugendarbeit?

Was ist das Spezifische an Lobbying im Social Profit Bereich?

Wie sieht Lobbying in der Praxis der Wiener Jugendarbeit aus?

Ich hoffe, interessant und gut lesbar durch dieses spannende Thema zu führen.

Viel Freude beim Lesen, noch mehr Freude beim Tun!

Tanja Wehsely

Wien 2006

1. Einleitung

Meine Diplomarbeit „Lobbying – Das Entstehen einer Methode und ihre Praxis in der außerschulischen, nicht - verbandlichen Wiener Jugendarbeit“ ist in fünf inhaltliche Teile gegliedert.

Eine Übersicht über die Jugendarbeit in Wien bietet dieses erste inhaltliche Kapitel (Punkt 2). Begriffsklärungen sollen dem/der LeserIn Einblicke in die verwendete Fachsprache gewähren und wichtige Begriffe der Jugendarbeit vorstellen. Eine Erläuterung der Gestaltung von Jugendpolitik in Österreich folgt. Nach der Darstellung der Entwicklung der Wiener Jugendarbeit, folgt die Ausführung des politischen Rahmens und Auftrags den die Wiener Jugendarbeit hat. Die der Jugendarbeit zu Grunde liegende Handlungstheorie „Sozialraumorientierung“, diesbezügliche Methodik und Konzeption wird vorgestellt. Darauf aufbauend, beziehungsweise damit verknüpft leitet sich ein „jugendpolitisches Mandat“ der Jugendarbeit ab. Dieser Punkt bildet auch die Überleitung zum nächsten Kapitel.

Lobbying (und Public Affairs) werden unter Punkt 3 bearbeitet, beschrieben, erläutert. Auch hier sind zunächst Begriffsklärungen nötig. Was wird unter den verschiedenen Überschriften, bzw. Schlagworten „Lobbying“, „Public Affairs“, „PR“, „Kampagne“, etc. verstanden? Welche Grenzen müssen gezogen werden? Was ist im Moment der aktuelle Stand in Bezug auf Lobbying, insbesondere im NPO Bereich und der Wiener Jugendarbeit, da doch von einer „neuen Disziplin“ zu sprechen ist? Letztlich soll hinterfragt werden, ob Lobbying eine Methode zur Wahrnehmung des jugendpolitischen Mandats in der Wiener Jugendarbeit darstellt.

Das führt zum nächsten Kapitel und zur Beschreibung der Umfrage bezüglich Lobbying in der Wiener Jugendarbeit, die ich im Rahmen meiner Diplomarbeit im Juni und Juli 2006 durchgeführt habe.

Die Ergebnisse der Fragebogen Befragung werden im Kapitel 5 dargestellt und beschrieben.

Zum besseren Verständnis und als wichtigen Praxisbezug werden exemplarisch zwei Lobbyingprojekte des Vereins Wiener Jugendzentren aufgerollt und in ihrer Vielfältigkeit und Komplexität erläutert (Kapitel 6).

Mit einem persönlichen Ausblick schließe ich die Diplomarbeit ab.

2. Jugendarbeit in Wien

Eine Übersicht über die nicht – verbandliche, außerschulische, offene, aufsuchende, mobile Jugendarbeit in Wien (Wiener Jugendarbeit)

Die „Wiener Jugendarbeit“, fast schon so etwas wie ein Label, ist ein über 30 Jahre gewachsenes, dichtes Netz(werk) an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Und zwar von, mit und für Jugendliche.

Entstanden ab den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts „Häuser der Begegnung“ und „Häuser der Jugend“, so wandelte, professionalisierte sich das sozialarbeiterische Handlungsfeld Jugend(arbeit) seit den späten 1980er Jahren zu einer weitgehend parteipolitisch unabhängigen, jedoch durchaus politischen Institution. Denn dienten die „Häuser der Jugend“ zum Großteil verbandlichen Jugendgruppen, so setzte in den späten 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts auch eine so genannte Jugendzentren – Bewegung ein. Autonomie für die Einrichtungen wurde gefordert, die selbstverständliche Einbindung in den Parteiapparat der Sozialistischen (heute Sozialdemokratischen) Partei Wiens hinterfragt. Die Friedensbewegung, Frauenbewegung, beginnende Punk-, Alternativ- und Anarchoszene beeinflusste auch die Sozialarbeit, die Jugendarbeit und veränderte nachhaltig die Sicht der Dinge in Bezug auf Staat und Staatsgewalt, Bevormundung versus Empowerment, KlientInnenrechte u. v. a. m. Die Verantwortung für Ressourcen, Einrichtungen und Standorte der Jugendarbeit in den verschiedenen Bezirken Wiens wurde gebündelt und an Vereine mit Privatangestellten übertragen. Der größte Träger ist bis heute der Verein Wiener Jugendzentren (ehemals Verein Jugendzentren der Stadt Wien). (vgl. Pawlik, 1988 in Schulheft 39, Jugendzentren in Österreich, Seiten 6 ff. und Krisch / Laska, 1993, Seite 1-2)

Daneben existieren einige andere, kleinere Trägerorganisationen für außerschulische Jugendarbeit. Inhaltlich geht es auch heute noch, oder gerade wieder um soziale Gerechtigkeit, um Chancengleichheit für

benachteiligte Jugendliche in Wien. Es wird durchwegs auf Empowerment gesetzt und methodisch mittels Gruppen – und Cliquenarbeit sowie Einzelfallhilfe und herausreichend, bzw. aufsuchend mit den Jugendlichen gearbeitet. In der mobilen Jugendarbeit liegt ein Schwerpunkt auf Streetwork.

Anfang der 1990er Jahre wurde mit Organisationsentwicklungsprozessen bei den Trägern der Wiener Jugendarbeit begonnen. Von Leitbildern, über Entwicklung von Qualitätsmerkmalen und Einrichtungskonzepten, ausführlicher Dokumentation, regelmäßigem Berichtswesen und Controlling, bis hin zur Formulierung von politischen Positionspapieren reicht die Professionalisierungspalette. Der Verein Wiener Jugendzentren ist im Bereich der Professionalisierung federführend. (vgl. Jahresbericht Verein Wiener Jugendzentren, 1998/99, Langer, Seiten 4 ff)

Größte Subventionsgeberin ist die Stadt Wien, die an die 25 Millionen Euro für außerschulische Jugendarbeit (nicht nur für offene und mobile JA, jedoch einen großen Teil dafür) pro Jahr aufwendet und die natürlich auch den Auftrag formuliert. Dabei geht es um die Förderung der demokratischen Mitbestimmung und Beteiligung Jugendlicher, ihrer Unterstützung und Förderung, sowie umfassender Prävention und Bildungsarbeit. (Vgl. LAJU Wien, 2003, Seite 11 und Seite 20 -21)

Und zu dieser breiten Palette an Aufgaben gehört auch Lobbying für unsere BesucherInnen – durchaus ein Wiener Spezifikum, denn natürlich ist es fraglich ob Politik Lobbying bei sich selbst beauftragen kann und soll. Wie auch immer: Nachdem Lobbying – auch als Begriff – vor ungefähr 10 – 15 Jahren erstmals in der Jugendarbeit, nämlich der Mobilen Jugendarbeit, aufgetaucht ist, hat es sich als begleitende, unterstützende Methode etabliert und ist heute aus der nicht - verbandlichen, offenen und mobilen Jugendarbeit in Wien nicht mehr wegzudenken (Vgl. See you 3/02, Seite 6).

2.1 Begriffsklärungen

2.1.1 Außerschulische, nicht – verbandliche Jugendarbeit in Wien

Umfasst den gesamten Bereich der Jugendarbeit außerhalb der Schule, der von Trägern professioneller Jugendarbeit und nicht von Partei- oder kirchlichen Organisationen durchgeführt wird.

2.1.2 Offene Kinder – und Jugendarbeit

Jugendarbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs bzw. -cafés. Offene Struktur, jugendadäquat, partizipativ, nicht – kommerziell, ohne Konsumzwang, freiwillig, Ressourcen zur Verfügung stellend. Sozialraum orientiert. Alle MitarbeiterInnen verfügen über fachliche Qualifikation, die meisten auch über einschlägige Berufsausbildung. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Qualitätsmerkmale der Offenen Jugendarbeit, 2006)

2.1.3 Mobile Jugendarbeit

Hauptsächlich Streetwork um mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen, niederschwellig. Räume für Jugendliche erschließend, freiwillig, anonym, emanzipatorischer Ansatz, Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit als integrierte Aufgabe. Sozialraum orientiert. Alle MitarbeiterInnen verfügen über fachliche Qualifikation, die meisten auch über einschlägige Berufsausbildung. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Qualitätsmerkmale der Mobilen Jugendarbeit, 2006)

2.1.4 Herausreichende, aufsuchende Jugendarbeit

Ergänzende und erweiternde Methode der offenen Jugendarbeit. Einbeziehung und Erschließung der Ressourcen des Stadtteils für Jugendliche. Mobile Teams ergänzen stationäre Arbeit mit Streetwork. Sozialraum orientiert. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Qualitätsmerkmale der Offenen Jugendarbeit, 2006)

2.1.5 MA 13

Die Wiener Magistratsabteilung 13, zuständig für Jugend und außerschulische Bildung, ist in der Geschäftsgruppe Jugend, Bildung, Sport, Information und Bäder von Vizebürgermeisterin Grete Laska angesiedelt. Die MA 13 ist – unter anderem - für die Wiener Jugendarbeit Subventions- gebende und koordinierende Stelle in der Stadt Wien. Seit Sommer 2006 ist diese Magistratsabteilung neu strukturiert. Es wurde ein eigener Fachbereich gegründet, der inhaltlich, fachlich und finanziell jene Vereine und Organisationen in Wien unterstützt die offene, mobile und aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit betreiben, sowie Vereine zur Durchführung von Parkbetreuung.

2.1.6 Parkbetreuung

In Wien werden in vielen Bezirken, saisonal und auch ganzjährig, Parks freizeitpädagogisch betreut und Spielanimation angeboten. Durch die langjährige Praxis wurde auch Projektarbeit ausgebaut und die BetreuerInnen kümmern sich auch um Probleme Jugendlicher und Kinder. „Parkbetreuung soll den (räumlichen und sozialen) Benachteiligungen der „Großstadtkinder“ entgegenwirken und zur individuellen Entfaltung der Kinder und Jugendlichen unter Berücksichtigung deren unterschiedlicher Bedürfnisse und Interessen beitragen.“ (Wiener Parkbetreuung, Übersicht 2003, Seite 1)

2.2 Jugendpolitik in Österreich

„(...) Die Jugendpolitik in Österreich soll junge Menschen unterstützen, um mit der Vielfalt an Anforderungen in der Lebensphase `Jugend` zu Recht zu kommen. Vor allem soll sie aber Jugendliche die Möglichkeit einer selbstbestimmten Lebensführung bieten und jungen Menschen zum Aufbau erreichbarer und erstrebenswerter Lebensperspektiven befähigen. Gendergerechtigkeit, Partizipation, Vernetzung und Qualitätssicherung

sind dabei die Grundvoraussetzungen, die es bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen gilt (...).“ (BMSG, Jugendpolitik in Österreich, 2006, Seite 5)

Soweit zur grundsätzlichen, offiziellen Haltung bezüglich Jugend in Österreich. Was das für Jugendarbeit konkret bedeutet ist aber „vom Bund“ wenig beeinflussbar. Außerschulische Jugendarbeit, als wichtiger Teil von Jugendpolitik, fällt in den Bereich und die Kompetenz der Bundesländer, da Österreich einen föderalistischen Staatsaufbau hat und viele Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt sind. Laut Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz stellt die außerschulische Jugendarbeit eine Ergänzung zu den Leistungen für Familien und Einrichtungen der schulischen und beruflichen Bildung dar. Ihre Angebote umfassen sowohl offene Jugendarbeit, als auch verbandliche Jugendarbeit und Sport-, Bildungs- und Kulturvereine. In den Bundesländern werden diese Aufgaben zumeist von den jeweiligen Landesjugendreferaten wahrgenommen. (Vgl. BMSG, Jugendpolitik in Österreich, 2006, Seite 5)

2.2.1 Bundesjugendvertretung

Als gesetzliche Interessensvertretung von Jugendlichen und jungen Menschen ist in Österreich die Bundesjugendvertretung verankert, sie wurde mit Inkrafttreten des Bundesjugendvertretungsgesetzes 2001 etabliert und gilt als eine gesetzliche Interessensvertretung. Sie bezeichnet sich als parteipolitisch unabhängig und setzt sich aus mehr als 40 Organisationen zusammen. (Vgl. www.jugendvertretung.at)

Als problematisch erweist sich, dass nur Jugendliche und junge Erwachsene eingebunden sind die ihrerseits einer verbandlichen Jugendgruppe angehören.

Jene Jugendlichen die von der Wiener Jugendarbeit betreut werden und Großteils nicht organisierte Jugendliche sind, sind nicht erfasst. Das ergibt sich schon sinngemäß aus dem Gesetzestext der unter „Bundes-

Jugendvertretungsgesetz § 2 (2) lautet: „Als Jugendorganisation im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten freiwillige Vereinigungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren Mitglieder vorwiegend Jugendliche im Sinne des Abs. 1 sind (bis 30 – Jährige, Anm. der AutorIn), denen gesamtösterreichisch Bedeutung zukommt und deren Hauptzweck die Vertretung und die Förderung der Interessen von Jugendlichen ist.“

2.3 Jugendpolitik und Jugendarbeit in Wien

Obwohl außerschulische Jugendarbeit in Wien nicht gesetzlich verankert ist, stellt sie eine wichtige Grundlage zur Sicherung des sozialen Friedens in Wien dar und ist mitverantwortlich für die Wahrung der Rechte Jugendlicher. Sie ist wesentlich mehr als ein „good will“ der Stadtregierung. Jugendarbeit als Unterstützung und Empowerment junger Menschen erfuhr bis Anfang des neuen Jahrhunderts einen massiven Ausbau. Jährlich kamen neue Projekte, Standorte und Einrichtungen dazu – seit wenigen Jahren werden die Ressourcen allerdings auch in Wien knapper (Verein Wiener Jugendzentren, Jahresberichte 2000 – 2003, Daten und Fakten).

Interessant und diskussionswürdig wäre im Zusammenhang mit Lobbying und Jugendarbeit die Auseinandersetzung mit öffentlich beauftragter Jugendarbeit und deren Anspruch unabhängig zu sein, gleichsam eine NGO, da privatrechtlich und als Verein organisiert, eingereiht in die „Zivilgesellschaft“. Buchner, Friedrich und Kunkel schreiben dazu in ihrem Buch „Zielkampagnen für NGO“ über ein Interview das sie mit dem ehemaligen österreichischen Europa – Abgeordneten Dr. Hannes Kronberger führten, der aufschlussreiches zu diesem Thema sagte: „NGO werden immer zahlreicher, ihr Einfluss auf die Politik wird auch immer größer. Diese NGO entsprechen allerdings immer weniger dem klassischen Bild einer Nichtregierungsorganisation. Sie erheben den Anspruch, unabhängig zu sein und die `Zivilgesellschaft` oder Teile davon

zu repräsentieren, in der Realität handelt es sich dabei immer häufiger um Vasallen politischer Kräfte und Institutionen (...).“ (Buchner/Friedrich/Kunkel, 2005, Seite 25)

Auch die Wiener Jugendarbeit hat einen großen Subventionsgeber, die Stadt Wien. Und bekanntlich ist die Stadt Wien seit Jahrzehnten (fast ausschließlich absolut) rot, sprich sozialdemokratisch regiert. Wie zu Beginn des Kapitels erläutert hat sich die Jugendarbeit in ihrer heutigen Form auch aus verschiedenen verbandlichen Strukturen entwickelt. Mit zunehmender Professionalisierung der Jugendarbeit, deren Ausbau und Organisation in Vereinen mit Privatangestellten nahm parallel dazu der parteipolitische Organisationsgrad der JugendarbeiterInnen ab.

Bei Arbeiterkammerwahlen entfallen heute zum Beispiel im größten Verein der Wiener Jugendarbeit, dem Verein Wiener Jugendzentren, die meisten Stimmen auf die Listen AUGE (Grün – nahe Liste) und GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) und nicht auf die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, die ja dem Geldgeber nahe stehen (Vgl. AK Wahlen Wien 2004, Sprengelwahlergebnisse Verein Wiener Jugendzentren)

Ein Schluss der zu ziehen wäre: Die Wiener Jugendarbeit hat sich mit Duldung, ja sogar Förderung der Regierungsfraktion SPÖ in Wien gleichsam von ihr emanzipiert. Die Loyalität gilt den jeweiligen Vereinsobleuten, der Stadt Wien, dem Subventionsgeber. Dabei wird aber recht strikt zwischen Stadt Wien und SP Wien unterschieden, was ja noch nicht sehr lang üblich ist. Ein Baustein hin zu Lobbying – mit einem offenen, interessierten Gesprächspartner.

2.3.1 Jugendpolitik

Von Bundesebene werden der Landes-Jugendpolitik bezüglich außerschulischer Jugendarbeit folgende Aufgabenbereiche zugeschrieben:

- Lobbymaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich

- Förderung und Unterstützung von Jugendeinrichtungen insbesondere der offenen Jugendarbeit (hierunter werden Jugendzentren, mobile und aufsuchende Jugendarbeit subsumiert)
- Öffentlichkeitsarbeit
- U.a.

(Vgl. BMSG, Jugendpolitik in Österreich, 2006, Seite 9)

2.3.2 Jugendarbeit - Rahmen und Auftrag

„(...) Hauptsächliche Zielsetzung der Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ist die Verbesserung der Lebensqualität der Zielgruppen in Wien. Sinnvolle Freizeitgestaltung, eine wesentliche Säule präventiver Arbeit, ist eine Intention, die beispielsweise wienXtra-wienerferienspiel oder die Wiener Jugendzentren mit ihren Angeboten verfolgen. Gruppen- und Cliquenarbeit, sowie niederschwellige Beratung sind wichtige Methoden in der Aufsuchenden, Mobilen Jugendarbeit und bei Streetwork.

Ebenso liegen wesentliche Zielakzente in der Partizipation von jungen Menschen. Das heißt, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Angebote zu entwickeln, die ihren individuellen Bedürfnissen und Anliegen entsprechen, und eine positive und kreative Weiterentwicklung der jungen Menschen unterstützen (...).“ (Homepage des Wr. Landesjugendreferats, <http://www.laju.at/content/index.php?n1=4> [17.07.2006])

Im Wiener Jahrbuch für Politik 2003/2004 wird die zuständige Jugendstadträtin Grete Laska auf Seite 45 noch deutlicher: „Gerade hinsichtlich der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre stellen all diese Projekte zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen (SchülerInnenparlamente, Mitplanung von Parks, Jugendzentrum, usw., Anm. der Autorin) in unser demokratisches System einen schönen Teilerfolg dar. Aber es ist in den nächsten Jahren noch viel zu tun, und im Sinne eines Lobbyings für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt appelliere ich an meine Amtkolleginnen und –kollegen, die Bezirksvertreter/-innen, die Fachleute,

aber auch an die Lehrer/-innen und Eltern, es mehr und mehr selbstverständlich werden zu lassen, Bedürfnisse von jungen Menschen von vornherein zu berücksichtigen und die jugendlichen in Prozesse einzubeziehen. Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft – in Wien leben knapp 200.000 6- bis 18-Jährige, die möglichst früh die Gelegenheit erhalten sollen, diese Zukunft in ihrer Stadt mitzugestalten (...)“

Exkurs: Der Verein Wiener Jugendzentren

Der Verein Wiener Jugendzentren ist der größte Träger für professionelle außerschulische Jugendarbeit in Wien. 1978 mit wenigen Einrichtungen gegründet, betreibt er heute 32 Einrichtungen in vier Geschäftsfeldern, davon mehrheitlich Jugendzentren, Jugendtreffs mit offener und herausreichender Jugendarbeit und Einrichtungen der Mobilen Jugendarbeit. An die 300 Beschäftigte haben ihren Arbeitsplatz als Angestellte des Vereins Wiener Jugendzentren. Davon sind ca. 230 pädagogische MitarbeiterInnen, die Ausbildungen reichen von Sozialarbeit, Psychologie und Soziologie bis Pädagogik. Ausgebildete SozialarbeiterInnen sind im zunehmen und stellen eine große Gruppe der Beschäftigten dar. (Vgl. Factsheet Verein Wiener Jugendzentren, 2005)

Seit etwa 10 Jahren befinden sich die „Wiener Jugendzentren“ in einem stetigen Professionalisierungsprozess, begonnen mit der Entwicklung des Leitbildes, der Visionen für unsere Arbeit mit Jugendlichen. Ein umfangreicher Organisationsentwicklungsprozess folgte, die Erstellung eines Organisationshandbuches als ein Ziel. Die Bereiche Entwicklung von Konzepten und Qualitätsmerkmalen für alle Geschäftsfelder, Stellenbeschreibungen, Leistungsbeschreibungen, das Einführen der Erfassung von quantitativen Daten (Kontaktzahlen, „Fallzahlen“, etc), sowie ein standardisiertes Berichtswesen und Konzeptentwicklungen der einzelnen Einrichtungen beschäftigten und beschäftigen uns. Mit dem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins Wiener Jugendzentren wurden zusätzliche Ressourcen für die jugendpolitische Positionierung

und Lobbying geschaffen. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Jahresbericht 2001, Langer, Seite 5)

Der Verein Wiener Jugendzentren ist heute die „Speerspitze“ der Jugendarbeit in Wien und Kraft seiner Größe und Professionalität ein wichtiger Partner unserer BesucherInnen, der Jugendlichen. Aber auch für die Wiener Politik und alle anderen Trägervereine der Wiener Jugendarbeit ist der Verein Wiener Jugendzentren ein verlässlicher Partner, wenn es um jugendpolitische und jugendarbeiterische Belange geht.

2.4 Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit

Was bedeutet nun die „Handlungstheorie Sozialraumorientierung“ (Copyright Dr. Wolfgang Hinte) für die Jugendarbeit in Wien?

„Offene Jugendarbeit wird in diesem pädagogischen Konzept in ein unmittelbares Verhältnis zum sozialräumlichen Umfeld, dem Stadtteil und den Lebensräumen von Kindern und Jugendlichen gesetzt.“ (Krisch in Deinet/Sturzenhecker, 2005, Seite 462)

Als im Jahr 1992 das erste Projekt der mobilen Jugendarbeit in Wien gestartet wurde, war das der Beginn der Sozialraum- und Lebensweltorientierten Jugendarbeit. Was sind die „revolutionären“ Ansätze? Ressourcenorientierung, nicht Defizitverwaltung, raus zu den Menschen, niederschwellige Einrichtungen, mobile Dienste, das Aufsuchen der Menschen dort wo sie sind, weg vom Beamtentum, hin zum jugendpolitischen Mandat, vertreten durch Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Was bedeutet das denn? Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Cliquenarbeit, Erlebnispädagogik, Sport und Freizeitanimation gehören natürlich und richtiger Weise zu den Standards in der Jugendarbeit. Ohne Bearbeitung grundsätzlicher gesellschaftlicher

Probleme, Strukturprobleme, egal ob „klein oder groß“ wird eine nachhaltige Veränderung nicht herbei zu führen sein. Dass heißt, Jugendarbeit hat sich eben genauso um Strukturprobleme, um gesellschaftliche Missstände zu Ungunsten der Jugend zu kümmern, wie um deren tägliches Wohlergehen.

2.4.1 Theorie

„`Sozialräume´ sind mit klar abgrenzbaren Verwaltungseinheiten, statistischen Erhebungsgebieten oder kommunalpolitischen Zuständigkeitsbereichen eher selten kongruent und in ihrer terminologischen Reichweite mehrdimensional: Verstanden als `Quartier´, wird auf den geographischen und stadtgeschichtlichen Bedeutungsgehalt verwiesen, als `Lebensraum/-welt´ auf das Ensemble vorhandener Strukturen und Möglichkeiten, als `Aneignungsraum´ auf die sozialisations- und lerntheoretische Perspektive und als `Heimat´ auf die Dimension subjektiv-emotionaler Faktoren. (...) Sozialraumanalyse wird von uns als Vorbedingung für nachhaltige sozial-, raum- und bauplanerische Gestaltung von Stadtteilen und Quartieren im Allgemeinen und von `Sozialen Brennpunkten´ im Besonderen begriffen.“

(Deinet / Krisch in Riege/Schubert, 2005, Seite 208)

Auf die Jugendarbeit übertragen bedeutet das:

Es reicht beispielsweise nicht aus Jugendliche bei der Arbeits- und Lehrstellensuche mittels Bewerbungstrainings zu unterstützen, sondern es muss auch auf anderen Ebenen auf den eklatanten Mangel an Lehrstellen hingewiesen werden. Der Verein Wiener Jugendzentren hat dazu ein umfassendes Positionspapier erarbeitet, das bezüglich (Aus)Bildung auch mit Alternativen zum hierzulande üblichen dualen Ausbildungssystem aufwartet. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Positionspapier, 2006)

Wichtige Elemente der Sozialraumorientierung sind die Arbeit am Fall, also fallspezifische Arbeit. Die Arbeit am Umfeld, am Sozialraum und die unspezifische Arbeit, gleichsam noch weiter über den Sozialraum hinausgehendes zu bearbeiten. Themen, Wissen, Informationen die für den Fall noch interessant werden können, müssen schon vorab identifiziert und bearbeitet werden.

(Vgl. Mitschrift Wehsely, Vorlesung Prof. Hinte, FH St. Pölten 2006)

Ein anderes Beispiel: Als sich im Jahr 1998/99 die Zahl der „illegalisierten“ Jugendlichen (junge Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus) in Wien, die sich im Umfeld der Jugendarbeit aufhielten, auffällig häufte, wurde die mobile Jugendarbeit, später die gesamte Wiener Jugendarbeit als Lobbyistin tätig. Eine Petition mit Forderungen an Bundes – und Landespolitik wurde erarbeitet, um bei den Wurzeln des Übels anzusetzen. Wie werden illegale Jugendliche „produziert“ war die Frage, die sich die Jugendarbeit stellte? Wie kann mittels Gesetzesänderung zu Gunsten dieser Jugendlichen vorgegangen werden? Es wurde konstatiert, dass der überantwortete Auftrag der Stadt Wien zur umfassenden Prävention (z.B. Maßnahmen gegen das abrutschen in die Kriminalität benachteiligter Jugendlicher) unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt werden könne (Näheres unter dem Kapitel Praxisbeispiele, Punkt 6.1.).

2.4.1.1 Gesellschaft als virtueller Sozialraum

In Jugendarbeit wird der „Sozialraum“ auch abstrahiert gesehen. Es ist natürlich der tatsächliche Raum, der Stadtteil, der Bezirk. Die Gesellschaft in der sie sich bewegen bedeutet aber auch einen sozialen Raum der sie umgibt. Dieser tatsächliche Raum, sowie der virtuelle „Gesellschaftsraum“ wird oftmals von Erwachsenen bestimmt, reglementiert und vorgegeben. Für Jugendliche bedeutet er aber ihren eigenen Raum, sie lernen und wachsen durch Aneignung desselben.

„Es stehen aber nicht so sehr die `objektiven´ Strukturen im Vordergrund, sondern die lebensweltlichen Interpretationen, Deutungen und Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer Lebensräume. (Krisch in Deinet/Sturzenhecker, 2005, Seite 463)

„Das Verhältnis von Kindern und Jugendlichen zu ihrer räumlichen Umwelt stellt einen äußerst vielschichtigen Zusammenhang dar, dem auch beim Versuch der Analyse sozialräumlicher Bedingungen Rechnung getragen werden muss. Während Erwachsene öffentliche Räume eher funktional benutzen, stellt die tätige Auseinandersetzung mit der materiellen und immateriellen Umwelt von – in sich wieder differenzierten – Kinder- und Jugendkulturen einen komplexen Prozess dar, der mit dem Begriff Aneignung charakterisiert wird. Die sozialräumliche Dimension dieses Aneignungsverhaltens weist darauf hin, dass Räume nicht als architektonische Hüllen verstanden werden können, sondern in ihnen auch gesellschaftliche Definitionen eingelagert sind, die auf Kinder und Jugendliche wirken (...).“ (Deinet / Krisch in Riege/ Schubert, 2005, Seite 145)

2.4.2 Konzeption

Die Orientierung am Sozialraum und an den sozialräumlichen Aneignungsmöglichkeiten, -chancen und -barrieren von Kindern und Jugendlichen ist mittlerweile fester Bestandteil vieler Konzeptionen der Einrichtungen der Wiener Jugendarbeit, insbesondere des Vereins Wiener Jugendzentren. Ob Herausreichende Arbeit die sich in vielfältigen Formen ausdifferenziert hat oder Mobile Jugendarbeit – vor Ort wird gemeinsam mit Jugendlichen Infrastruktur geschaffen bzw. Diskussionsprozesse initiiert. Über Regionalteams wird versucht Institutionen aufeinander abzustimmen, die Angebote für Jugendliche zu verdichten und ein sozialpolitisches Mandat für Jugendliche wahr zu nehmen.

Jugendarbeit sieht sich als Teil der Infrastruktur eines Stadtteils und versucht dementsprechend Angebote in der Einrichtung aber auch Angebotsstrukturen außerhalb der Einrichtung durchzuführen.

(Vgl. Krisch, Thesenpapier zu „Jugendgerechtes Planen und Bauen“, 2006)

2.4.3 Methodik

Standards in der offenen und mobilen Jugendarbeit sind Gruppen- und Cliquenarbeit, Einzelfallhilfe und Streetwork.

In der sozialräumlich orientierten Jugendarbeit werden überdies Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying als Methoden identifiziert. Nachhaltigkeit und Progression spielen eine wichtige Rolle.

(Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Qualitätsmerkmale Offene Jugendarbeit & Mobile Jugendarbeit 2006)

Ein Kernelement stellt hier die Vernetzung dar:

Jugendarbeit bringt sich aktiv, oft auch als treibende Kraft, bei der Vernetzung relevanter Organisationen und Dialoggruppen im Stadtteil, im Bezirk, in der Stadt ein. Ein hoher Grad an Vernetzung führt zu gesteigerter Bekanntheit und befähigt dazu Synergien herzustellen und im Sinne der KlientInnen zu handeln.

„(...) Komplexer werdende Arbeitsfelder in einer Großstadt erfordern natürlich auch Strukturen, die optimale Arbeitsbedingungen, transparente Informationen, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten garantieren. Es ist notwendig, die jeweiligen Arbeitsaufträge zwar voneinander abzugrenzen, aber trotzdem gemeinsame Ziele festzulegen, zu definieren und bei der Umsetzung zusammenzuarbeiten. Daher wurden in meinem Auftrag neue Vernetzungsformen ins Leben gerufen und unterstützt, die von einer Wien weiten Jugendplattform bis zu den einzelnen Bezirksforen reichen (...). (Vizebürgermeisterin Grete Laska, <http://www.laju.at/content/index.php?n1=1> [17.07.2006])

„In der Perspektive des vernetzten Denkens kehrt sich die Richtung der Öffentlichkeitsarbeit um. Öffentlichkeitsarbeit bedeutet nun, dass die lokal und regional relevanten Jugendräume und Jugendeinrichtungen (andere Initiativen, vereine, Einrichtungen usw.) `veröffentlicht` werden, deutlich machen, wie sie miteinander vernetzt sein können. Anstelle einer Legitimationsöffentlichkeit entsteht eine `Kooperationsöffentlichkeit`. Alle für die Jugendlichen interessanten Räume und Stützpunkte sind dazu aufgefordert, öffentlich zu machen, was sie tun, und welche Gelegenheitsstrukturen sich daraus – insgesamt – für Jugendliche ergeben können.“ (Böhnisch / Münchmeier, 1990, Seite 100)

Dieser sozialräumliche, nämlich vernetzte und Strukturen analysierende Ansatz bietet eine wesentliche Grundlage des jugendpolitischen Lobbyings der Jugendarbeit. Er ist die Basis aus der die Jugendarbeit in Wien heute ihre Kompetenz, eine Interessensvertretung für nicht - organisierte Jugendliche zu sein, bezieht. Denn ein weiterer, nahezu logisch erscheinender Schritt nach Analyse und Schlüssen die aus ihr gezogen werden, ist zu handeln. Ein Mittel der Wahl ist das planmäßige Verfahren, das Handeln oder die Art und Weise der Durchführung: Lobbying.

„In diesem Zusammenhang gilt es, über kontinuierliche Sozialraumanalysen, über Vernetzung mit anderen Institutionen beziehungsweise über Angebote im Stadtteil Veränderungen der Infrastruktur des Stadtteils im Interesse der Jugendlichen zu bewirken. Die Wahrnehmung dieses jugendpolitischen Mandats erweitert das Arbeitsfeld über die Angebote im Raum des Jugendzentrums hinaus – hin zu einem aktiven und gestaltenden Teil der sozialen Infrastruktur eines Stadtteils oder einer Region.“ (Krisch in Deinet/Sturzenhecker, 2005, Seite 463)

2.5 Das jugendpolitische Mandat

Die Wiener Jugendarbeit sieht als eine wesentliche Aufgabe die Wahrung eines jugendpolitischen Mandats für ihre Klientel – benachteiligte, meist nicht organisierte junge Menschen. Eben für diese marginalisierte Gruppe wird Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den politisch Verantwortlichen übernommen. Jugendarbeit bemüht sich um die Verbesserung der Strukturen, Chancen, der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit für diese Jugendlichen.

„Als Konsequenz einer sozialräumlichen Orientierung der Jugendarbeit ergeben sich vielfältige Ansätze der Einmischung in Stadtteilbelange, in Planungsvorhaben oder in der Aus- bzw. Umgestaltung von öffentlichen Räumen. In der Wahrnehmung dieses jugendpolitischen Mandats ist die Mitsprache und Mitgestaltung von Jugendlichen von zentraler Bedeutung.“
(Krisch in Deinet/Sturzenhecker, 2005, Seite 466)

Ulrich Deinet, Diplom – Pädagoge und Professor für Didaktik/Methodik der Sozialpädagogik an der Fachhochschule Düsseldorf beschreibt in seinem Referat beim Kongress „Mitbestimmung in der Jugendarbeit“ im Oktober 2005, durchgeführt vom Institut für Sozialpädagogik Stams, das jugendpolitische Mandat folgendermaßen:

„Insbesondere aus einem sozialräumlichen Verständnis heraus kann die Offene Kinder- und Jugendarbeit Partizipation und Beteiligung auch als jugendpolitisches Mandat zur Einmischung in die Konflikte um Kinder und Jugendliche und öffentlichen Raum verstehen und sich als Scharnier zwischen den Kulturen der Heranwachsenden und der Erwachsenen begreifen. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich zahlreiche Partizipations- und Beteiligungschancen, da es darum gehen muss, Jugendbelange im Gemeinwesen zu thematisieren und dafür Kinder und Jugendliche zu aktivieren. Jugendarbeit ist also advokatorisch für Kinder und Jugendliche tätig, insbesondere die Hauptamtlichen übernehmen ein

jugendpolitisches Mandat indem sie sich für die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Öffentlichkeit und im politischen Bereich einsetzen. Diese Funktion ist aber nur auf Grund einer entwickelten Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möglich, in dem diese motiviert werden, ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren und in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist dabei sowohl ein Lernfeld als auch ein Medium um diese Konflikte adäquat zu bearbeiten. Im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen kann sich eine sozialräumlich orientierte Offene Jugendarbeit z. B. in die Diskussion um öffentlichen Raum einmischen, in dem sie die Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum thematisiert, ihre Aneignungsformen thematisiert und die Revitalisierung öffentlicher Räume reklamiert.“ (Handout, Deinet, 2005)

Der Frage ob eine Einrichtung, ob Trägervereine für Jugendarbeit, ob Sozialarbeit ein „Mandat“ ausüben kann/können, möchte ich mich in dieser Diplomarbeit nicht widmen. Die Auseinandersetzung in der „Sozialarbeitswelt“, Praxis wie Wissenschaft, dauert an. Seit den 1970er Jahren wird, mal mehr, mal weniger, darüber diskutiert, wenn nicht sogar gestritten.

Prof. Dr. Michael Galuske schreibt in der Ausgabe 2/06 von „Sozialarbeit in Österreich“ in seinem Beitrag „Anmerkungen zum Verhältnis von Politik und Sozialer Arbeit: Zwischen staatstragender Funktion und gesellschaftskritischem Selbstverständnis“ dazu: „ (...) Eine Minderheit vertritt die Meinung, die Soziale Arbeit habe an sozialer Verantwortung einen politischen Auftrag als Menschenrechtsprofession (vgl. Schneider 2001, S. 32). Andere sehen zwar, dass die Soziale Arbeit kein öffentliches Mandat zur Gesellschaftsveränderung erteilt bekommen hat (zumindest dürfte dieser Passus in wenigen Arbeitsverträgen enthalten sein), gleichwohl plädieren sie im Interesse der KlientInnen für eine Selbstmandatierung (Kusche/Krüger 2001, S. 23 f). Die Mehrzahl der Autoren (des Sammelbandes „Hat die Soziale Arbeit ein politisches

Mandat?“ von Herausgeber Roland Merten, Anm. der Autorin) lehnt ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit mit guten Gründen ab. Ein Mandat, einen Auftrag erhält man durch demokratische Wahlen oder demokratisch legitimierte Institutionen. Dieses Mandat ist öffentlich definiert, limitiert und legitimiert. In diesem – zugegeben formalen – Sinne hat Soziale Arbeit keinen politischen Auftrag zur sozial gerechten Verbesserung der Gesellschaft (...)“

Ich denke, es wird eine immerwährende Diskussion in der Sozialarbeit bleiben, mit Befürwortern und Ablehnung eines politischen Mandats der Sozialen Arbeit. Das einzige Zugeständnis das zu machen wäre, ist der vielleicht nicht ganz geglückt gewählte Begriff des „Mandats“.

Wie allerdings aus den vorangegangenen Kapiteln ablesbar ist, gibt es in Wien durch offizielle, gewählte und verantwortliche Stellen veröffentlichte Aufrufe Lobbying für Jugendliche zu betreiben, auch wenn es nicht in jedem Dienstvertrag steht.

Die Standards, Konzeptionen und Qualitätsmerkmale der jeweiligen Vereine der Jugendarbeit weisen, immer in Abstimmung mit den Vorständen und der zuständigen Magistratsabteilung 13, klar und deutlich die Verantwortung der Jugendarbeit für sozialpolitische Einmischung, für Lobbying aus.

Politisch Verantwortliche und die beauftragte Jugendarbeit haben sich in Wien offensichtlich auf einen – nicht unkomplizierten und immer wieder kontroversiellen - Weg geeinigt: Jugendarbeit gestaltet die Gesellschaft aktiv mit. Jugendlichen selbst, soll Partizipation gesichert werden.

3. Lobbying (und Public Affairs)

Sowohl im Vorwort wie auch im Kapitel Jugendarbeit ist ein kurzer „historischer“ Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen der letzten 10 – 15 Jahre beschrieben. Auch für das „Auftauchen“ von Lobbying in Europa, später noch in Österreich gibt es einige Erklärungsmuster. Ich versuche mich auf die spezifischen Umstände der Entwicklung von Lobbying als Methode der Wiener Jugendarbeit zu konzentrieren. Der Stand der deutschsprachigen Literatur und Wissenschaft zu Lobbying im Bereich der Sozialen Arbeit, oder gar der Jugendarbeit, ist recht dürftig. Im Bereich Lobbying und Public Affairs für Unternehmen gelten die Bücher des Wiener Peter Köppl, die 2000 und 2003 erschienen, als eine wichtige Grundlage. Es war im Jahr 2000 die deutschsprachige „Erstausgabe“ in diesem Umfang zu diesem Thema. In nahezu jedem Buch zu Lobbying und Public Affairs wird er zitiert. Vieles das ich an Literatur recherchieren konnte, ist in Form von Ratgebern und Praxishandbüchern abgefasst und bietet diverse Handlungsanleitungen wie Lobbying zu bewerkstelligen sei. Im englischsprachigen Raum, insbesondere den USA wurde ich durch Internetrecherche aber doch auf einige interessante Bücher aufmerksam, die schon länger zurück datieren, wie zum Beispiel „Lobbying for Social Change“ von Willard C. Richan aus dem Jahr 1991. Es ist dies aber nicht weiter verwunderlich, denn die USA gelten ja als das Mutterland des Lobbying. Nachdem sich auch ein Patronage-System bzw. der Korporatismus in den USA immer anders dargestellt hat, als in Europa und speziell in Österreich, mussten wahrscheinlich auch soziale Organisationen frühzeitig auf das Instrument Lobbying zur Interessensvertretung und -durchsetzung zurückgreifen.

In der freien Online - Enzyklopädie Wikipedia findet sich diese sehr treffliche Beschreibung zur Lobbying – Entwicklung und Situation in Österreich:

„Der politische Interessensausgleich wurde in der zweiten Republik (nach 1945) vor allem auf Ebene der Sozialpartner geleistet. Daher sind die Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern auf Bundes- und Landesebene (die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Bauern mit Pflichtmitgliedschaft) und der Gewerkschaftsbund die dominierenden Interessensvertretungen, deren Macht wesentliche Bedeutung für den Parlamentarismus Österreichs hatte. Entscheidungen wurden und werden parallel auf den Ebenen der Sozialpartner, der Bundes- und Landesregierungen und der gesetzgebenden Körperschaften abgestimmt. Ausgelöst durch den EU-Beitritt Österreichs, wesentliche Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte und die EU-Erweiterung, ändern sich jedoch die Anforderungen an Unternehmen und deren Management. Die einflussreiche Vereinigung der Eigentümer von Lobbying- und Politikberatungsunternehmen in Österreich ist ALPAC, das Austrian Lobbying and Public Affairs Council. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in diesem exklusiven Kreis ist langjährige Erfahrung als Politiker, Politikberater, Innenpolitikredakteur, Interessensvertreter oder Diplomat. Mit der Gründung von PASA – Public Affairs Society Austria –, einer Teilorganisation des PRVAs - Public Relations Verband Austria - haben sich auch die Public Affairs-Manager der großen PR-Agenturen erstmals dem Konzept von Transparenz und Verhaltensstandards verschrieben.“

(<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Lobbyismus&action=edit§ion=5> [24.08.2006])

Nach wie vor dominiert ein eher schlechtes Bild von Lobbying die öffentliche und veröffentlichte Meinung. Allerlei Beratungstätigkeiten, Coaching Aktivitäten oder auch Imagekampagnen werden als Lobbying mißgedeutet. Eine etwas „schmierige“ Aura umgibt Lobbying. Wir kennen vom hören - sagen die „Atomlobby“, die „Pharmalobby“, die „Agrarlobby“. Gemein haben sie, dass sie vermeintlich viel Geld einsetzen um sich die Politik für ihre weitere Profitmaximierung zu Recht zu biegen.

Ich halte Lobbying aber – und zwar gerade in unserem Feld – für eine gangbare Methode die Lebensumstände unserer KlientInnen nachhaltig positiv zu beeinflussen. Wir haben kein Geld zu verteilen, arbeiten nicht für Shareholder, sondern Vergrößern mit unserer Arbeit den sozialen Profit, ein Mehrwert für die Gesellschaft.

Nach den Begriffsklärungen möchte ich in einem Exkurs meine Gedanken zum Terminus „Public Affairs“ ausführen, da es mir in diesem Zusammenhang sinnvoll erscheint. Die Grenzen zwischen den Begriffen Lobbying und Public Affairs sind fließend.

Ich möchte weiters untersuchen, wie Lobbying eine Methode der Wiener Jugendarbeit wurde, welche Umstände das ermöglichten. Ich werde auf die Besonderheiten des Lobbyings in unserem Feld eingehen und wichtige Grundlagen und Bausteine für Lobbying werden betrachtet. Der Aufbau und Ablauf von Lobbying Projekten wird geschildert.

Zum Abschluss des Kapitels diskutiere ich die Frage ob Lobbying einen Professionalisierungsschritt in der Jugendarbeit darstellt.

3.1 Begriffsklärungen

3.1.1 Lobbying

Neue Disziplin/Methode in der Wiener Jugendarbeit. Entstanden und erstmals erwähnt im Zuge der Entstehung der Projekte der mobilen Jugendarbeit in Wien. Steht auch in engem Zusammenhang zu Sozialraum- und Lebensweltorientierung, da hier besonderes Augenmerk auf das Lebensumfeld und den Sozialraum, also die gesellschaftlichen Strukturen in denen die KlientInnen leben gelegt wird. Ein ganzheitlicher Ansatz in der Arbeit mit Jugendlichen und das hinterfragen der Ursachen von Problemstellungen stehen im Vordergrund.

Lobbying bedeutet in „Reinkultur“, die Beeinflussung der Gesetzgebung, in unserem Kontext, zu Gunsten der eigenen Klientel. Es erfordert sehr gute

Kenntnisse der behandelten (Gesetzes)materie und zielt dezidiert auf eine Veränderung der Gesetzgebung ab.

Public Relations, Vernetzung, Issues Management und vieles mehr sind eingebettete Instrumente eines Lobbying Projekts.

„Lobbying ist die Beeinflussung von politischen Entscheidungen durch Personen, die nicht an diesen Entscheidungen beteiligt sind. (...) Eine der wesentlichsten Einschränkungen von Lobbying ist darin zu sehen, dass Lobbying eigentlich nur dann vorliegt, wenn die Beeinflussungsversuche von Personen oder Gruppen ausgehen, die selbst nicht an der Entscheidung beteiligt sind. (...)“. (Köppl, 2000, Seite 118 – 119)

3.1.2 Public Affairs

Public Affairs ist ein neuerer Begriff als Lobbying, schließt ebenfalls alle begleitenden Maßnahmen wie Vernetzung, Strategieentwicklung, Entscheidungsfindung, etc der Organisation mit ein. Kontinuierlich betrieben bereiten Public Affairs den Boden für Ziel gerichtetes Lobbying auf. Kenntnisse des gesellschaftlichen, politischen und gesetzlichen Umfelds sind von größter Bedeutung. Public Affairs Projekte münden nicht immer in der tatsächlichen Beeinflussung von Gesetzen.

Die PASA (Public Affairs Society Austria, Anm. der Autorin) versteht Public Affairs als Management der Beziehungen eines Unternehmens oder einer Organisation zu ihren Stakeholdern mit dem Ziel, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für deren Tätigkeiten zu optimieren. Die Grundlage erfolgreicher Public Affairs ist Transparenz, Vertrauen und Glaubwürdigkeit im Umgang mit den Klienten, der Politik, Interessensvertretungen, Medien und der Öffentlichkeit.“ (URL: <http://www.pasa.at/html/publicaffairs.html> [12.07.2006])

Eine weitere Definition lautet: „Public Affairs ist der Prozess, durch den eine Organisation ihre Beziehungen zu jenen politischen und

gesellschaftlichen Gruppen und Themen steuert, die das Umfeld der Organisation sowie ihre Aktivitäten bestimmen.“ (Köppl, 2003, Seite 29)

3.1.3 Public Relations (PR) / Öffentlichkeitsarbeit

PR umfasst die Kommunikation mit allen relevanten Ziel- und Dialoggruppen der Gesellschaft, um für die Ziele der eigenen Organisation zu werben, Information und Dialog anzubieten und vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen. Eine der Hauptaufgabe der PR ist sicherlich umfassende Pressearbeit zu leisten. Der internen PR wird in größeren Organisationen ebenfalls großes Augenmerk gewidmet.

„Public Relations, bzw. die von einigen Autoren synonym gebrauchten Begriffe Öffentlichkeitsarbeit, Organisationskommunikation, Kommunikationsmanagement, stehen mikrosozial betrachtet für denjenigen Typ öffentlicher Kommunikation, der für eine Organisation Funktionen wie Information, Kommunikation und Persuasion erfüllt und besonders auf langfristige Ziele wie Aufbau, Erhaltung und Gestaltung konsistenter Images und somit von Vertrauen abzielt, an einem Konsens mit den Teilöffentlichkeiten in der Umwelt der Organisation interessiert ist und so auch im Fall von Konflikten glaubwürdiges Handeln der Organisation ermöglichen soll. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Stakeholdern, Bezugsgruppen der Organisation zuteil, also etwa Bewohnern, Bürgern, Bürgerinitiativen, dem Gesetzgeber, Kapitalgebern, Kunden, Lieferanten, Medien, Mitarbeitern, usw.“

(<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=%C3%96ffentlichkeitsarbeit&action=edit§ion=1> [24.08.2006])

3.1.4 Medien/Pressearbeit

Klassisches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit, kommt meistens auch bei Lobbying Projekten zum Einsatz, ist aber nicht zwingend.

Printmedien, Onlinemedien, Funk und Fernsehen werden mit Material versorgt. Es ist kontinuierlich der Dialog mit Journalisten zu führen, Verteilerlisten aktuell zu halten, Medienbeobachtung zu betreiben.

Medienarbeit kann in Form von Kampagnen gestaltet sein, die auch im Rahmen von Lobbying Projekten hilfreich sein können.

Eine interessante – und auch für die Jugendarbeit zu beobachtende – Beschreibung des Verhältnisses von Lobbying zu Medienarbeit beschreibt Thomas Leif in seinem neuen Buch „beraten & verkauft“: „(...) Ohne mediale Vorbereitung und die flankierende Präsenz in den Medien lässt sich heute kaum mehr ein Thema durchsetzen. (...) Die Medien werden damit zur eigenständigen Machtsphäre neben der Politik. Deshalb muss Lobbying mehr und mehr zweigleisig vorgehen: es muss einerseits abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die politische Entscheidungsebene einwirken, andererseits gezielt Einfluss nehmen auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. (...)“ (Leif Thomas, 2006, Seite 284)

3.1.5 Kampagnen

Konzertierte Öffentlichkeitsaktion, benötigt Slogan(s), Bilder, im Bereich der Jugendarbeit meistens auch Veranstaltungen. Müssen einen hohen Wiedererkennungsggrad haben. Medienarbeit und Vernetzung sind dabei unerlässlich.

„Ein kommunikativer Feldzug, der innerhalb bestimmter Zeit Aufmerksamkeit und Zustimmung für eine politische Botschaft erzeugen soll und sich dafür außergewöhnlicher und spektakulärer Mittel bedient.“ (Althaus, 2001, Seite 365)

Exkurs: Einführung des Begriffs Public Affairs in der Jugendarbeit?

In der neueren Literatur zum Thema werden Lobbying und Public Affairs teilweise gleichgesetzt, teilweise unterschiedlich ausgelegt. Busch –

Janser verwendet in seinem Buch „Staat und Lobbyismus“ die Begriffe synonym. (Busch-Janser, 2004, Seite 21). Köppl meint hingegen „im Unterschied zum traditionellen Lobbying, setzt Public Affairs Management systematischer und umfassender an (...)“ (Köppl, 2003, Seite 17).

In der Wiener Jugendarbeit gibt es dazu eine ebenso große Begriffsunsicherheit wie in der Lobbying – „Fachwelt“. So nennen sich alle möglichen Beteiligten und Verantwortlichen aus Jugendarbeit, Verwaltung und Politik „Lobby für Jugendliche“ (MA 13, 2003, Seite 17; vgl. auch Laska, 2004, Seite 45).

In der Jugendarbeit wird vorderhand auf die Definitionen gesetzt, die ich unter Punkt 3.1 Begriffsklärungen benutzt habe. Also grundsätzlich auf die strenge Auslegung des Begriffs Lobbying.

Das ist auch aus meiner Umfrage in der Wiener Jugendarbeit zum Thema Lobbying ablesbar, denn hier wird eben der engere Begriff von Lobbying - als direkte Beeinflussung des Gesetzgebers – verstanden (siehe Kapitel 5, 5.1.1).

Nichts desto trotz wird aber auch hier der Begriff „Lobby“ oder „Lobbying“ für alle möglichen jugendpolitischen Projekte eingesetzt, die aber eher unter „Public Affairs“ oder „Kampagne“ zu subsumieren wären. Jugendarbeit die sich im Stadtteil als Lobby von Jugendlichen sieht, die Partizipationsmodelle durchsetzt um beispielsweise mit Jugendlichen Park(um)gestaltungen durchzuführen, lobbyiert ja nicht im eigentlichen, erwähnt engeren Sinn. Wichtig und richtig sind sie aber allemal, sie bedeuten die Umsetzung der Ziele von Jugendarbeit und sie bereiten den Boden auf für tatsächliche Lobbying Projekte wo es um Gesetzesänderung, oder -werdung geht. Ähnlich verhält es sich mit jugendpolitischen Kampagnen, die wichtig sind um die breitere Öffentlichkeit zu erreichen und den „Ruf“ der Jugendarbeit als Lobby von Jugendlichen stärken.

Florian Busch – Janser findet in seinem Buch „Staat und Lobbyismus“ eine Beschreibung des Verhältnisses von Public Affairs und Lobbying, dem ich mich für die weiteren Punkte dieses Kapitels anschließen möchte: „Auch wenn diese beiden Begriffe (Lobbying und Public Affairs, Anm. der Autorin) auf den ersten Blick nicht unbedingt viel gemeinsam haben, so beschreiben sie in der Praxis doch oft das gleiche: Die Kommunikation von Interessengruppen mit der Politik, meist mit dem konkreten Ziel, Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen.

Public Affairs wird dabei oft als Weiterentwicklung des ursprünglichen Lobbying verstanden. (...) Häufig wird dieser neue Begriff aber auch nur verwendet, um dem in Deutschland weit verbreiteten negativen Image von Lobbying aus dem Weg zu gehen, das 'im öffentlichen Urteil nahe an der Grenze zur Unmoral angesiedelt' ist.“ (Busch-Janser, 2004, Seite 20-21)

Als Beispiele für Public Affairs und Kampagnen Arbeit möchte ich in aller Kürze zwei Projekte der letzten Jahre des Vereins Wiener Jugendzentren in Kooperation mit den anderen Trägern der Jugendarbeit anführen, da sie fast idealtypische Beispiele für Public Affairs- und Kampagnen - Arbeit darstellen.

1. Eine Plakat- und Postkartenaktion die im Rahmen einer Aktionswoche „Jugendarbeitslosigkeit“ in der Wiener Jugendarbeit durchgeführt wurde, kombinierte gelungen die Arbeit mit Jugendlichen zu diesem Thema, sowie die mediale Auseinandersetzung darüber. Es wurden auch politische Forderungen formuliert und an die Verantwortlichen gerichtet und zwar in einer besonderen Form. Die Postkarten mit der Aufschrift „Ich möchte gerne FacharbeiterIn werden, aber es gibt keine Lehrstellen! Tun sie doch was!“ wurden an Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl gesandt. Es wurde mit ihm ein Talk vereinbart der in einem großen Jugendzentrum stattfinden sollte. Tatsächlich hatten an die 150 Jugendliche und VertreterInnen der Jugendarbeit Gelegenheit mit Dr. Leitl persönlich zu diskutieren. Das mediale Echo war natürlich groß. Die

Forderungen der Wiener Jugendzentren wie im Positionspapier des Vereins festgelegt, wo unter anderem ein „Recht auf Ausbildung“ gefordert wird, konnten transportiert werden. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren Jahresbericht 2003, Seite 10 und Positionspapier, Kapitel „Recht auf Ausbildung“)

2. Die Medienkampagne „platz da!“ des Vereins Wiener Jugendzentren hatte das Ziel in Kooperation mit Infoscreen und dem Kurier / KIKU, möglichst vielen Menschen die Probleme von Jugendlichen im öffentlichen Raum näher zu bringen.

Mittels der „platz da!“ Kampagne wurde dargestellt, dass Jugendliche ein Recht auf Freiräume haben, auf Geselligkeit und altersadäquaten Ausdruck.

Die Interessenskoalition mit zwei Medienpartnern, davon einer selbst im öffentlichen Raum platziert, nämlich Infoscreens in der Wiener U-Bahn, war auffallend. Es wurde von Seiten der Interessenskoalition eindeutig Partei für die Wiener Jugendlichen ergriffen.

Auf den Bildflächen von Infoscreen in der Wiener U-Bahn, wurde in der letzten Augustwoche 2001 die Kampagne „platz da!“ gezeigt. Thematisiert wurden eben öffentliche Plätze, die für Jugendliche „verunmöglicht“ wurden, durch schlechte Gestaltung, die skurril und/oder unzugänglich sind. Thematisiert wurde aber auch die Ablehnung und Aggression gegenüber Jugendlichen durch Nachbarn und AnrainerInnen, also der mangelnde Freiraum im Kopf im vieler Erwachsener.

(vgl. See You 4/2001)

Fazit

Die Frage ob der Begriff „Public Affairs“ in der Wiener Jugendarbeit eingeführt werden sollte, ist nicht einfach zu beantworten. Ich erachte es als positiv, dass sich der Begriff Lobbying als Terminus für Interessenvertretung etabliert hat und tatsächlich „Beeinflussung des Gesetzgebers“ darunter verstanden wird.

3.2 Lobbying - Eine neue Disziplin in der Wiener Jugendarbeit entsteht

Anlässlich des 10 – Jährigen Bestehens der Mobilen Jugendarbeit in Wien wurde eine Sondernummer der MitarbeiterInnenzeitschrift des Vereins Wiener Jugendzentren „See You“ (See you 3/02) herausgegeben. Alle in die Entstehungs- und Gründungsgeschichte involvierten und relevanten Personen aus der Wiener Jugendarbeit, Verwaltung und Politik beteiligten sich mit Beiträgen und ließen, mehr oder weniger persönlich, die Geschichte diesbezüglich Revue passieren. Eine Gemeinsamkeit haben die meisten Statements: Sie führen das Auftauchen und erste Anwenden der Methode Lobbying auf die Konzeption der Mobilen Jugendarbeit und deren Ansprüche an eine moderne Jugendarbeit zurück. Ebenso wird konstatiert, dass über die mobile Jugendarbeit auch die „restliche“ Jugendarbeit befruchtet wurde sich sozialpolitisch und öffentlichkeitswirksam zu engagieren und zu involvieren. Unterstützt wurde die Ausprägung dieser Methode – wie schon im Kapitel Jugendarbeit erläutert – durch den sozialräumlichen Ansatz.

„Impulse wie Lobbyarbeit und jugendpolitische Öffentlichkeitsarbeit sind Großteils ausgehend von der Mobilen Jugendarbeit zu einem Standard in allen Feldern der Jugendarbeit geworden.“ (See you 3/02, Langer, Seite 4)

Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying wird seitdem zunehmend als Methode gesehen, den Jugendlichen (und der Jugendarbeit selbst) zu ihrem Recht zu verhelfen. Es wird als Erfolg professioneller Jugendarbeit verbucht, sich sozialpolitisch einzumischen und als Partnerin der Politik Anerkennung zu finden. Es Bedarf sicherlich auch eines gut ausgebauten und ausreichend dotierten Netzes an Jugendeinrichtungen um sich wichtigen Themen grundlegend zu widmen und widmen zu können.

Michael Kofler, ehemaliger Stellvertreter in der MA 13-Landesjugendreferat schrieb anlässlich des 10jährigen Bestehens der Mobilen Jugendarbeit in Wien unter anderem: „Aber die Etablierung und der Erfolg des ersten Teams (der mobilen Jugendarbeit, Anm. der Autorin) im 10. Bezirk und aller Nachfolgeprojekte waren in den vergangenen Jahren DER entscheidende Impuls für die rasante Weiterentwicklung - von der Angebotsvielfalt bis zur Qualitätssicherung - in der Wiener außerschulischen Jugendarbeit. Warum: Backstage (später Back on Stage, Anm. der Autorin) war „Ressourcen orientiert“, sie haben Jugendkultur als Entwicklungspotential im Stadtteil neu definiert, sie waren multikulturell (sowohl von den Personen her als auch von den Haltungen), partizipativ und Stadtteil orientiert, und, nicht zu vergessen, sie haben das Potential von selbstbewusster Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und politischem Lobbying entdeckt.

Das Ganze war natürlich nicht ohne Nebengeräusche möglich, aber ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Entwicklung, wo es in jedem Bezirk Parkbetreuung gibt, kleinere flexible Jugendtreffs mit hinausreichender Arbeit sich etablieren konnten und Kooperation in der Jugendarbeit als Standard selbstverständlich ist.“

(See you 3/02, Kofler, Seite 6)

Die Mobile Jugendarbeit selbst beruft sich natürlich auch auf ihr angewandtes Lobbying:

„Sozialpolitisches Lobbying ist in der Mobilen Jugendarbeit ein Teil des allgemeinen Lobbying – Auftrages. Überall, wo die Jugendlichen aufgrund ihrer Machtlosigkeit in der Gesellschaft zu kurz kommen, treten wir auf und versuchen, die Interessen der Jugendlichen mit den zuständigen Stellen in Politik und Verwaltung zu erörtern um Entscheidungen zugunsten von Jugendlichen zu erzielen. Das sozialpolitische Lobbying inkludiert im speziellen jene Belange, wo die rechtliche Situation nach einer politischen Lösung schreit bzw. die Politik die unmittelbare Ansprechpartnerin ist.

Darüber hinaus verstehen wir unter sozialpolitischem Lobbying auch die Schaffung von Räumen und Möglichkeiten für Jugendliche, wo sie selber aktiv werden können. Das Projekt Papierlose Jugendliche war und ist ein Musterbeispiel dafür. Dem folgen die Projekte, wie Jugendliche und Schulden bzw. Integration, Entkriminalisierung von Jugendlichen usw... „

(<http://www.mobilejugendarbeit.at/?b=5&show=back.html> [14.7.2006])

3.3 Methode zur Wahrnehmung des jugendpolitischen Mandats

In der Jugendarbeit der Wiener Ausprägung geht es darum politische Zusammenhänge, gesellschaftliche Strukturen und die Ebene des Individuums zusammenzuführen. Der Auftrag an die Jugendarbeit Partizipation Jugendlicher zu ermöglichen, sowohl in den Einrichtungen selbst, als auch durch Einwirken auf gesellschaftliche Bedingungen und Gegebenheiten, führt kausal dazu „Jugendliche zu politisieren und damit Partizipation als Ausschnitt eines umfassenden politischen Bildungsprozesses zu konzipieren“ (Krisch in Deinet / Sturzenhecker, 2005, Seite 466).

„Das präzise Bild über die sozialräumlichen Zusammenhänge eines Stadtteils, verbunden mit dem Wissen über lebensweltlichen Sichtweisen und Deutungen der Heranwachsenden eines Wohngebietes, versetzt die Jugendarbeit in die Lage die ja zumeist „räumlichen“ Konflikte zwischen erwachsenen BewohnerInnen und Jugendlichen aufzugreifen und zu moderieren. Die Wahrnehmung des jugendpolitischen Mandats bei gleichzeitiger Akzeptanz der Anliegen der Erwachsenen führt zur Anerkennung der Jugendarbeit.“ (ebenda, 2005, Seite 467)

Die Jugendarbeit entwickelte für die Durchsetzung, die Ermöglichung von gesellschaftlicher Partizipation und in weiterer Folge der Wünsche und Bedürfnisse Jugendlicher eine Methode: Lobbying.

Folgend möchte ich die Besonderheiten sozial/jugendpolitischen Lobbyings erläutern und wichtige Grundlagen benennen.

3.3.1 Spezifika sozialpolitischen Lobbyings in der Wiener Jugendarbeit

Sozialpolitisches Lobbying hat im Gegensatz zu landläufigem Lobbying im Wirtschaftsbereich keinen finanziellen Background. Der „Einsatz“, das „Druckmittel“ sind hier Menschen, Schicksale, Phänomene, erkannte gesellschaftliche Schieflagen, soziale, für die Gesellschaft als relevant benannte Themen.

„Das Lobbying von NGO unterscheidet sich grundsätzlich vom Lobbying von Unternehmen. Denn hinter den NGO stehen weder große finanzielle Mittel, noch sind sie in Entscheidungsprozesse miteingebunden. Lobbying von NGO funktioniert nur mit guten Allianzen und wenn es gelingt, öffentlichen Druck zu erzeugen und das eigene Anliegen zu einem Anliegen vieler zu machen.“ (Buchner, Friedrich, Kunkel, 2005, Seite 221)

Als Stärken der Wiener Jugendarbeit zur Ausübung von Lobbying – Projekten erweist sich, unter anderem, ihre „dezentrale“ Organisation. Die Einrichtungen sind gut in den jeweiligen Bezirken verankert, haben Netzwerke und gute Kontakte zu LokalpolitikerInnen und anderen Institutionen. Das bedeutet auch viele MultiplikatorInnen und KommunikatorInnen mit Informationen und Forderungen „füttern“ und konfrontieren zu können. Ein Ergebnis meiner Umfrage zu Lobbying in der Jugendarbeit weist gerade LokalpolitikerInnen als interessiertes Gegenüber für die Expertisen und Konzepte aus. (siehe Kapitel 5, 5.3.3)

„Die dezentrale Struktur kann bei gutem Kommunikationsmanagement ein hervorragender Multiplikator sein. (...). Für dezentral strukturierte Nonprofit – Organisationen ist deshalb eine gute und reibungslose interne Kommunikation von höchster Wichtigkeit.“

(Beke-Bramkamp, Hackeschmidt, 2005, 57 – 58)

In der Regel werden Lobbying Projekte von intern vernetzten JugendarbeiterInnen selbst konzipiert und ausgeführt. Hat ein Träger mehrere Einrichtungen zu führen, werden die Agenden von der jeweiligen „Zentrale“ bzw. Geschäftsführungsebene- oder Crew, angeleitet, zusammengeführt, unterstützt oder selbst bearbeitet (siehe Kapitel 6 Praxisbeispiele).

Grundsätzlich gilt folgende Feststellung auch für Lobbying:

„Über relevantes Wissen zu verfügen ist eine Schlüsselkompetenz für den Erfolg von Organisationen. In einer wissensbasierten Gesellschaft erfahren die Veränderungen eine derartige Beschleunigung, dass die Strategien von Organisationen einer kontinuierlichen Überprüfung und Aktualisierung bedürfen. Es ist zunehmend wichtig, Information und Wissen als strategische Ressourcen zu nutzen. Jede Organisation ist davon abhängig geworden, die relevanten Informationen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort verfügbar zu haben, um aus ihnen handlungsrelevantes Wissen zu generieren.“ (Miller, Constanze / Meier, Dominik in Althaus, Marco, 2001, Seite 184)

Die Jugendarbeit praktiziert also, wie ich es nenne, „Inhouse“ Lobbyismus, was soviel heißt wie:

1.) Für eine externe Vergabe von Lobbying Agenden ist weder Geld vorhanden, noch wäre es sinnvoll. In der Praxis der Jugendarbeit, haben größere Vereine, wie etwa der Verein Wiener Jugendzentren, oder der Verein Rettet das Kind – Streetwork Abteilungen bzw. Stabsstellen für Pädagogische Agenden und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Organisationshandbuch Verein Wiener Jugendzentren und Verein Rettet das Kind - Streetwork). Die meisten Vereine haben einen „schlanken“ Overhead, oft sind Geschäftsführungs- und Projektleitungsagenden in der Hand einer Person. Wie aus meiner Umfrage in der Wiener Jugendarbeit zum Thema Lobbying hervor ging, sind in den meisten Teams KollegInnen

mit der Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen betraut. (siehe Kapitel 5, 5.2.1)

2.) Gerade die starke Identifizierung mit der jeweiligen Forderung, das spezifische, gesammelte Wissen bezüglich der jeweiligen Problematik, die Nähe zu den KlientInnen und die Tatsache, dass es dezidiert nicht um monetären Profit geht, erzeugt eine hohe Glaubwürdigkeit.

„Der Hauptvorteil einer eigenen Abteilung liegt in dem hohen Grad an Identifizierung des Lobbyisten mit dem eigenen Unternehmen. Während External Political Consultants diverse Kunden betreuen, die sie sich nur selten aussuchen können, sind Inhouse Lobbyisten in der Regel „company believer“: Sie sind von dem Unternehmen, seinen Mitarbeitern und Produkten, seinen ethischen Werten, seiner Philosophie und Arbeitsweise geprägt. Diese Überzeugung verschafft ihnen bei ihrem Einsatz im politisch-gesellschaftlichen Raum eine besondere Authentizität und Glaubwürdigkeit.“ (Busch-Janser, 2004, Seite 100)

An Schwächen und Fallstricken für das Lobbying der Wiener Jugendarbeit mangelt es auch nicht: Natürlich haben wir es oftmals mit recht „handgestrickten“ Lobbying – Projekten zu tun. Nicht alle Beeinflussungsversuche zu bestimmten jugendrelevanten Themen laufen nach einem idealtypischen Schema ab (siehe Punkt 3.3.2). Teils mangelt es an Know How was Planung, Strategie und Umsetzung betrifft, auch wenn der Wille für das Werk steht, es reicht nicht.

Lobbying – Projekte benötigen einen sehr langen Atem, sie sind zeitaufwändig, auch wenn Recherchearbeit oft schon in die „normale“ Jugendarbeit integriert ist.

Die sehr guten Kontakte, der laufende Austausch und die entgegengebrachte Wertschätzung der Politik gegenüber der Jugendarbeit in Wien sollen nicht über die große Abhängigkeit vom Subventionsgeber hinweg täuschen. Die Stadt ist der größte und oft

einzigste Geldgeber der Wiener Jugendarbeit. (vgl. Landesjugendreferat, 2003, Seiten 6 und 11). Eine gewisse „Beißhemmung“ ist dadurch sicherlich gegeben. Das wirkt sich beispielsweise auf die mediale Inszenierung einer Lobbying unterstützenden Kampagne aus, die vielleicht etwas leiser ausfällt, als sie könnte.

Nachdem Lobbying hauptsächlich in persönlichen Gesprächen mit dem Gesetzgeber stattfindet, kann und soll der dazu gehörende Medienauftritt die öffentliche Meinung für ein Thema sensibilisieren. Die direkte Berichterstattung über diese Gespräche und deren Fortgang finden selten ihren Weg in die Medien.

Ein zentraler Lobbying - Aspekt besteht, neben der „Interessensvertretung“ und dem Informationsaustausch im informellen Vorgehen: „`Informell´ steht nicht für geheim, sondern für die Kardinalregel, dass Lobbying dem Verständnis nach „non-public“ ist und daher nicht im Scheinwerferlicht der massenmedialen Öffentlichkeit stattfindet, sondern meist in persönlichen Arbeitsgesprächen.“ (Köppl, 2003, Seite 91)

Es soll auch nicht verschwiegen werden, dass das Asset des Lobbyings der Jugendarbeit, nämlich „Nähe zu KlientInnen“, also die starke Anbindung, Rückbindung und Partizipationsförderung Jugendlicher, mitunter auch „behindern“. Was einerseits die Glaubwürdigkeit bringt, verlangsamt andererseits Prozesse, erfordert viele Kommunikationsschleifen, hält die Lobbyisten stark „am Boden“.

3.3.2 Grundlagen jugendpolitischen Lobbyings der Wiener Jugendzentren

Einige Grundlagen die heute auch als Bausteine der professionellen Jugendarbeit gelten, wie ein Leitbild der Organisation, Qualitätsmerkmale und Qualitätsentwicklung, Standards der Arbeit,

Einrichtungskonzeptionen, Berichtswesen, uvm. bilden auch eine solide Grundlage für Lobbying. (Vgl. Krisch, 2005, Seite 468)

Das Leitbild der Organisation bietet die Vision, die Leitgedanken und Grundsätze an denen sich die Jugendarbeit orientiert. „Die MitarbeiterInnen des VJZ haben in langjähriger Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit umfassendes Wissen und Kompetenzen erworben. Die daraus entwickelte gesellschaftspolitische Positionierung des VJZ lautet: Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen anerkannten Platz in der Gesellschaft erhalten, dass sie sich entfalten und als innovative Kraft an der Weiterentwicklung der Gesellschaft mitwirken können.“ (Verein Wiener Jugendzentren, Leitbild, 2006)

Die Qualitätsmerkmale der offenen und mobilen Jugendarbeit beschreiben die eingesetzten Methoden und Ziele der Umsetzung der Inhalte. Sowohl die Qualitätsmerkmale der offenen als auch der mobilen Jugendarbeit weisen als Arbeitsschwerpunkte und Leistungen Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying auf. Sozialpolitische Positionierung und Einflussnahme, das Lobbying für Kinder und Jugendliche, die Wahrnehmung eines sozialpolitischen Mandats für Jugendliche sind festgeschrieben. Insbesondere die Aufbereitung und Positionierung jugendrelevanter Themen und die Vertretung von Anliegen von Jugendlichen in institutionellen und politischen Gremien werden betont. (Vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Qualitätsmerkmale der offenen Jugendarbeit 2006, Seite 21, sowie der mobilen Jugendarbeit, 2004, Seiten 18 – 19)

Großer Stellenwert als Grundlage für Lobbying – Projekte kommt dem jugendpolitischen Positionspapier des Vereins Wiener Jugendzentren zu. Mit diesem jugendpolitischen Positionspapier wurde ein weiterer Schritt unternommen, der das jugendpolitische Mandat des Vereins Wiener Jugendzentren auch im Wiener Zusammenhang wahrnimmt und unterstützt.

„Im Zuge unserer inhaltlich-strategischen (Leitbild) und strukturellen (Reformierung der Aufbau und Ablauforganisation) Organisationsentwicklung wurde immer klarer, dass der Verein Wiener Jugendzentren auch in der Öffentlichkeit mit seinen inhaltlichen Positionen besser bekannt sein sollte. Die Grundlage für diese öffentliche Positionierung findet sich in unserem Leitbild wieder. Dort haben wir politische Partizipation und öffentliche Einflussnahme als eines unserer Ziele ... beschrieben. (...). Auf dieser Basis sowie aufgrund der Erfahrungen, Einschätzungen und dem Wissen aus der praktischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen haben (wir) einen Forderungskatalog des Vereins erarbeitet (...). Dieser Forderungskatalog steht auch dafür, dass wir es mit Lobbying für Kinder und Jugendliche durchaus ernst nehmen und uns daher mit Erreichtem und Bestehendem nicht zufrieden geben, sondern immer noch Verbesserungen für uns vorstellbar sind.“ (See You 3/01, Langer)

Die Forderungen des Vereins Wiener Jugendzentren umfassen unter anderen (vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Positionspapier, 2006):

- Umsetzung der Wahlaltersenkung für alle Jugendlichen ab 16 Jahre auf Bezirks, Gemeinde und Landesebene; ungeachtet der Staatsangehörigkeit (nach fünfjährigem legalem Aufenthalt).
- Generelle Lösung für papierlose Jugendliche analog der Petition “Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht” der Mobilien Jugendarbeit Wiens und des Vereins Wiener Jugendzentren.
- DoppelstaatsbürgerInnenschaft für Jugendliche der 2. Generation.
- Freiräume schaffen, in der Stadt – Kindern und Jugendlichen, als gleichberechtigten Bevölkerungsgruppen, steht genauso ein Anrecht auf öffentlichen Raum und dessen Nutzung zu. Diese Plätze gehören nicht nur auf die “grüne Wiese”, sondern in die unmittelbare Wohnumgebung, in die Wohnhausanlage. Es muss durchgesetzt werden, dass Kinder und Jugendliche das Recht auf altersadäquate Bewegung, Geselligkeit, etc. im öffentlichen Raum haben. Wir fordern jugendgerechtes Planen und Bauen.

- Recht jedes Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz und Existenzsicherung Jugendlicher nach Beendigung der Schulpflicht.
- Jede Gesellschaft braucht gut gebildete und ausgebildete Kräfte. Investitionen in unsere Jugend ersparen nicht zuletzt hohe Folgekosten, die von der Gesellschaft zu tragen sind.
- Kinder und Jugendanliegen sind Querschnittsanliegen und müssen als solche in der öffentlichen Verwaltung behandelt werden.

3.3.3 Entwicklung eines Lobbying – Projekts in der Jugendarbeit

Die folgende Beschreibung des Prozesses der Entwicklung eines Lobbying – Projekts lehnt sich an Beschreibungen und Vorschlägen von Köppl, sowie Buchner, Friedrich und Kunkel an (Vgl. Köppl, 2003, Seite 100 – 102 und Buchner/Friedrich/Kunkel, 2005, Seite 207 ff).

a.) Ein Phänomen taucht auf, eine gewisse Häufung einer bestimmten Problematik wird feststellbar, sie „behindert“ die Jugendarbeit in der Verfolgung und Ausübung ihres Auftrags, nämlich Jugendlichen Partizipation (mit)zu ermöglichen und präventiv zu arbeiten. „Beschränken sie sich auf ihre Kernthemen. Haben sie Mut zum Nein. Sie können nicht alles machen. (Buchner/Friedrich/Kunkel, 2005, Seite 215)“.

„Before one can map a course of action for change, it is necessary to answer the question, action for what? That sounds so obvious as not to need to be stated, but too often advocacy groups neglect this important step. They are then vulnerable to divide-and-conquer strategies of a determined opponent. (...). (1) Know your Agenda beforehand. (2) Decide between incremental and fundamental change. (3) Be clear about your priorities. (4) Develop fallback positions.“ (Richan, 1991, Seite 34)

b.) Die Untersuchung des Phänomens folgt durch genaue Problem- und Umfeldanalyse. Es ist an der Zeit Expertise aufzubauen. Diese Phase des Lobbying - Projekts ist von großer Bedeutung. Auf ihr ist das folgende

Projekt aufgebaut, Fehler die hier gemacht werden wirken sich auf Forderung die daraus abgeleitet werden aus.

„*Wissen um die Entwicklungsgeschichte des Themas/Gesetzes.

*Auswirkungen – lokal, regional, national, eventuell supranational – berücksichtigen.

*Eigene Positionierung und Argumentation dazu erstellen.“ (Köppl, 2003, Seite 100)

Die Aufbereitung des Themas, die genaue Feldforschung, gutes Umfeldwissen und nie die Kernkompetenz, das Leitbild, die Vision aus den Augen verlieren sind die leitenden Maximen. So kann sich die Jugendarbeit als „Gesellschafts- und JugendexpertIn“ glaubwürdig präsentieren.

c.) Netzwerk anlegen bzw. aktivieren, dabei bedenken: Wer ist Freund, wer „Feind“, wer ist potentieller Partner, wer ist gegen den Vorschlag, die Forderung.

Die Wiener Jugendarbeit wurde schon im vorangegangenen Kapitel als untereinander gut vernetzt dargestellt. Diese Netzwerke im selben Handlungsfeld sind schnell aktivierbar. Die Themen können gemeinsam diskutiert, bewertet und aufbereitet werden. Ein wichtiges Element stellt in diesem Zusammenhang auch die Interessenskoalition über das Handlungsfeld hinaus dar. Wenn beispielsweise für gesetzlich vorgeschriebene Freiräume von Jugendlichen im Wohnbau lobbyiert wird, bildet die Zusammenarbeit mit der MA 37 (Baupolizei) eine interessante, wichtige Komponente. Auch die Unterstützung dieser Forderungen durch Bauträger, oder die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas durch Studienautoren aus den Bereichen Freiraumplanung und Stadtplanung sind wertvolle Bausteine einer Interessenskoalition. Die Forderungen bekommen dadurch eine größere Breite, der Vorwurf der

„Betriebsblindheit“ läuft ins Leere. Aus einem Partikularinteresse wird eine Forderung allgemeineren Interesses.

Also: Eigene Forderungen mit Thesenpapieren anderer untermauern, ExpertInnen aus anderen Feldern zu Rate ziehen, Allianzen bilden – wenn möglich auch unübliche; wenn möglich Studien in Auftrag geben.

Die Interessenkoalition bietet dem Lobbyisten auch ein mehr an Ressourcen, da mehr Beteiligte sich für ein Thema stark machen. Sie hält einen gewissen Überraschungseffekt bereit, zieht mehr Aufmerksamkeit und Akzeptanz nach sich, „da den politischen Entscheidungsträgern damit signalisiert wird, dass hinter einem spezifischen Anliegen unterschiedliche Unternehmen oder Gruppen stehen. (Köppl, 2003, Seite 113 – 114)“

d.) Ziele und Zwischenziele formulieren, Lösungsvorschläge ausarbeiten und anbieten. Dem Lobbying immanent ist, nicht nur Gesetzgebung zu kritisieren, die vermeintlichen Fehler aufzuzeigen, sondern Lösungsvorschläge bis hin zum Formulieren von Gesetzestexten anzubieten.

„Der Lobbyist (...) kann auch Grautöne akzeptieren: das Lobbying kennt in den seltensten Fällen nur schwarz und weiß. (Er) legt eine Mindest- und eine Maximalvariante fest.“ (Buchner/Friedrich/Kunkel, 2005, Seite 219)

e.) Das Gegenüber festlegen: Die Politik dabei als partnerschaftliches Gegenüber einzustufen, erleichtert Verhandlungen.

„Ist seine Zuständigkeit gegeben? Ist er bereits in die Materie eingearbeitet? Welchen Standpunkt vertritt er? (...). Recherche, welche Ausschüsse, Gremien und Personen wofür zuständig sind. (...). Entscheidungsträger sind in ihrer Arbeit auf solide Informationen angewiesen, daher: Aufstellung der Daten, Fakten, Interpretationen und Meinungen mitbringen (...). Die eigenen Anliegen dabei nicht vergessen.“ (Köppl, 2003, Seiten 100 – 101)

„More typically in cases of policy with a strongly ideological component, the advocate will want to lower the temperature and focus attention on those aspects of the problem where the parties can agree. Among other things, this is most likely to enhance the advocate’s credibility as a source of sound information. Remember that information is one of the major resources of one who lacks such advantages as money and blocs of votes.” (Richan, 1991, Seite 241)

f.) Die Entscheidung muss getroffen werden ab wann Medien einbezogen werden sollen. Und zwar um die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, oder auch direkt das Lobbying – Projekt vorzustellen.

Im Rahmen dieser Medienarbeit kann eben die öffentliche Meinung zum Thema aufbereitet werden, können Fälle anonymisiert präsentiert werden. Personalisierung ist medial sehr wichtig, gerade so kann mitunter auch Druck aufgebaut werden. Eigenes Agenda Setting wird so unterstützt - aber es kann auch Situationen geben, wo zu frühe oder zu konfrontative Medienarbeit „nach hinten losgeht“.

Der These von Buchner/Friedrich/Kunkel ist zuzustimmen: „Lobbying von NGO funktioniert nur mit guten Allianzen und wenn es gelingt, öffentlich Druck zu erzeugen und das eigene Anliegen zu einem Anliegen vieler zu machen.“ (Buchner/Friedrich/Kunkel, 2005, Seite 221)

g.) Im Ablauf und Zeitplan des Lobbying Prozesses wichtige, und relevante Termine, wie zum Beispiel Veranstaltungen – eigene oder fremde - zum Thema nutzen. Wahlzeiten können zum Beispiel sowohl gut als auch hinderlich für die Thematisierung sein. Die Forderung nach einer Wahlaltersenkung für Jugendliche auf 16 Jahre, wird gerade in Wahlzeiten gut platziert sein.

Die Österreich weite Kampagne „kein mensch ist illegal“, die 1999 durchgeführt wurde, bot einen sehr geeigneten Rahmen um die Probleme illegalisierter Jugendlicher in Wien zu erörtern und Forderungen zu stellen.

3.3.4 Lobbying als (weiterer) Professionalisierungsschritt?

Dieselben „Bausteine“ die gemeinhin als Professionalisierungsschritte entwickelt und gesehen werden, sind auch Basis für gelungenes Lobbying. Wie voran gegangen erläutert, ist genau diese „Sattelfestigkeit“, dieses Wissen, diese Fachlichkeit nötig um glaubwürdig auftreten zu können.

„Unter Professionalisierung im weiteren Sinne versteht man die Entwicklung einer privat oder ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeit zu einem Beruf (entspricht: Verberuflichung). Eine solche Professionalisierung geht oft mit einer Steigerung der Effizienz einher. Im Rahmen der Professionalisierung werden häufig Qualitätsverbesserungen und Standardisierungen erreicht.“

(<http://de.wikipedia.org/wiki/Professionalisierung> [25.8.2006])

Wenn also die Entwicklung von Leitbildern, von Qualitätsmerkmalen und Einrichtungskonzepten, ausführlicher Dokumentation, regelmäßigem Berichtswesen und Controlling, bis hin zur Formulierung von politischen Positionspapieren als Ausdruck von Professionalisierung gilt und eben diese auch Basis von sozialpolitischem Lobbying sind, kann folgender Schluss gezogen werden:

Zur Professionalisierung der Jugendarbeit ist die Entwicklung immer neuer, zeit- und aufgabenadäquater Methoden nötig. Eine Qualitätsverbesserung der Jugendarbeit zum Erreichen ihrer Ziele ist in diesem Fall die Methode Lobbying für die Anliegen der KlientInnen.

4. Umfrage in der Wiener Jugendarbeit

„Das jugendpolitische Mandat. Lobbying in der nicht - verbandlichen, außerschulischen, offenen und mobilen Jugendarbeit in Wien“

Im Rahmen meiner Diplomarbeit führte ich eine Fragebogen – Umfrage durch, die grundsätzliches Wissen über Lobbying abfragen und dessen Anwendungsbereich und Bedeutung in der Wiener Jugendarbeit in Erfahrung bringen sollten.

Folgende Fragen stellten sich mir in diesem Zusammenhang:

Ist Lobbying tatsächlich als Methode, zumindest als Maßnahme be- und anerkannt in der Wiener Jugendarbeit? Welche Voraussetzungen erfüllt die Jugendarbeit um als Lobbyistin auftreten zu können? Welche Rahmenbedingungen gibt es dafür? Welche Ressourcen gibt es? Welche Entwicklung führte zur Annahme eines politischen Mandats durch die Jugendarbeit?

Einige dieser Fragen sollten mit Hilfe des eigens dafür konzipierten Fragebogens beantwortet werden.

4.1. Methodisches Vorgehen

„Quantitative Methoden setzen Hypothesen voraus, die dann getestet werden. Quantitative Methoden zielen auf eine systematische Messung und Auswertung von sozialen Fakten mit Hilfe verschiedener Erhebungsinstrumente. In der quantitativ verfahrenen Sozialforschung werden zählbare Eigenschaften gemessen. Die häufigsten Datenerhebungsverfahren in den Sozialwissenschaften sind die Befragung, die Beobachtung, das Experiment und die Inhaltsanalyse.“

(http://de.wikipedia.org/wiki/Qualitative_und_Quantitative_Sozialforschung#Quantitative_Methoden [25.8.2006])

Schriftliche Befragungen finden meist mit einem standardisierten Fragebogen statt. Die Vorteile einer Umfrage mittels Fragebogen liegen in

der verhältnismäßig kostengünstigen Aufbereitung und Bearbeitung. Diese Form der Befragung bietet überdies einen hohen Grad an Anonymität. Dieser Aspekt war für mich, in Anbetracht der doch relativ überschaubaren Jugendarbeitsszene wichtig.

Als Nachteil kann natürlich gesehen werden, dass der/die ForscherIn keine Kontrolle über das Verhalten der Befragten hat. Es ist zum Beispiel nicht gewährleistet, dass die ausgewählten Personen auch tatsächlich persönlich den Fragebogen ausfüllen. Oft wird auch ein geringer Rücklauf befürchtet und ein oftmaliges nachfragen, nachfassen, nachtelefonieren scheint vorprogrammiert.

(Vgl.:http://de.wikipedia.org/wiki/Befragung#Postalische_Befragung_und_Schriftliche_Befragung_-_self_administered_survey_.28z.B._E-Mail.29. [25.8.2006])

4.2 Die befragte Gruppe

Durch eine Vollerhebung unter leitenden KollegInnen der offenen, mobilen und aufsuchenden, nicht - verbandlichen Jugendarbeit in Wien sollte einiges an Fakten und Einstellungen erfasst werden und ein gut interpretierbares Bild entstehen. Es wurden sowohl MitarbeiterInnen aus den Trägervereinen, als auch KollegInnen aus den Einrichtungen befragt. Dieser Umstand führte bei der Auswertung zu gewissen Schwierigkeiten bei der Interpretation des Datenmaterials, insbesondere wenn es Ressourcen und Personal betraf.

Trotzdem: Alle Geschäftsführungen, pädagogische Leitungen, EinrichtungsleiterInnen und ÖffentlichkeitsarbeiterInnen von Jugendeinrichtungen in Wien zu befragen, bedeutet eine repräsentative Gruppe befragen zu können, die sich hauptamtlich mit den Inhalten der Jugendarbeit auseinandersetzt. 56 Personen umfasst diese Gruppe. Wenn jemand Ahnung und Wissen über Lobbying, PR und Public Affairs in der Jugendarbeit hat/haben muss, dann genau diese ausgewählte Gruppe.

Daten die in dieser Gruppe gesammelt werden geben Aufschluss über die Haltung zu Lobbying in der Wiener Jugendarbeit. Stellenwert und Einbettung als integrierte Methode in der täglichen Arbeit können abgeleitet werden. Nicht zuletzt, da ja diese Gruppe an leitendem und Fachpersonal auch die Richtung vorgibt, in die die Jugendarbeit sich entwickelt.

4.3 Der Fragebogen

Das Mittel der Wahl um an interpretierbare Daten zum Thema Lobbying in der Jugendarbeit zu kommen war für mich eine Fragebogen - Umfrage zu gestalten.

Mir war daran gelegen, möglichst viele Meinungen, Wissen und auch Einstellungen zu erfahren. Nachdem die „Szene“ an leitendem Personal in der Jugendarbeit relativ klein und untereinander gut bekannt ist, schien mir diese, doch anonyme, Form der Befragung angemessen.

Der Fragebogen enthält 19 Fragen, davon fünf zu statistischen Daten, zum und rund ums Thema Lobbying in der Wiener Jugendarbeit.

Der Fragebogen ist im Anhang einzusehen.

4.3.1 Operationalisierung und Instrumente

Ich stellte vier Hypothesen auf, die ich als wesentlich und aussagekräftig für das Thema Lobbying halte. Diesen Hypothesen bzw. „Überthemen“ ordnete ich drei bis vier Fragen zu. Es sollten sowohl Fakten überprüft, als auch Einschätzungen und Selbstverständnis über das abgefragte Thema in Erfahrung gebracht werden.

Die statistischen Elemente, wie die Angabe des Alters, oder der Einrichtungsgröße, sind ebenfalls wichtig um relevante Rückschlüsse ziehen zu können.

Mittels des Programms „Graphstat“ wurde der Fragebogen entworfen, es sind Einfach- oder Mehrfachnennungen pro Frage möglich – je nach Sinnhaftigkeit.

Der Fragebogen wurde an 56 Personen per Post gesandt, oder persönlich übergeben.

4.3.2 Erhebungszeitraum und Rücklauf

Der Erhebungszeitraum wurde von Mitte Juni bis Mitte Juli 2006 festgelegt. Eine Woche vor Versand wurde erstmals auf die kommende Umfrage per E – Mail hingewiesen, mit der Bitte sich daran ehest möglich nach Erhalt zu beteiligen. Nach dem Ablauf einer festgelegten Frist zum Ausfüllen, wurde nachtelefoniert.

Das Interesse, also auch die Beteiligung der KollegInnen zu diesem Thema wurde von mir als durchaus positiv und hoch eingeschätzt. Es wurden 56 Fragebögen versandt bzw. persönlich ausgehändigt. Den tatsächlichen Rücklauf mit 42 ausgefüllten Fragebögen, also genau 75%, hatte ich allerdings nicht erwartet.

Der höchste Rücklauf an Fragebögen kam aus dem größten Träger, nämlich dem Verein Wiener Jugendzentren (69,1%). Dieser Träger hat auch den am besten ausgestatteten Overhead - eine eigene Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit sowie ein Pädagogisches Referat und einen wissenschaftliche Stabstelle.

5. Ergebnisse der Umfrage

Zur Auswertung der Fragebögen konzentrierte ich mich jeweils auf einen „Themen – Block“, also eine der vier Hypothesen, mit drei bis vier als relevant erachteten, zugeordneten Fragen. Dabei war, neben den offensichtlichen „nackten“ Zahlen, wichtig innerhalb des jeweiligen Blocks Auffälligkeiten, Übereinstimmungen und Aussagen der Fragen untereinander zu erforschen.

Ich habe den Fragebogen in seiner Gesamtheit und nach Männern und Frauen ausgewertet (Genderaspekt).

Bei 21 Fragebögen war als Geschlecht weiblich, bei 14 männlich angegeben. Bei den restlichen 7 wurde keine Angabe zum Geschlecht gemacht.

5.1 Themenblock 1: Lobbying ist als Methode in der Wiener Jugendarbeit bekannt.

Vier zugeordnete Fragen:

- a) Lobbying bedeutet streng genommen, die Beeinflussung des Gesetzgebers – also der verantwortlichen PolitikerInnen – im Sinne der KlientInnen, KundInnen, BesucherInnen. Ist ihnen diese Bedeutung von Lobbying bekannt?
- b) Ist Lobbying als integrierte Methode in der Jugendarbeit dazu geeignet ein jugendpolitisches Mandat wahrzunehmen?
- c) Setzt sich ihre Einrichtung / Trägerverein für Chancengleichheit für die KlientInnen /BesucherInnen und gesellschaftliche Veränderung zu deren Gunsten ein?
- d) Gehören Jugendarbeit und gesellschaftliche Einmischung / Beeinflussung zusammen?

Die Fragen dieses Blocks zielten darauf ab herauszufinden, ob der Begriff Lobbying in der Jugendarbeit bekannt ist. Welcher Inhalt wird damit

verbunden? Welches Bild von Lobbying gibt es? Kann nach Auswertung der Fragebögen geschlossen werden, dass Lobbying bekannt und auch eine Methode der Jugendarbeit ist?

5.1.1 Einem Großteil der Befragten, nämlich 42,9%, ist Lobbying „natürlich bekannt“ und es wird mehrheitlich angegeben, dass es auch so praktiziert wird (47,6%). Lobbying wurde in dieser Frage von mir sehr genau und „streng“ ausgelegt, nämlich als Beeinflussung des Gesetzgebers im Sinne der KlientInnen und ausdrücklich nicht als, zum Beispiel, eine Art Vernetzung.

Genderaspekt: Es geben mehr Männer an Lobbying „auch so zu machen“ als Frauen. Diese meinen mehrheitlich „es zu kennen“,

Lobbying bedeutet, streng genommen, die Beeinflussung des Gesetzgebers - also der verantwortlichen PolitikerInnen - im Sinne der KlientInnen, KundInnen, BesucherInnen. Ist Ihnen diese Bedeutung von Lobbying bekannt? (Einfachnennung)

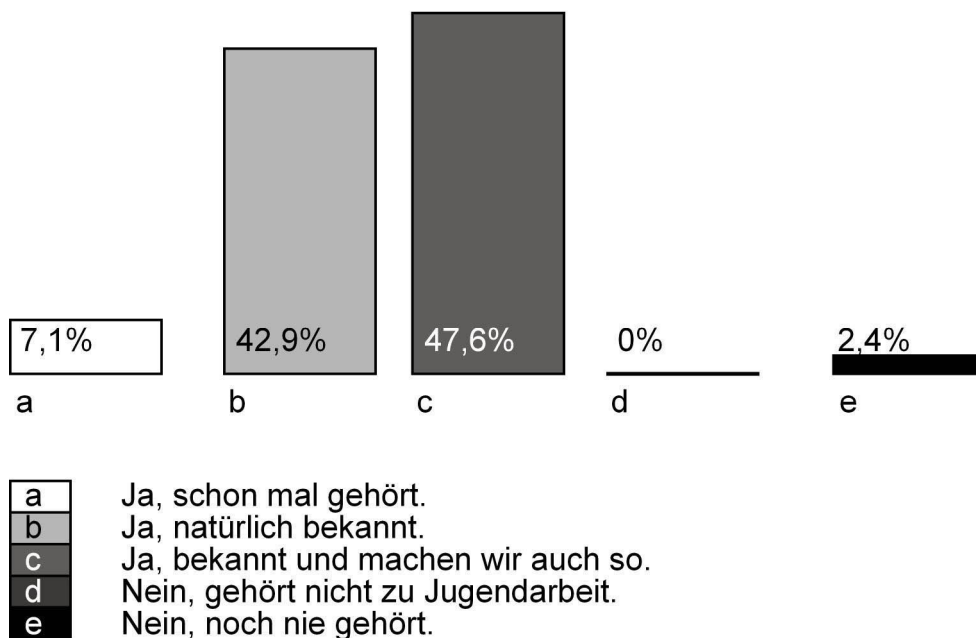


Abbildung 1: Definition Lobbying

5.1.2 Die Frage nach der integrierten Methode Lobbying als Möglichkeit das jugendpolitische Mandat wahrzunehmen wird überwiegend positiv beantwortet (57,1%), allerdings mit der gegebenen Einschränkung „versuchen wir wann immer es geht“. Immerhin 16,7% geben an, Lobbying dezidiert anzuwenden um ein jugendpolitisches Mandat wahrzunehmen. 26,2% meinen allerdings, dass es ihnen nur „punktuell, eher zu wenig“ gelingt Lobbying zu betreiben. Keine Nennung hat die Antwort „ist bekannt, klingt gut, ist aber eigentlich zu aufwändig“, was darauf schließen lässt, dass Lobbying ein bekannter, fixer Bestandteil des Repertoires der Jugendarbeit ist.

Genderaspekt: Sowohl Männer als auch Frauen Wählen zumeist die Antwort c). Mehr Frauen wählen aber den Zusatz „gelingt in der Einrichtung nur punktuell“.

Ist Lobbying als integrierte Methode in der Jugendarbeit dazu geeignet ein jugendpolitisches Mandat wahrzunehmen. (Einfachnennung)

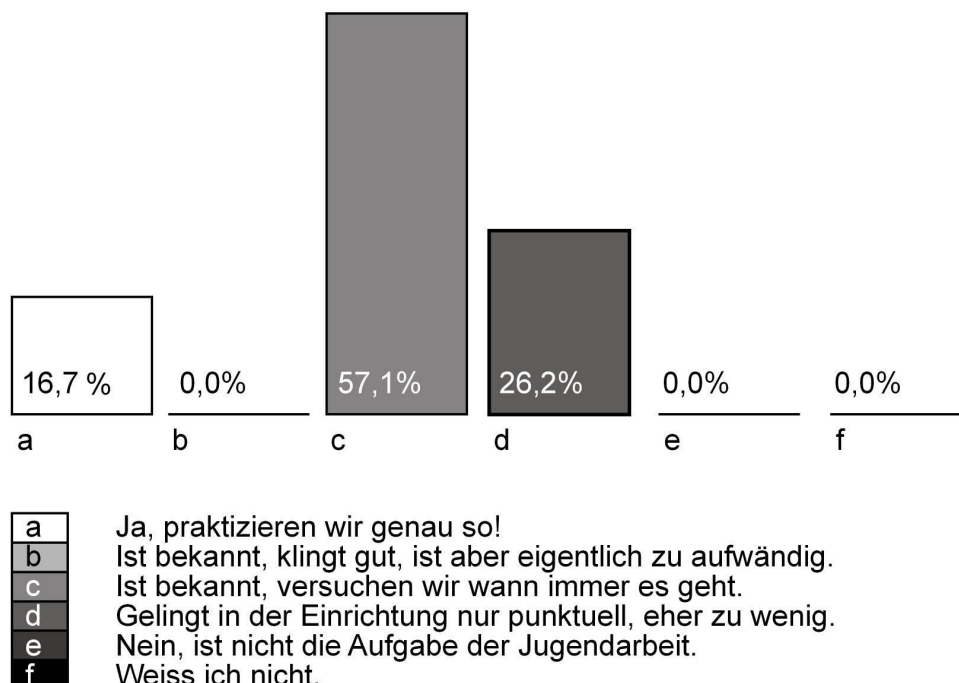


Abbildung 2: Lobbying als Methode

5.1.3 Bei der Auswertung der Frage „Setzt sich ihre Einrichtung / Trägerverein für Chancengleichheit für die KlientInnen /BesucherInnen und gesellschaftliche Veränderung zu deren Gunsten ein?“ ist mir aufgefallen, dass die möglichen Antworten sehr breit gestreut sind und eventuell zu differenzierte Antworten zur Verfügung standen. Nichts desto trotz ist das Ergebnis interessant. Wichtig war hier den Zusammenhang zwischen erstrebter „gesellschaftlicher Veränderung“ mit dem Thema Lobbying abzutesten. Mit 38,9% bekam die Antwort „Ja, integriert in Jugendprojekte ist natürlich auch Jugendliche selbst zu ermuntern aktiv für ihre Rechte einzutreten“ den meisten Zuspruch. Ein Rückschluss wäre hier, dass Jugendarbeit sehr nah an den KlientInnen ansetzt und Empowerment in Sachen Partizipation als Schritt in Richtung Lobbying der KlientInnen selbst gesehen wird. Hier offenbart sich die Gratwanderung der „Hilfe zur Selbsthilfe“, also wie viel Engagement wird ohne Mitwirkung der Jugendlichen erbracht und scheint das sinnvoll? Auch der Begriff „Chancengleichheit“ scheint auf den ersten Blick zu „groß“. Was ist darunter zu verstehen? Hier kann aber durchaus von einem gemeinsamen Verständnis der Fachleute diesbezüglich ausgegangen werden. Der Begriff bedeutet in der Jugendarbeit: Gleicher Bildungszugang für alle Kinder und Jugendlichen, Jobs mit Perspektive, Recht auf Ausbildung und Arbeit, Recht auf „unbeschwerte“ Adoleszenz.

Mit 34,4% wird angegeben, dass der jeweilige Trägerverein den Einsatz für gesellschaftliche Veränderung als Aufgabe der Jugendarbeit sieht. Mehrere Befragte gaben auch an sich bei jedem Projekt für mehr Chancengleichheit einzusetzen (22,2%).

Nachdem bei dieser Frage Mehrfachnennung möglich war, wurde insgesamt 14 Mal – die meisten Nennungen – folgende Kombination bevorzugt: Sowohl die Einrichtung, als auch der Trägerverein sehen es als ihre Aufgabe gesellschaftliche Veränderungen zu Gunsten ihrer KlientInnen anzustreben. Gleichzeitig ist das Empowerment der Jugendlichen wichtig. Das bestätigt ein wesentliches Merkmal

sozialpolitischen Lobbyings, nämlich nah an den KlientInnen zu sein und im Bestfall gemeinsam etwas zu bewirken.

Genderaspekt: Fast identische Angaben von Männern und Frauen.

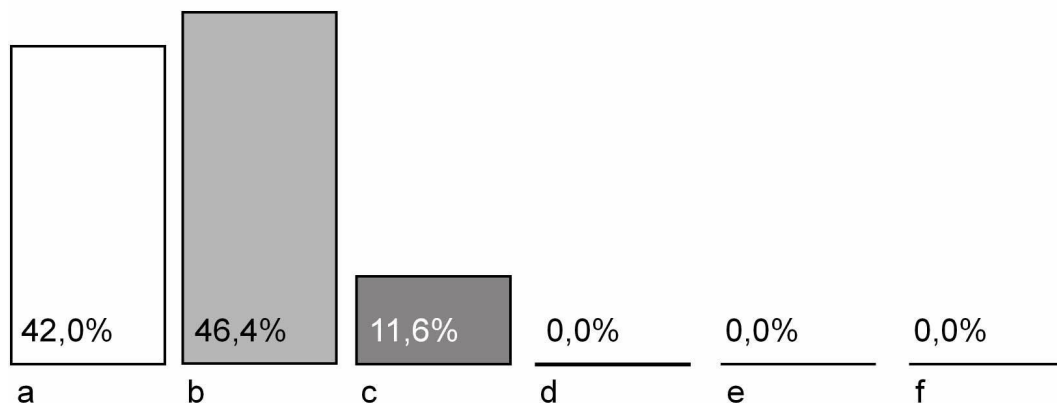
5.1.4 Die abschließende „Kontrollfrage“ des Themenblocks „Gehören Jugendarbeit und gesellschaftliche Beeinflussung zusammen?“ ergibt ein klares Bild. Sowohl die Einrichtungen, als auch deren Trägervereine befinden mehrheitlich das „so zu sehen und zu praktizieren“.

Lediglich 11,6% geben an „Kann sein, muss aber nicht.“

In absoluten Zahlen wurde die Kombination aus „wird in unserer Einrichtung so gesehen und praktiziert“ und „wird vom Träger so gesehen und praktiziert“ 25 Mal angegeben.

Genderaspekt: Fast identische Angaben von Männern und Frauen.

Gehören Jugendarbeit und gesellschaftliche Einmischung / Beeinflussung zusammen? (Mehrfachnennung)



a	Wird in unserer Einrichtung so gesehen und praktiziert.
b	Wird in unserem Trägerverein so gesehen und praktiziert.
c	Kann sein, muss aber nicht.
d	Nein, wird in unserer Einrichtung nicht so gesehen.
e	Nein, wird in unserem Trägerverein nicht so gesehen
f	Weiss ich nicht.

Abbildung 3: Jugendarbeit und gesellschaftliche Einmischung

5.2 Themenblock 2: **Es gibt Personal für Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit** (Public Affairs) in der Wiener Jugendarbeit

Drei zugeordnete Fragen:

- a) Öffentlichkeitsarbeit umfasst sowohl Pressearbeit, als auch Vernetzung und Lobbying im eigenen Einflussbereich. Wie wird in ihrer Einrichtung / Trägerverein diese Arbeit eingeteilt?
- b) Ist Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit, um die Anliegen der Jugendlichen sicht- und hörbar zu machen?
- c) Hat ihre Einrichtung /Trägerverein in den vergangenen fünf Jahren Lobbying – Projekte initiiert, bearbeitet, abgewickelt, mitgestaltet?

Themenblock 2 umfasst Fragen die sich mit der zeitlichen Komponente der Arbeit und dem Personaleinsatz beschäftigen. Was ist da die Einschätzung der KollegInnen bezüglich des Komplexes Lobbying mit allem was dazu gehört. Wie viel wird in Öffentlichkeitsarbeit investiert? Involviert sich die Einrichtung tatsächlich in derartige Projekte?

5.2.1 Die Arbeitsteilung bzw. Einteilung bezüglich Öffentlichkeitsarbeit & Lobbying wird differenziert bewertet. Ein hoher Prozentsatz von 39,1 gibt an, dass Einrichtung wie auch Trägerverein diese Arbeitsfelder abdecken. 29,7% stellen einer Person der Einrichtung einige Stunden/Woche dafür zu Verfügung. 17,2% „versuchen Zeit zu investieren, aber nicht kontinuierlich“. Nur 10,9% sehen sich außer Stande in der eigenen Einrichtung Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und delegieren es zur Gänze an ihren Trägerverein.

Keine Einrichtung gibt an, dass es eine Person gibt die sich mit dem Großteil ihrer Stundenverpflichtung dem Thema Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying widmet.

Ein Schluss könnte sein: Diese Arbeit wird also gemacht und in den Arbeitsalltag integriert.

Genderaspekt: Kaum Abweichungen zwischen den Antworten von Frauen und Männern.

5.2.2 Als eine Grundlage, bzw. ein Teil von Lobbying ist Öffentlichkeitsarbeit für die Jugendarbeit wichtig. In der Jugendarbeit wird angenommen, dass Öffentlichkeitsarbeit Jugendlichen eine Bühne bieten kann. Diese Einstellung wurde abgefragt und weitestgehend bestätigt. Einzelne Einrichtungen gaben zwar an Öffentlichkeitsarbeit als Werbung in Richtung Jugendlicher zu betreiben. Der Großteil kreuzte mit der Option Mehrfachnennung aber folgende Kombination $g + i + j$, dicht gefolgt von $g + h + i + j$ (siehe Abbildung). Das bedeutet: Besonders interessant erscheint mir immer die Angabe, dass sowohl Einrichtung wie auch Trägerverein dieser Ansicht sind. Ich ziehe folgenden Schluss daraus: Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit sind keine ausschließliche Sache der Vorgesetzten in den Trägervereinen. Eine Bestätigung der These Lobbying wäre eine Methode der Jugendarbeit.

Genderaspekt: Die Mehrheit (27,3%) der Frauen geben hier an es wird „versucht“ ÖA zu betreiben. Männer schließen sich mehrheitlich der Antwort „ÖA ist Bestandteil von Lobbying ist Bestandteil von Jugendarbeit“. Die Tendenz zur „stärkeren“ Antwort, zum „Sager“ scheint hier stärker ausgeprägt.

Ist Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit, um die Anliegen der Jugendlichen sicht- und hörbar zu machen? (Mehrfachnennung)

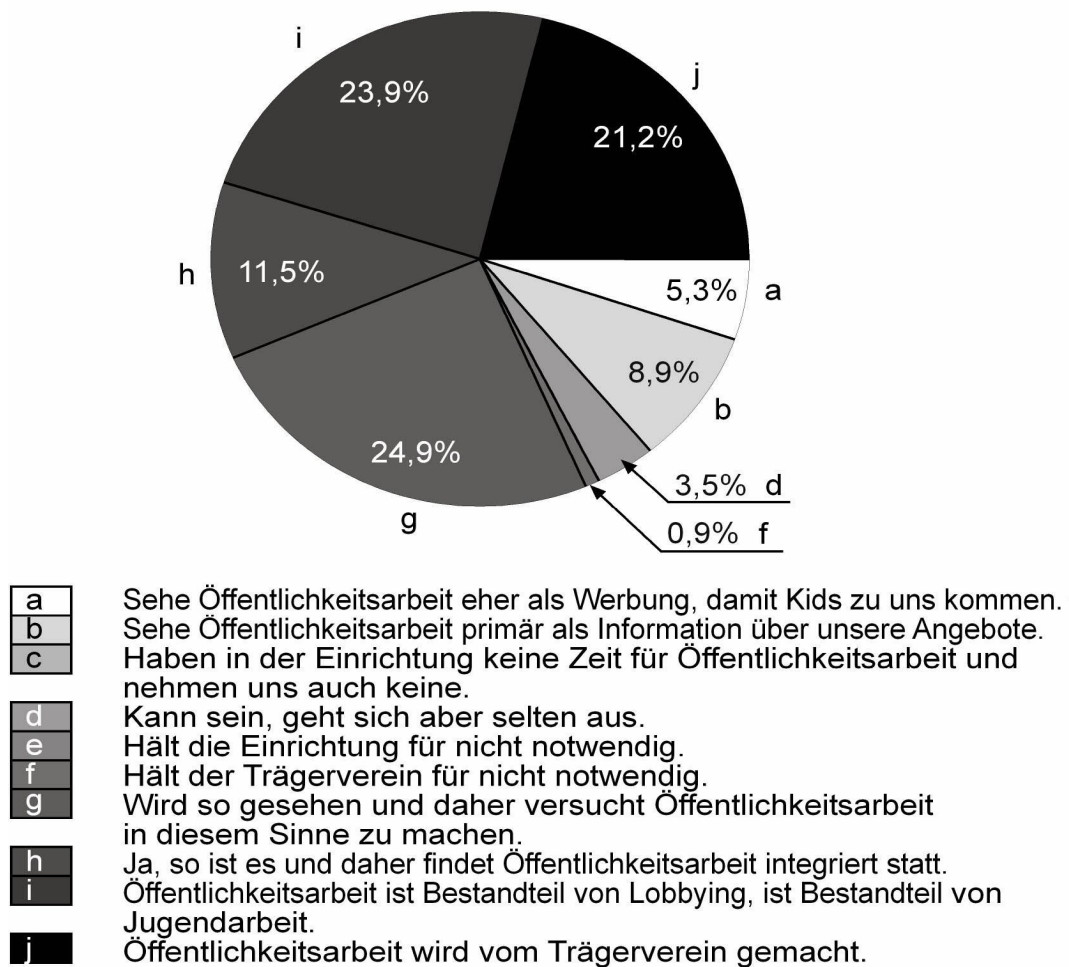


Abbildung 4: Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Bestandteil

5.2.3 „Hat ihre Einrichtung /Trägerverein in den vergangenen fünf Jahren Lobbying – Projekte initiiert, bearbeitet, abgewickelt, mitgestaltet?“ Die Beantwortung dieser Frage soll Aufschluss über die tatsächliche Involvierung der Jugendarbeit in Lobbyingprojekte geben. Es wurde darüber hinaus aber nicht abgefragt, welche Projekte das waren, sie mussten nicht benannt und aufgezählt werden. Das bedeutet natürlich eine gewisse Ungenauigkeit in der Aussagekraft.

Jene Einrichtungen die angaben „einige Lobbyingprojekte“ zumindest mitgestaltet zu haben (32,4%), gaben in nur sechs Fällen an, dass ihr Trägerverein laufend derartige Projekte betreut (27%) und sie selbst „Lobbying als integrierte Methode betrachten die dauernd mitgedacht und

betrieben wird“ (29,7%). Die Kombination aus „Träger betreut Projekte“ und „ist integrierte Methode“ wurde hingegen 11 Mal gewählt.

Interessant hier die geringe Zustimmung zur Antwort: „Ja, meine Einrichtung betreut laufend Lobbying Projekte“ (5,4%). Der Unterschied zur „integrierten Methode Lobbying die dauernd betrieben wird“ ist hinterfragbar!

Insgesamt scheinen die KollegInnen aber zu einem hohen Prozentsatz der Meinung in Lobbyingprojekte involviert zu sein.

Genderaspekt: Interessant bei dieser Frage ist, dass ausschließlich Frauen – wenn auch wenige - angeben, dass ihre Einrichtung KEINE Lobbying - Projekte betreut. Ebenfalls nur Frauen wählen die Antwort „weiß ich nicht“.

5.3 Die Wiener Jugendarbeit bietet die Rahmenbedingungen für Lobbying.

Drei Fragen zugeordnet:

- a) Ist ihre Einrichtung / Trägerverein finanziell und personell ausgestattet um sich um Lobbying zu kümmern?
- b) Hat ihre Einrichtung / Trägerverein fachlich qualifizierte MitarbeiterInnen um Lobbying zu betreiben?
- c) Ist Politik daran interessiert Expertisen und Konzepte von der Jugendarbeit zu bekommen?

Ist es in der Wiener Jugendarbeit überhaupt möglich sich mit Lobbying auseinanderzusetzen? Mit einem Stimmungsbild zu den Rahmenbedingungen beschäftigt sich der Themenblock 3.

5.3.1 Natürlich ist die Frage nach ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen immer schwierig. Denn was ist je genug? Da ich die Jugendarbeits-Landschaft gut kenne, scheinen mir die Angaben aber realistisch zu sein und durchaus pragmatisch. Eine besondere

Komponente birgt diese Frage auch. Der höchste Rücklauf an Fragebögen war aus dem größten Träger, nämlich dem Verein Wiener Jugendzentren. Wenn also 32,9% angeben ihr Trägerverein hätte ausreichend Ausstattung, aber gleichzeitig 9,6% meinen ihr Trägerverein wäre geringfügig ausgestattet und wieder 8,2% meinen der Träger hätte keine ausreichende Ausstattung, könnte das tatsächlich der Fall sein – und nicht nur eine pessimistische Meinung diesbezüglich.

Immerhin 23,3% geben an, dass auch ihre Einrichtung über Ausstattung verfügt, wenn auch geringfügig. Hier offenbart sich, denke ich, die bereits etablierte Ansicht Lobbying sei eine integrierte Methode, müsse also auch Zeit und Ressourcen in Anspruch nehmen. Trotzdem wird die zur Verfügung gestellte Ausstattung als geringfügig betrachtet, wobei wir aber wissen, dass die Einrichtungen selbst kein Teammitglied Großteils für diese Tätigkeiten abstellt. Also doch nicht so integriert diese Methode? 15,1% befinden jedoch die Einrichtung selbst hätte genügend Ressourcen – zumeist meinen das Befragte aus den Trägern selbst, wie aus der Statistik abzulesen ist.

Genderaspekt: Weitaus mehr Männer geben an ihre Einrichtung hätte eine ausreichende Ausstattung um Lobbying zu betreiben (19,2%). Bei den Frauen sind es nur 8,6%. Alle anderen Angaben sind fast deckungsgleich.

Ist ihre Einrichtung / Trägerverein finanziell und personell ausgestattet um sich um Lobbying zu kümmern? (Mehrfachnennung)

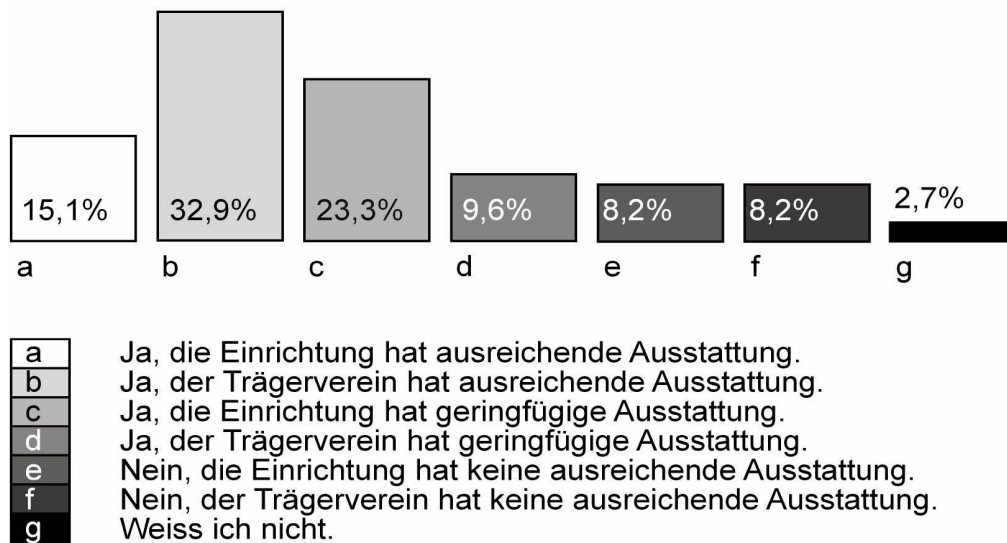


Abbildung 5: Ausstattung der Einrichtungen / Trägerverein

5.3.2 Die Frage nach ausreichend qualifiziertem Personal für Lobbying zielte darauf ab festzustellen, ob JugendarbeiterInnen sich selbst im Stande sehen diese Aufgaben zu erfüllen. Wird davon ausgegangen, dass JugendarbeiterInnen, seien das SozialarbeiterInnen, PädagogInnen oder SoziologInnen, etc. selbst Lobbying betreiben können, das nötige Rüstzeug dafür haben? Braucht es überhaupt spezifisch ausgebildetes Personal, wie etwa Kommunikationsfachleute?

Eine Minderheit von 14,9% geben an kein spezifisches Personal zu haben, es aber zu brauchen. Insgesamt meinen stolze 41,8% JugendarbeiterInnen wären entweder qualifiziert genug oder könnten sich ausreichend qualifizieren. Es ist offensichtlich durchaus so, dass die Anforderungen die Lobbying mit sich bringt, bewältigbar erscheinen. Eine sehr positive Aussage. 34,3% geben an ihr Trägerverein hätte ausgebildetes Personal für diese Agenden und tatsächlich gibt es in vielen Trägern entweder Kommunikationsfachleute, SozialmanagerInnen oder

sehr brauchbare Autodidakten. Weitere 7,5% meinen eigenes spezifisch ausgebildetes Personal in der Einrichtung zu haben.

Die Jugendarbeit geht also davon aus für Lobbying fachlich qualifiziert zu sein.

Genderaspekt: Frauen geben sich bei dieser Frage kritischer als Männer. Fast 20% meinen spezifisches Personal würde gebraucht. Im Gegensatz dazu geben Männer öfter an bereits qualifiziertes Personal zu haben. Trotzdem wird von insgesamt beiden Geschlechtern mit rund 38% befunden, JugendarbeiterInnen sind oder können sich qualifizieren.

5.3.3 Gibt es ein Gegenüber für das ExpertInnenwissen der JugendarbeiterInnen? Ist Politik daran interessiert Expertisen und Konzepte der Jugendarbeit zu bekommen? Das wäre ja eine wichtige Voraussetzung und Rahmenbedingung um Lobby - mäßig Fuß fassen zu können. Die eigenen Erkenntnisse müssten ja in die Gesetzgebung und Gestaltung der Gesellschaft einfließen.

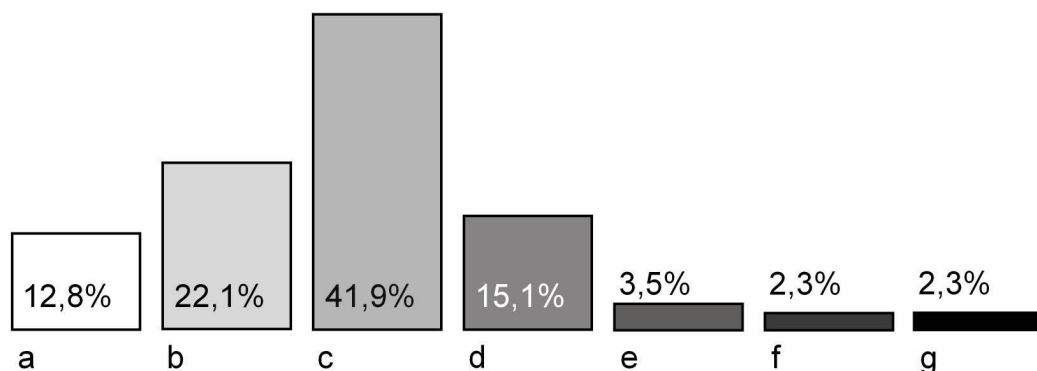
Auch hier zeichnet sich ein positives Bild was die Rahmenbedingungen von Lobbying in Wien betrifft. Besonders auf lokaler Ebene, also in den Bezirken in denen Jugendarbeitseinrichtungen hauptsächlich operieren, wird großes Interesse konstatiert und angegeben, dass es „auf Bezirksebene Austausch und Interesse an unserer Fachlichkeit“ gibt (41,9%). Das ist zwar im direkten policy-making Prozess eine Ebene zu weit „unten“, da die Bezirkesvertretungen keine gesetzgebende Körperschaft ist, aber es ist ein nicht unwichtiger Teil in einem großen Puzzle. Was Mitfinanzierung von Projekten angeht werden in Wien die Bezirke auch immer interessanter, da sie über ein dezentrales Budget für Soziales und Kultur verfügen. Letztlich ist eine gute Einbindung und Vernetzung im Stadtteil lohnend, gerade für Jugendliche.

Die doch sehr positive Bewertung des Interesses der Politik an Themen der Jugendarbeit hat mich etwas erstaunt. In vielen Diskussionen im Bereich der Sozialarbeit wird die Politik eher als Be- und Verhinderer gesehen. 22,1% der Befragten meinen gar, dass „Politik die Jugendarbeit

einbezieht“, hervorragende Bedingungen für Lobbying! Auch auf Landesebene sei das professionelle Know – How gefragt und es werde gut zusammengearbeitet meine 15,1%. Politik als „Partner“ sehen 12,8%. Wenig Zustimmung hatten die Fragen die ein eventuelles Desinteresse der Politik abfragten.

Genderaspekt: Nahezu identische Angaben.

Ist die Politik daran interessiert Expertisen und Konzepte von der Jugendarbeit zu bekommen? (Mehrfachnennung)



a	Ja, Politik ist ein Partner und ist mit uns im Gespräch.
b	Ja, Politik bezieht Jugendarbeit ein.
c	Auf Bezirksebene gibt es Austausch und Interesse an unserer Fachlichkeit.
d	Auf Landes- und Gemeindeebene wird gut zusammengearbeitet und das professionelle Know - How ist gefragt.
e	Nein, es gibt kaum Interesse an unserer Expertise.
f	Nein, Jugendarbeit wird nicht als Wissenspool für spezifische Fragen betrachtet.
g	Weiss ich nicht.

Abbildung 6: Interesse der Politik

5.4 Lobbying bedeutet für JugendarbeiterInnen **das politische Mandat wahr zu nehmen.**

Vier Fragen zugeordnet:

- Wird von ihrer Einrichtung, ihrem Trägerverein zu aktuellen jugendrelevanten Themen öffentlich Stellung genommen?
- Hat sich, ihrer Wahrnehmung nach, in den letzten 10 Jahren der gesellschaftliche Einfluss von Jugendarbeit gesteigert?

- c) Haben sie das Gefühl in externen Gremien (Regionalforen, Jugendplattformen, Grätzltreffen, ...) als ExpertIn wahrgenommen zu werden?
- d) Ist ihnen ein Lobbying – Projekt der Jugendarbeit bekannt, das positive Veränderungen für KlientInnen erreicht hat?

Themenblock 4 befasst sich mit der Einstellung der Fachleute zum Status Quo der „Interessensvertretung“ der nicht - organisierten Jugendlichen die die Klientel der Jugendarbeit bildet. Beziehen die Einrichtung und/oder der Trägerverein öffentlich Stellung zu jugendrelevanten Themen? Hat sich der gesellschaftliche Einfluss von Jugendarbeit gesteigert und wenn ja, warum? Ist Jugendarbeit ein ernst zu nehmender Partner um so einen Vertretungsanspruch wahrnehmen zu können. Letztlich: Sind überhaupt Projekte bekannt die Lobbying umfassen?

5.4.1 Die Aufgabe zu jugendrelevanten Themen öffentlich Stellung zu beziehen, wird offensichtlich primär den Trägervereinen zugeordnet. Mit 57,1% entschieden sich die Befragten für diese Option. Viele Einrichtungen gaben aber auch an selbst Stellung zu beziehen (33,3%). Die am häufigsten angegebene Kombination (Mehrfachnennung möglich) war bei dieser Frage natürlich a + b, wobei bis auf eine Ausnahme alle die angaben die „Einrichtung beziehe selbst Stellung“ gleichzeitig meinten „vom Trägerverein“ werde das gemacht.

Es scheint also relativ üblich mit dem Mittel „öffentliche Stellungnahme“ zu arbeiten, es ist aber eine Aufgabe der Träger.

Genderaspekt: Sehr ähnliche Angaben von Männern und Frauen. Beide Geschlechter geben mit über 54% an, dass der Trägerverein öffentlich Stellung nimmt.

5.4.2 Konnte der gesellschaftliche Einfluss der Jugendarbeit in den letzten 10 Jahren gesteigert werden? Hier ein Stimmungsbild und eine Einschätzung zu erlangen scheint besonders interessant, weil eine

Entwicklung ablesbar ist. Die Einschätzung der ExpertInnen fällt auch hier positiv aus. Die überwiegende Mehrheit konstatiert der Jugendarbeit gestiegenen Einfluss (über 80%), wenn auch vordergründig aus verschiedenen Ursachen. Bei näherer Betrachtung treten aber wieder Korrelationen zu Tage.

36,8% meinen der Einfluss der Jugendarbeit habe sich durch deren Professionalisierung gesteigert. Gezielte Projekte und Lobbying sehen 32,9% als Grund für den gestiegenen Einfluss. Interessanter weise meinen nur 15,8%, dass der Ausbau der Jugendarbeit dazu beigetragen hat den Einfluss zu steigern. Es ist anzunehmen, dass lieber eigenes „Können“ als Ursache für eine positive Entwicklung gewertet wird und nicht ein von „Außen“ bewirkter (Mit)erfolg.

Die häufigste Kombination an Mehrfachnennung bei dieser Frage war d + e (siehe Abbildung) mit 15 Angaben. Das könnte bedeuten, dass gezielte Projekte und Lobbying Teil einer Professionalisierung der Jugendarbeit sind. Eine andere Deutung wäre, Professionalisierung bringt die Möglichkeit mit sich gezielt Projekte und Lobbying zu betreiben. Beides macht Sinn.

Genderaspekt: Männer beurteilen hier insgesamt positiver, optimistischer. Frauen geben doppelt so oft an, dass sich der Einfluss nicht gesteigert hat, bzw. sie es nicht wüssten.

Hat sich, ihrer Wahrnehmung nach, in den letzten 10 Jahren der gesellschaftliche Einfluss von Jugendarbeit gesteigert? (Mehrfachnennung)

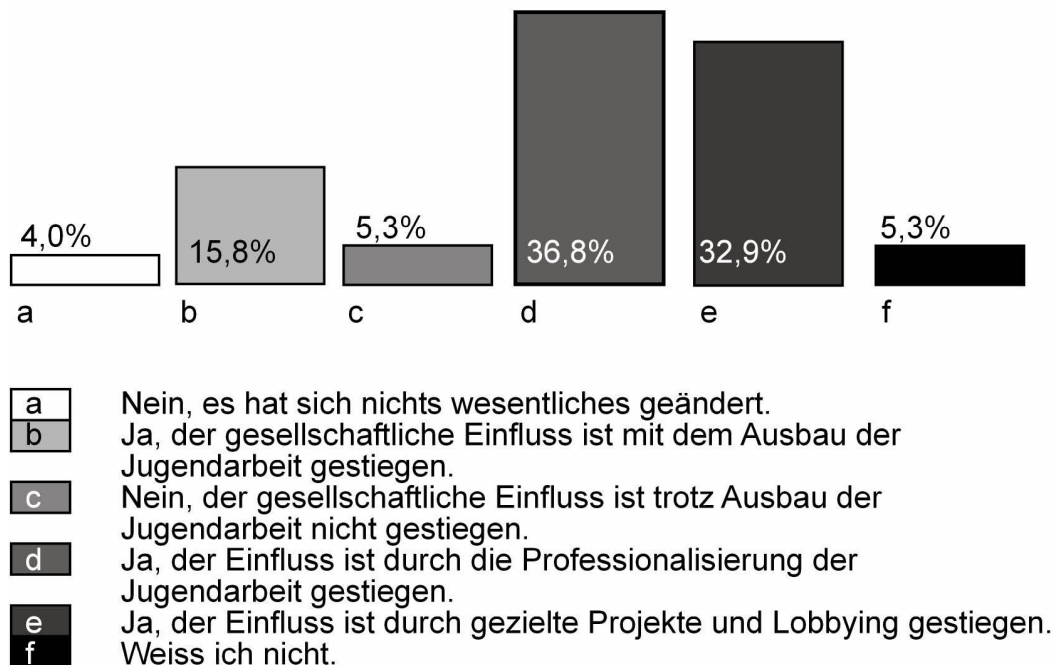


Abbildung 7: Gesellschaftlicher Einfluss von Jugendarbeit

5.4.3 „Haben sie das Gefühl in externen Gremien (Regionalforen, Jugendplattformen, Grätzltreffen, ...) als ExpertIn wahrgenommen zu werden?“, lautete eine weitere Frage, um einen Einblick zu gewinnen, ob JugendarbeiterInnen sich als anerkanntes Gegenüber in Sachfragen fühlen. 34,2% sehen ihren ExpertInnenstatus anerkannt, gar 65,8% meinen sie werden „für ihren Bereich als ExpertIn anerkannt und nachgefragt“. Dass Jugendarbeit „noch immer eine unbekannte Größe“ wäre, möchte niemand bestätigen. Natürlich kann angenommen werden, niemand sieht sich gerne als „unbekannte Größe“ und daraus resultiert dieses Ergebnis. Nachdem sich aber so viele Personen an dieser Umfrage beteiligt haben und hier trotzdem keine negative Meinung bezüglich ExpertInnenstatus in Gremien gesehen wird, dass die Anerkennung als sehr hoch empfunden wird.

Genderaspekt: Auch hier geben sich Männer „selbstbewusster“ - oder aber „unrealistischer“? Fast 80% meinen sie würden als ExpertInnen anerkannt UND angefragt. Frauen entscheiden sich mit rund 62% für diese Antwort. Sie meinen anerkannt, aber nicht automatisch auch angefragt zu werden.

5.4.4 Auf die Frage „Ist Ihnen ein Lobbying – Projekt der Jugendarbeit bekannt, das positive Veränderungen für KlientInnen erreicht hat?“ wird wie folgt geantwortet: 54,1% meinen ein Lobbying – Projekt zu kennen, das „teilweise positive Veränderungen erzielt“ hätte. 13,1% „kennen ein zur Gänze erfolgreiches Projekt“. 27,9% wählten das eher unspezifische „Ja, ist mir bekannt.“. Ein sehr kleiner Teil kennt keine Lobbying – Projekte mit positiven Veränderungen für die KlientInnen.

Genderaspekt: Frauen sind zwar mit 51,9% überzeugt davon, dass durch Lobbying teilweise „positive Veränderungen“ erzielt werden konnten, sie geben aber auch mit insgesamt 11,1% an keines zu kennen, bzw. „weiß ich nicht“. Männer wählen diese Antwort gar nicht.

5.5 Statistik

Nach Auswertung der statistischen Angaben lässt sich der Schluss ziehen:

Die durchschnittliche leitende JugendarbeiterIn in Wien ist weiblich, knapp unter 40 Jahre und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie leitet ein Team von 5 – 10 Personen und arbeitet im Verein Wiener Jugendzentren.

STATISTIK Geschlecht

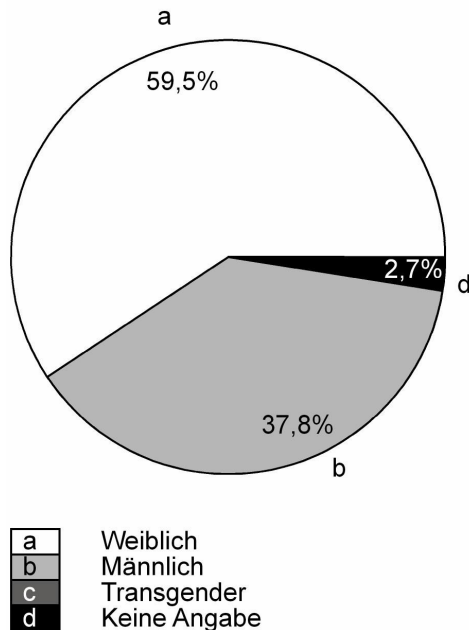


Abbildung 8: Statistik Geschlecht

Größe des Trägervereins:

69, 1% geben an in einem Trägerverein mit über 200 Angestellten zu arbeiten. Daraus lässt sich der einfache Schluss ziehen, dass sie MitarbeiterInnen des Vereins Wiener Jugendzentren sind. Es ist der einzige Träger in Wien in dieser Größe.

Prozentuell geben gleich viele Frauen wie Männer an in einem Verein von dieser Größe zu arbeiten (71,4%)

Größe der Einrichtung (MitarbeiterInnenanzahl):

Der überwiegende Teil (um die 50%) leitet ein Team von 5 – 10 Personen. Teams von einer Größe von 1-5 liegen um die 25%.

Ausbildung:

Nahezu ein Viertel der Frauen sind diplomierte Sozialarbeiterinnen. Bei den Männern geben 17,7% an DSA zu sein.

Alter:

Hier wird offensichtlich, dass Frauen wesentlich jünger sind als Männer. Der Mittelwert bei den Frauen ist 35,43, bei den Männern doch 42,54. Wenn man/frau um die Tatsache weiß, dass lange Zeit in der Jugendarbeit geglaubt wurde, dies sei ein „Job für Männer“ (gewaltbereite, „halbstarke“ Jugendliche, viele Burschen), liegt der Schluss nahe zu interpretieren, dass die vielen älteren Kollegen langjährige Mitarbeiter sind. Nachbesetzungen erfolgen mit Frauen, die gut ausgebildet sind.

5.6 Zusammenfassung

Von den 56 ausgesandten oder persönlich ausgehändigten Fragebögen zum Thema Lobbying in der Wiener Jugendarbeit wurden 42 ausgefüllt zurückgesandt oder abgegeben. Die damit erzielte Rücklaufquote von 75% ist für eine anonyme Fragebogen - Umfrage hoch. Das führt zu zwei Annahmen:

- 1.) Die Umfrage wurde in einer relativ kleinen, untereinander gut bekannten Gruppe durchgeführt. Viele der Befragten sind auf Grund der Größe MitarbeiterInnen des Trägervereins Verein Wiener Jugendzentren, in dem ich die Stelle einer Öffentlichkeitsarbeiterin der Stabsstelle der Geschäftsführung bekleide – das heißt in gewissem Sinn hierarchisch weit oben angesiedelt bin. Möglicherweise ein Grund mehr, sich zu beteiligen, da sozial erwünscht.
- 2.) Das Thema ist ein wichtiges und interessantes für die KollegInnen in der Wiener Jugendarbeit, insbesondere unter leitenden KollegInnen. Ich habe auch während der Laufzeit der Umfrage oft Anfragen bezüglich des Rücklaufs bekommen und es wurde Interesse an der Studie geäußert. Weiters wird Lobbying schon einige Jahre diskutiert, ausgeübt und in Fachkreisen als wichtig erachtet.

Die **wichtigsten Erkenntnisse** sind meiner Ansicht nach:

- Lobbying ist in der befragten Gruppe bekannt. Auch eine „enge“ Definition ist bekannt. Unter Lobbying wird definitiv auch „Einflussnahme bei der und auf die Gesetzgebung“ verstanden.
- Lobbying sollte in den Arbeitsalltag der Jugendarbeit integriert werden und wird nicht nur ausschließlich von Trägervereinen, sondern auch von Einrichtungen betrieben.
- Lobbying wird als Einflussnahme und Mittel zur gesellschaftlichen Veränderung zu Gunsten der eigenen Klientel gesehen.
- Es ist eine Methode die angewandt wird um als Interessenvertretung für jugendliche KlientInnen zu agieren.
- Jugendarbeit und gesellschaftliche Einflussnahme gehören zusammen.
- JugendarbeiterInnen sind in der Lage und qualifiziert genug, um als LobbyistInnen auftreten zu können.
- Einrichtungen stellen Zeit für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Sie ist ein wichtiger Bestandteil um Jugendlichen selbst eine Bühne zu bieten.
- Sowohl personelle wie auch finanzielle Ausstattung erlauben den meisten Vereinen sich auch Lobbying zu widmen.
- Es gibt in Wien ein interessiertes Gegenüber in der Politik. Je näher im Gemeinwesen, desto interessierter (Bezirke).
- Die Jugendarbeit wird mit ihren Expertisen und Konzepten ernst genommen und nachgefragt.
- Sowohl die Trägervereine der Wiener Jugendarbeit, als auch deren Einrichtungen kennen Lobbying – Projekte und haben auch schon welche durchgeführt, mitinitiiert oder sich daran beteiligt.
- Der Einfluss der Jugendarbeit ist in den letzten 10 Jahren gestiegen. Es wird von den Fachleuten angenommen, dass das auf Grund der fortschreitenden Professionalisierung der Fall ist.

Weiterführende Forschung wäre in Form von Interviews und Gruppendiskussionen interessant. Wichtig wäre, eine genauere Definition der Fachleute von Lobbying zu bekommen. Welche Projekte im Rahmen von Lobbying durchgeführt wurden und werden, wie die Schritte in diesem Prozess aussehen und auch deren etwaige Ergebnisse.

Eine Gruppendiskussion von LobbyistInnen aus der Jugendarbeit und deren AdressatInnen könnte auch zu wichtigen Ergebnissen führen. Was wird von der Politik tatsächlich wahrgenommen? Was bleibt sozusagen hängen? Kann festgestellt werden, dass auf Grund von Lobbying positive Veränderungen erzielt werden, oder ist es „Zufall“?

Festzustellen ist, dass das Thema „Lobbying und Jugendarbeit“ in der sozialwissenschaftlichen Forschung Neuland ist, „Lobbying im NPO Bereich in Österreich“ auch noch nicht hinlänglich erforscht. Ein weiterer Bereich der sehr spannend scheint ist die: Auseinandersetzung und Forschung im Bereich Sozialarbeitsausbildung und wie hier der Komplex „Lobbying / Public Affairs / Öffentlichkeitsarbeit“ verankert ist.

6. Praxisbeispiele: Sozialpolitische Lobbying- und Public Affairs Projekte der Wiener Jugendarbeit (am Beispiel zweier Kooperationsprojekte des Vereins Wiener Jugendzentren)

Die (verkürzt) beschriebenen Fallbeispiele:

- Sozialpolitisches Lobbying für „illegalisierte“ Jugendliche in Wien/Österreich und
- das Bestreben die Wiener Bauordnung zu Gunsten Jugendlicher zu novellieren.

Die beiden Projekte verfolgen ein Ziel: Gesetzliche Veränderungen zu Gunsten ihrer KlientInnen. Die Projektverläufe sind dabei sehr individuell, durchaus unterschiedlich. Trotzdem ist ein typischer Lobbying – Projekt – Verlauf erkennbar.

Deutlich wird wie eng verwoben Sozialarbeit und Politik sind, welche Erfolge im Sinne der KlientInnen erzielt werden können. Es zeigt aber auch auf, wie steinig der Weg der politischen Beeinflussung und Mitgestaltung ist und wie man/frau am „ausgestreckten Arm verhungern kann“. Jugendarbeit braucht einen langen Atem und den Mut sich nicht auf den Einzelfall zurückzuziehen bzw. sich freiwillig damit zufrieden zu geben im Einzelfall und „im Kleinen“ helfen zu können.

Warum wurden diese Projekte ausgewählt? Ich möchte in der Ausführung der Punkte 6.1 und 6.2 darlegen, dass folgende Merkmale auf beide Fallbeispiele zutreffen, die im Kapitel Lobbying als wesentlich für derartige Projekte beschrieben wurden.

Beide Projekte können als Lobbying – Projekte in „Reinkultur“ gesehen werden. Die Beeinflussung des Gesetzgebers wird als klares Ziel angegeben und für die angestrebte Gesetzesänderung sind ausgearbeitete Vorschläge vorhanden. Es wurden Interessenskoalitionen gebildet und intensiv Vernetzung betrieben. Eingebettet in die Praxis der Jugendarbeit werden diese Themen langfristig bearbeitet.

Eine komplexe Struktur und vielschichtige Vorgehensweise liegt bei

beiden Projekten vor. Es gibt dokumentierte Beschäftigung und Stellungnahmen der Politik zu den Lobbying – Projekten.

Begleitende Aktionen, Kampagnen und Projekte – auch mit Jugendlichen – wurden/werden durchgeführt.

Um auch die angesprochene Anbindung an die tägliche Praxis der Jugendarbeit mit Jugendlichen aufzuzeigen (siehe Kapitel 3, 3.3.1), werden nicht nur die Abläufe der Projekte beschrieben, sondern auch auf deren Inhalt eingegangen.

6.1 „Petition - Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“

In Folge berufe ich mich unter anderem auf die „Petition – Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“ (vgl. Verein Wiener Jugendzentren, „Petition – Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“ 1999), sowie die Diplomarbeit von Kollegin DSA Larcher, „Papierlose Jugendliche in Wien. Eine Auseinandersetzung mit dem Themenbereich am Beispiel sozialpolitischer Initiativarbeit der Mobilen Jugendarbeit Wien, an der Bundesakademie für Sozialarbeit Wien im Jahr 2000 und Berichte und Protokolle die von der Petitionsgruppe der Wiener Jugendarbeit angelegt wurden.

Die 2005 erneut erfolgte Novellierung des Fremdenpolizeigesetzes wurde in dieser Beschreibung nicht berücksichtigt. Mir geht es bei der Erläuterung der Praxisbeispiele vorrangig um die Darstellung des Prozesses der Bearbeitung, des Ablaufs, der Auseinandersetzung mit dem Thema.

Als „Petitionsgruppe“ wird jenes Gremium von JugendarbeiterInnen bezeichnet die den Lobbying – Prozess gestalten.

6.1.1 Beschreibung des Phänomens, Expertise, Forderungen der Petitionsgruppe

Im Rahmen der täglichen Arbeit, des Streetwork, trafen mobile JugendarbeiterInnen immer häufiger auf die Problematik, das Phänomen „Illegalisierung“ Jugendlicher. Ihre Situation ist nicht von ihnen selbst verursacht, verschuldet. Die Jugendlichen haben keine eigene Stimme, und sie finden sich unvermutet in einer höchst prekären Lage: Kein Visum, keine Aufenthaltsbewilligung, kein Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch kein Herkunftsland, wo sie hingehen könnten. Sie sind in Österreich integriert, haben Familie und Freunde hier, die Schule besucht. Papierlos sein bedeutet, aus allen sozialen Zusammenhängen zu fallen. Institutionen werden nicht mehr aufgesucht, Angst vor Abschiebung und keinerlei Ressourcen treiben die Jugendlichen in Isolation.

Die niederschwellige, aufsuchende Arbeit der Mobilen Jugendarbeit ermöglicht, immer wieder Zugang zu papierlosen Jugendlichen zu finden. JugendarbeiterInnen werden von den Jugendlichen als Vertrauenspersonen wahrgenommen, und viele Papierlose werden von ihren FreundInnen – zunächst anonym – empfohlen. So ist es gelungen, ein Sicherheitsnetz aufzubauen. Engagierte Bemühungen für „Einzelfälle“ gehören zur täglichen Arbeit der Einrichtungen der mobilen und offenen Jugendarbeit.

Für den Aufbau der Expertise war es notwendig sowohl die Lebenswelt der Jugendlichen zu kennen und ihre Probleme zu analysieren, als auch die Gesetzesmaterie zu kennen die es zu verändern galt. Zusammengefasst: „Zentrale Bedeutung, die Rechtslage „papierloser“ Jugendlicher betreffend, hat (hatte damals, Anm. der Autorin) das Fremdengesetz 1997, welches mit 1.1.1998 in Kraft getreten ist und den novellierten Rechtsbestand des FrG 1992 und des AufG 1992 umfasst. Im Detail beinhaltet das Fremdengesetz 1997 das Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden im Rahmen

des Bundesgesetzblattes I 1997/95, in der Fassung BGBl I 1998/86 und 1998/158 (vgl. Muzak, u. a., 1999 in Larcher, 2000, Seite 13)

Die „Erzeugung“ neuer Fälle papierloser Jugendlicher wurde als strukturimmanent erkannt. Die Gesetzeslage führt immer wieder zum Verlust der Papiere, strenge Quotenregelung für Familienzusammenführung zieht lange Wartefristen für Kinder im Ausland nach sich.

Die fehlenden Handlungsmöglichkeiten und die bestehende Notwendigkeit einer Alltagsrekonstruktion der betroffenen Jugendlichen waren letztlich Gründe für die Wiener Jugendarbeit mit der bisherigen Praxis, für Einzelfälle zu intervenieren, Schluss zu machen und – im Sinne der Methode Lobbying - eine generelle Lösung zu fordern.

So wurde im Herbst 1998 von der Mobilen Jugendarbeit Wien und dem Verein Wiener Jugendzentren eine Petition mit folgenden Forderungen, gerichtet ans österreichische Innenministerium, verabschiedet:

1. Amnestie für integrierte, aber schuldlos illegal in Österreich lebende Jugendliche und junge Erwachsene.
2. Aufenthaltsrecht für integrierte Jugendliche
3. Unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt
4. Ursachenbekämpfung (z.B.: Jugendliche nicht im Familienvisum)
5. Keine Abschiebung während laufender Verfahren.

6.1.2 Auseinandersetzung mit dem politischen Gegenüber

Die Übergabe der Petition an den Innenminister erfolgte im Februar 1999. Eine Delegation wurde vom damaligen Innenminister Schlögl empfangen. Die „wohlwollende Prüfung von Einzelfällen“ wurde zugesichert. Forderungen die auf eine gesetzliche Änderung abzielen, wie etwa eine

„Amnestie“ papierloser Jugendlicher, wurden abgelehnt.

Straffällig gewordene Jugendliche, sowie junge Erwachsene haben innerhalb des Petitionspakets leider wenige Chancen. Tatsache ist, dass auf Illegalität oft Kriminalität folgt – Jugendliche sollten für den Verlust ihres Aufenthaltstitels nicht zweimal bezahlen.

In der Folge wurde mit den zuständigen BeamtInnen des Bundesministeriums für Inneres (BMI) die Vorgangsweise zur Einreichung von Fällen ausgearbeitet. Eine so genannte „Einzelfallschiene“ wurde aufgebaut, in der illegalisierte Jugendliche „saniert“ werden können. In regelmäßigen Abständen wurden vorbereitete Fälle von JugendarbeiterInnen mit den zuständigen BeamtInnen des BMI besprochen.

Bei möglichem negativem Ausgang, also wenn keine Sanierung möglich schien, wurde der Fall zurückgezogen – mit Duldung des BMI (Anm. der Autorin: Darüber liegen keine schriftlichen Aufzeichnungen vor.).

Die persönliche Betreuung der Jugendlichen und ihrer Familien vor, während und nach der Einreichung liegt zur Gänze bei der Jugendarbeit. Negative Bescheide führen an die Grenzen der Belastbarkeit.

6.1.3 Bildung von Arbeitsgruppen und Interessenskoalitionen

Der Termin im Innenministerium war auch der Startschuss zu einer Reihe von Gesprächen mit dem Innenministerium, sowie VertreterInnen der Wiener Landesregierung, ParteienvertreterInnen in Bund und Land und Behörden.

In der so genannten „Wienrunde“ trafen sich VertreterInnen relevanter Organisationen, Institutionen und Behörden (Innenministerium, Fremdenpolizei, (ehemalige) MA 20-Fremdenrecht, MAG11-Amt für Jugend und Familie, Büro der Stadträtin für Integration, Arbeitsmarktservice, MA 12 - Sozialamt, MA 13 – Außerschulische

Jugendarbeit, JugendarbeiterInnen), um die Thematik konstruktiv zu besprechen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Auch im Wiener Landtag wurde das Thema papierlose Jugendliche im Februar 1999 behandelt. Ein Beschluss- (Resolutions-) Antrag wurde verabschiedet, in welchem dem zuständigen Minister empfohlen wurde integrierte Jugendliche zu legalisieren. (Beschluss- (Resolutions-) Antrag PrZ 2227/LAt/99 an den Wiener Landtag, 18. Sitzung vom 16.02.1999, Sitzungsbericht, Seite 2)

Bestand zu Beginn die Petitionsgruppe aus den Mobilen Jugendarbeitseinrichtungen des Vereins Wiener Jugendzentren, Back on Stage 5, 10, 11 und 16/17, weiters Back Bone (Verein alte Fleischerei) und Echo, kamen im Laufe des Jahres 1999/2000 noch weitere Vereine und Einrichtungen der Wiener Jugendarbeit dazu – Kids Company, Streetwork, Multikulturelles Netzwerk/Tangram und Z'sam. (vgl. Tangram/Multikulturelles Netzwerk, Jahresbericht 1999)

„Große Unterstützung wird zu diesem Anliegen vom Verein Wiener Jugendzentren geleistet, der zu einer Gesetzesänderung auffordert. Auch sämtliche Wiener Jugendzentren sowie die aufsuchende Jugendarbeit und viele mehr stehen hinter den Forderungen der Petition.“ (Wehsely, Akkilic, 2005, Seite 213)

6.1.4 Medienarbeit, Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Erfolgreiche Kooperationen mit Medien und Institutionen brachten eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Die mediale Unterstützung der Petition der Mobilen Jugendarbeit im Vorfeld des ersten Ministergesprächs war enorm wichtig. Darüber hinaus wurde und wird dahingehend gearbeitet eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit herzustellen.

Sowohl Tages- als auch Wochenzeitungen, der ORF und Radiostationen berichteten über die Probleme der betroffenen Kids. Vorrangig ist dabei die positive Darstellung der Jugendlichen, die schuldlos an ihrem rechtlichen Status sind.

(vgl. Linsinger, Eva: Keine Amnestie für papierlose Jugendliche, in Der Standard vom 10.2.1999, Wien 1999; Rottenberg, Thomas / Volf, Patrick: Das Jahr der U-Boote, in Falter 4/1999, Seite 4; Slunsky, Marion: Schnupperstunde in der Illegalität. In: Volkstimme 32/1999, Wien, 1999)

6.1.5 Überprüfung der Fortschritte, Ziele (vgl. See you 2/01)

Mit der Wahl am 3. Oktober 1999 geriet die Petitionsarbeit insofern ins Stocken, da eine weitere Kooperation natürlich mit der Zusammensetzung einer neuen Regierung unmittelbar zusammenhing.

Im Bereich des politischen Lobbying konnte festgestellt werden, dass erst nach einem Jahr Arbeit die Basis für eine fruchtbare Kooperation mit den relevanten Behörden hergestellt war. Die Einzelfallbearbeitung mit dem Innenministerium lief relativ bald problemlos und gut. Aber auch hier war erst nach mehreren Monaten eine Vertrauensbasis geschaffen, die Diskussionen zu gesetzlichen Veränderungen zuließ.

Tatsache ist, dass Anfang 2000, die Grundlage für gemeinsame Problemlösungsstrategien und mögliche gesetzliche Änderungen bezüglich papierloser Jugendlicher gegeben war. Tatsache ist auch, dass die getroffenen Vereinbarungen unmittelbar mit der Person des ehemaligen Innenministers Schlögl (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und der damaligen Regierung zusammenhingen.

Seit Regierungsantritt der „schwarz – blauen“ Koalition (Österreichische Volkspartei und Freiheitliche/später BZÖ) im Februar 2000 wurde ein einziges Gespräch bezüglich illegalisierter Jugendlicher gewährt. Der

Bürochef des damaligen Innenministers Strasser (ÖVP) empfing die JugendarbeiterInnen einmal – ohne Erfolg und politische Konsequenzen.

Senol Akkilic, mobiler Jugendarbeiter bei Back on Stage 5, schrieb in der Ausgabe See You 3/02 (Seite 18 – 19) über „3,5 Jahre Petition Papierlose Jugendliche - 125 gelöste Fälle“:

„Die alltägliche Einzelfallarbeit, in die mehrere Menschen mit beträchtlichem Arbeitsaufwand und Arbeitsstunden eingebunden sind, kommt zwar teuer, ist den politisch Verantwortlichen aber noch immer lieber als sonstige Lösungen. Unsere Hoffnungen auf eine politische Lösung zu Beginn der Petition „Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“, die berechtigt vorhanden waren, sind nach den letzten politischen Entwicklungen in Österreich geschwächt worden. Minister der blau-schwarzen Regierung empfangen keine NGO's, ein direkter Kontakt ist nicht möglich.

Im Rahmen eines europaweiten Treffens der Bewegungen und Petitionen für Papierlose Menschen/Jugendliche in Bern (im Mai 2002) wurden viele Ähnlichkeiten unter europäischen Ländern festgestellt. So sind viele Flüchtlinge und Papierlose ohne irgendeinen Rückhalt in Europa unterwegs und müssen Arbeiten verrichten, die zum Wohlstand der „normalen“ BürgerInnen in Europa beitragen.

Kinder und Jugendliche werden ungeachtet der internationalen Abkommen wie zum Beispiel der UN Kinderrechtskonvention mitten in Europa missbraucht und schikaniert. Wie schon oft erwähnt sind Kinder und Jugendliche die Leidtragenden jener Probleme, für die die europäischen Regierungen keine Lösungen finden können.“

Wenig Hoffnung wurden in die Regierungskoalition ÖVP / BZÖ gelegt. Ein Termin mit Innenministerin Prokop konnte noch nicht vereinbart werden. Die „Einzelfallschiene“ mit der Abteilung III/11 des Bundesministeriums für Inneres zur humanitären Sanierung von Einzelfällen läuft bis zum heutigen Tage (Stand: Sommer 2006).

6.1.6 Darstellung einer konkreten Fallbeschreibung (vgl. Synek, Manuela: Fallstatistik Petitionsfälle, 2000)

Zur Geschichte und Lage eines illegalisierten Jugendlichen. Alle Daten und Namen wurden anonymisiert. Der Fall ist aus dem Jahr 1999.

Lebenslauf Darijo Romanovic

1982 Geburt in Wien

Im Sommer 1982 als Baby mit Eltern (Romanovic Dragan und Ruza) nach Serbien/Jugoslawien

Bis 1994 Volksschule in Serbien

- Eltern geschieden, beide wiederverheiratet
- Sahen sich beide außerstande für den Sohn Darijo aufzukommen
- Großeltern in Wien sind dazu bereit, informieren sich aber bezüglich Aufenthaltsrechts nicht ausreichend und holen den Enkel mit Touristenvisum nach Österreich. Sie glauben, da er „gebürtiger Wiener“ ist, ist alles kein Problem.

Im August 1994 erfolgt Einreise mit Touristenvisum nach Österreich zu den Großeltern. Ab September 1994 bis Juni 1998 Besuch der Hauptschule in 1200 Wien und des Polytechnischen Lehrgangs, 1200 Wien mit positivem Abschluss.

Ab 1994 mehrmaliger Versuch der Großeltern für den Minderjährigen um ein Visum einzureichen (behördliche Schreiben und Anwaltskorrespondenz liegen vor).

Im Jänner 1999 Tod des Großvaters, die Großmutter ist seit Jahren krank.

Darijo Romanovic lebt seit fünf Jahren in Wien, hat seine Familie und seinen Freundeskreis in Österreich. Auch die gesamte Hauptschulzeit hat er in Wien absolviert. Mit seinen leiblichen Eltern hat er seit einem Jahr

keinen Kontakt mehr. Seine Großmutter, seit den 70er Jahren legal in Österreich aufhältig, ist krank und bedarf seiner Hilfe im alltäglichen Leben. Darijo hat noch nie mit der Polizei zu tun gehabt, also keinerlei Vorstrafen. Er ist ein ruhiger, netter, fleißiger junger Mann, der auch in der Schule nie Probleme hatte. Sein Wunsch ist Kfz - Mechaniker zu lernen. Er möchte unbedingt arbeiten, auch um seine Großmutter zu unterstützen. Trotz seiner problematischen Lage ist Darijo geduldig und immer bemüht seine Situation zu sanieren. Für ihn ist Österreich seine Heimat.

6.1.7 Begleitendes Projekt mit Jugendlichen

„Petitions cup 2002 - Kids besiegten PolitikerInnen beim Wiener Fußballturnier für "Papierlose Jugendliche"

Acht Teams der Wiener mobilen Jugendarbeit hatten in zwei Gruppen im Meisterschafts- und anschließend im K.O. System ihre erfolgreichsten Fußballteams ermittelt. Das Finale fand zwischen dem Team von BACK BONE und der Mann/Frauschaft des Rathauses statt. Mit 3:1 gewannen schließlich die Jugendlichen, was aber letztendlich keinen überraschte... Es war ein tolles Turnier, ein guter Anlass und ein wunderschöner Tag. Danke vielmals an alle Jugendlichen und Politiker - Spieler die sich beide darum bemühten, die Anliegen der papierlosen, illegalen Kids weiterzutransportieren.“

(<http://www.mobilejugendarbeit.at/?b=0&show=fotos&id=13> [12.7.2006])

6.2 „Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“

Auf Grund immer wiederkehrender Anregungen aus Berichten beispielsweise des Team Focus, sowie der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, Erfahrungen in der Stadtteilarbeit der Jugendarbeit und der Erkenntnisse von StadtplanerInnen wurde die Notwendigkeit gesehen sich dem Themenkomplex „Jugendgerechtes Planen und Bauen“ grundlegend zu widmen.

6.2.1 Beschreibung des Phänomens, Forderungen

Das „Vision Statement“ zum Themenkomplex „Jugendgerechtes Planen und Bauen“ des Vereins Wiener Jugendzentren kann wie folgt zusammengefasst werden:

Es ist eine Tatsache, dass Kinder und Jugendliche einer Flut von Verboten ausgesetzt sind, die Spiel, Spaß, Bewegung und Abenteuer in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung einschränken oder gar verbieten. Dabei haben Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Bevölkerungsgruppe genauso ein Anrecht auf öffentlichen Raum und dessen Nutzung wie die Erwachsenen.

Und: Kinder und Jugendliche brauchen für ihre körperliche, geistige, seelische und soziale Entwicklung Freiräume außerhalb der Wohnung, die sie sich aneignen, wo sie spielen, sich erholen, mit anderen kommunizieren können. Der öffentliche Raum ermöglicht viele gesellschaftliche Erfahrungen und Lernchancen, die in privaten Räumen nicht möglich sind: Auseinandersetzung mit anderen Menschen, mit Unbekanntem und Neuem, mit der Natur.

Wir fordern Platz für Jugendliche, den sie – ist er mal gesichert – partizipativ gestalten können.

Die Vision (= laut Deutschem Duden eine (gewagte) Idee oder Vorstellung für die Zukunft): Nach 15 Jahren Bautätigkeit nach diesen Richtlinien – plus geeigneter Begleitmaßnahmen – hat diese Stadt ein jugendadäquateres Antlitz. (vgl. Verein Wiener Jugendzentren, Vision Statement, 2005)

6.2.2 Entstehung und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe

„Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerungen im Wohnbau“

Am Beginn dieses Lobbying - Projekts standen Gespräche von VertreterInnen des Vereins Wiener Jugendzentren mit den StadträtInnen Grete Laska, Werner Faymann und Rudolf Schicker. Alle drei StadträtInnen begrüßten das Vorhaben in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. (Vgl. Ergebnispapier „Jugendgerechtes Planen und Bauen. Qualitätssteigerung im Wohnbau“, 2004)

Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wurde anhand verschiedener Parameter entschieden. Es war augenscheinlich, dass aus den verschiedenen Arbeitsfeldern ExpertInnen - TechnikerInnen, StadtplanerInnen und Jugendarbeit - vertreten sein müssen. Die Vereinsvorstände der Wiener Jugendzentren einzubinden lag ebenfalls auf der Hand, da neben fachlicher Kompetenz, die jeweilige Einschätzung des politischen Umfelds wichtig ist und ein guter Multiplikatoreneffekt gegeben war. Den Bereich der MA 13 – außerschulische Jugendarbeit – an Bord zu haben und sich deren Unterstützung zu sichern war ebenfalls wichtig. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft war und ist schon lange mit dem Problemfeld „Wohnumfeld und Jugendliche“ beschäftigt, darin sehr firm und de jure Anwalt der Jugend in Wien.

Diese gemischte Gruppe bündelt diverses Fachwissen aus nicht gerade verwandten Bereichen, hat daher große Glaubwürdigkeit.

Es wurde zwei Jahre intensiv darüber diskutiert, was es denn brauchen würde, um die Situation Jugendlicher in Wohnhausanlagen positiv zu verändern. Alle Schritte der Diskussion wurden dokumentiert, teilweise zwischendurch veröffentlicht und genutzt. Die Arbeit dieser Gruppe wurde im Berichtswesen des Vereins Wiener Jugendzentren ausgewiesen. Die zuständige Stadträtin laufend informiert.

(siehe Zusammensetzung der Arbeitsgruppe – Personen im Anhang)

6.2.3 Expertise und Vorschläge der Arbeitsgruppe in Kurzfassung

Es gibt keine Auflagen, oder Vorschriften, dass für junge BewohnerInnen ab 12 Jahre Spiel- und Freiflächen einzuplanen sind. Dadurch gibt es für Jugendliche keine für sie dezidiert bestimmten Flächen. Eine Novellierung der Bauordnung wäre hierzu notwendig.

Derzeit ist vorgesehen, dass ab 15 Wohneinheiten 30 m² Kleinkinderspielplätze bis 6 Jahre und ab 50 Wohneinheiten zusätzlich 500 m² für Kinder bis 12 Jahre zu errichten sind. (vgl. Wiener Bauordnung, § 90 (6))

Darauf aufbauend sieht der Vorschlag der Arbeitsgruppe vor ab 50 bis 199 Wohneinheiten zusätzlich verpflichtend 400 m² Freiflächen für Jugendliche zu errichten. Ab 200 Wohneinheiten kommt eine Verhältnisregel 5 m² pro Wohneinheit zu tragen, aufgeteilt nach folgendem Schlüssel - 0,5 Kleinkinder : 1,5 Kinder : 2,5 Jugendliche.

Bei einem Großteil der Flächen würde dies durch Zweckbestimmung der vorhandenen Flächen möglich sein. Ein weiterer Vorschlag der Arbeitsgruppe ist für den Fall, dass Freiflächen nicht möglich sind, adäquate Innenräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Sollte auch das aus erwiesenen Gründen nicht möglich sein ist eine Ausgleichsabgabe (angelehnt an die bestehende Wiener

Garagenordnung) mit Zweckwidmung zu leisten (302,00 € pro Quadratmeter).

Eine weitere Forderung ist die nach einer Leitstelle für kinder- und jugendgerechtes Planen und Bauen. Es soll jedenfalls eine Ressort - übergreifende Fachstelle mit gutachterlichem Status sein – die insbesondere Quantitäts- wie auch Qualitätskriterien erstellt und die Durchsetzung dieser überprüft.

(Vgl. Ergebnispapier „Jugendgerechtes Planen und Bauen. Qualitätssteigerung im Wohnbau“, 2004)

6.2.4 Behandlung und Auseinandersetzung der Politik (Protokollauszüge)

Sitzung des Wiener Landtags, 29. Sitzung vom 29.04.2005, Wörtliches Protokoll, Seite 73 -74, Abg. Heinz Vettermann (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats):

„Wir haben natürlich auch das kinder- und jugendgerechte Planen und Bauen entwickelt, das dankenswerterweise in den Bericht (der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, Anm. der Autorin) Eingang gefunden hat. Schauen wir uns das konkret an. (...). Wir haben es gesetzlich geschafft, dass Jugendvertreter in Mieterbeiräte gewählt werden können. Wir sind jetzt dabei, uns zu bemühen, dass das auch entsprechend tatsächlich und wirklich passiert, das heißt, wir haben die Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt. Bei den neuen Vorschriften muss man sagen: Gut, dass es die Jugendzentren und diese Arbeitsgruppe gibt, die hier als Lobby fungiert. Ich freue mich eigentlich über jede Unterstützung, auch die der Kollegin Sommer-Smolik. Die Vorgangsweise ist so, und die möchte ich kurz sagen, dass wir nicht hier und heute zu einer Beschlussfassung kommen wollen, sondern dass wir gemeinsam mit den betroffenen Stellen uns zwei Dinge ausgemacht haben, die einfach unsere tatsächliche Verwirklichungschance schärfen werden. Das eine ist, dass eine Studie "Jugendgerechtes Planen und Bauen" schon bei der MA 50 eingereicht ist

von Dr. Korab, DI Brigitte Lacina und Dr. Rainer Zuber (!). Die wird es auch geben. Das heißt, wir werden hier einmal auch statistisch ein klares Material haben, das neben dem allgemeinen, ich glaube richtig festgestellten Bedürfnis dann auch in der Umsetzung noch besser funktionieren kann.“

Sitzung des Wiener Gemeinderats, 56. Sitzung vom 24.05.2005, Wörtliches Protokoll, Seite 37 – 38, GRin Heike Trammer (Bündnis Zukunft Wien – die Stadtpartei):

„Eine zukunftsfähige Entwicklung ist dann nachhaltig, wenn sie den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht. Aber, so muss man sich schon fragen, entspricht der vorliegende STEP auch wirklich den Bedürfnissen der heutigen Generation. Man bekennt sich im STEP 05 zwar zum jugendgerechten Planen und Bauen, setzt aber keinerlei Maßnahmen, um den Bedürfnissen der Jugendlichen Rechnung zu tragen.

Wir fordern daher eine Änderung der Bauordnung, die Frei- und Spielflächen für Jugendliche ab 12 Jahren bindend vorsieht. Weiters soll eine ressortübergreifende Leitstelle für kinder- und jugendgerechtes Planen und Bauen beim Magistrat eingerichtet werden, und dazu bringe ich jetzt einen Beschlussantrag ein.“

Sitzung des Wiener Landtags, 4. Sitzung vom 30.03.2006, Wörtliches Protokoll, Seite 35 – 36, Abg. Heinz Vettermann (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates):

„Zum Planen und Bauen: Zugegeben, da bin ich auch einer, der schon in allerlei Arbeitskreisen gesessen ist. Das muss man auch sagen, dass es einige, allerdings kleine Schritte in die richtige Richtung gegeben hat, was Nachadaptierungen betrifft, was Quartiersmanagement betrifft, wo die Diskussion immer war, wenn man verpflichtende Abgaben einfordert, wovon man momentan wieder einen Schritt weggekommen ist, hast du das Problem, dass du damit auch die Jugend triffst, Jungfamilien, die dann

verteuerte Wohnungen kaufen müssen. Trotzdem wird es darum gehen, hier einmal eine stärkere rechtliche Stellung schon im Planungsprozess zu schaffen, weil das im Nachhinein oft sehr schwer durchzusetzen ist. Dann stellt sich noch die Frage, wie das begleitet wird. Aber das ist ein Problem, das alle beim Planen, Bauen und Wohnen haben, weil die Wohngemeinschaften nicht nur, was kinder- und jugendgerechtes Wohnen betrifft, sondern überhaupt oft versuchen, Zusagen und Pläne ein wenig abzuändern. Also wenn der Baupolizist hinkommt und fragt: „Wo ist der Teich, der eingezeichnet war?“, man sagt: „Wir haben drei Bänke aufgestellt.“, muss auch eingegriffen werden. Das heißt, das ist ein Problem, das man in den Griff bekommen muss, aber das nicht unbedingt kinder- und jugendspezifisch ist, aber wenn man als Lobby dafür arbeitet, natürlich hier auch sein soll.“

6.2.5 Chronologie und Status Quo des Projekts (Vgl. Handout, Wehsely, Juni 2006)

Im April 2004 wurde das Ergebnispapier der Arbeitsgruppe Jugendgerechtes Planen und Bauen – nach zweijähriger Arbeit und Beratung - fertig gestellt (Vollversion im Anhang). Bis Sommer 2004 konnte das Papier den zuständigen StadträtInnen Laska (Jugend), Schicker (Stadtplanung) und Faymann (Wohnbau) präsentiert werden. Auf deren Wunsch wurde die Vertiefung in dieses Thema ursprünglich, also ab 2002, forciert.

Die Stellungnahmen der verantwortlichen PolitikerInnen zu den Ergebnissen waren unterschiedlich: Von selbstverständlichem, großem Wohlwollen bis hin zu Ablehnung wegen vermeintlicher Verteuerung des Wohnbaus.

Im Anschluss an die Präsentation wurde, bis Jänner 2005, der Vorschlag beim Wiener Wohnfonds, auf Veranlassung von Stadtrat Faymann, geprüft und bewertet.

6.2.6 Beiziehung externer Fachleute

Noch während der „Wartezeit“ auf die Bewertung durch die Fachleute des Wiener Wohnfonds wurde mit PraktikerInnen und ForscherInnen aus den Bereichen Stadtplanung, Freiraumplanung und Jugendforschung überlegt zum Thema „Jugendgerechtes Planen und Bauen“ eine Studie in Auftrag zu geben. Es sollten die Vorschläge der Arbeitsgruppe überprüft, bestenfalls untermauert werden.

Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen reichte die Studie – nach ausführlichen Vorbesprechungen mit den Fachleuten aus der Jugendarbeit - bei der MA 50 ein. Im April 2005 erhielt ein ExpertInnenteam den Auftrag, im Rahmen einer von der Wiener Wohnbauforschung finanzierten Expertise die im Ergebnispapier der Arbeitsgruppe „Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“ aufgestellten Forderungen aus fachplanerischer und wohnbaupraktischer Perspektive zu beleuchten und Empfehlungen für konkrete Umsetzungsmaßnahmen abzuleiten. Die Studie ist entsprechend der komplexen Aufgabenstellung interdisziplinär aufgebaut und gliedert sich in drei Abschnitte mit unterschiedlich gelagerten Schwerpunkten:

Arbeitspaket 1: Sozialwissenschaftliche Grundlagen
(Schwerpunktbearbeitung: Dr. Reinhard Zuba, Österreichisches Institut für Jugendforschung)

Arbeitspaket 2: Gestaltungsrichtlinien (Schwerpunktbearbeitung: Dipl.-Ing. Brigitte Lacina, Landschaftsplanerin)

Arbeitspaket 3: Wohnbaupraxis, Wohnbauökonomie, Logistik
(Schwerpunktbearbeitung: Dr. Robert Korab, raum & kommunikation Korab KEG)

(vgl. Forschungsdatenbank der Stadt Wien, MA 50, Aktenzahl: MA 50-142/Mi/05-)

6.2.7 Zeitplan

Folgende Punkte sind in Umsetzung begriffen bzw. geplant (Stand Sommer 2006)

Die Freigabe der Studie „Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“ von Dr. Robert Korab, DI Brigitte Lacina und Dr. Reinhard Zuba durch die MA 50 – Wohnbauforschung, sollte im Laufe des September / Oktober 2006 erfolgen

Als nächster Schritt sind der Versand und die Vorstellung der Studie bei den StadträtInnen Laska (Jugend), Faymann (Wohnen) und Schicker (Stadtplanung) geplant.

Ebenfalls vorgestellt wird die Studie in der Jugendplattform Wien und weiteren relevanten Gremien, sowie interessierten und verantwortlichen Personen und PolitikerInnen, die mit dem Thema Stadtplanung, Wohnbau und Jugend befasst sind.

Eine Fachtagung, bzw. ein Symposium in Zusammenarbeit mit der MA 50 zu diesem Thema soll ein weiteres Fachpublikum ansprechen.

Vorgespräche mit interessierten Wiener Bezirken bezüglich eines Pilotprojekts „Jugendgerechter Wohnbau“ werden geführt.

7. Persönlicher Ausblick

Es gibt keine unpolitische Sozialarbeit. Sozialpolitik existiert nur mit Sozialarbeit, auch deswegen tut Sozialarbeit gut daran eben diese Politik mitzugestalten, zu beeinflussen.

Jugendarbeit (wie auch generell Sozialarbeit) braucht spezifisches Verständnis um die Gegebenheiten, Strukturen, Abläufe der Politik. Wann macht wer welches Gesetz und warum, wo können wir es beeinflussen? Jugendarbeit/Sozialarbeit ist ohne Zweifel eine politische Disziplin.

Mein besonderes Interesse gilt Jugendlichen, wir nennen sie in der Wiener außerschulischen, nicht- verbandlichen Jugendarbeit, benachteiligte Jugendliche. MigrantInnen der 2. und 3. Generation, aber auch „white trash“. Es sind Menschen denen – auch bei uns – Chancengleichheit verwehrt wird, ein Recht auf ein gutes Leben erschwert wird, die nieder gehalten werden, auch um den Standard der „weißen Mehrheitsgesellschaft“ zu erhalten.

Auch wenn mich immer die Personen und Persönlichkeiten interessiert haben, mit denen ich gearbeitet habe, war doch klar:

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen gestaltet und beeinflusst werden. Sozialarbeit, Jugendarbeit soll nicht als pure Systemerhaltung dienen, sondern dieses System im Sinne der KlientInnen mitgestalten. Auch die so genannte „Mehrheitsgesellschaft“ muss sich bewegen, muss Zugeständnisse machen. Es gibt nicht nur „Arbeitsprogramme“ der Politik, es gibt Ideologie, es gibt politische Überzeugung. Diese gehört gefordert und gefördert.

Es mag sein, dass wir in einer Zeit der „Postpolitik“ leben. Es soll nicht um grundsätzliche Probleme der Menschen gehen, um Schieflagen in der Gesellschaft, um soziale Ungerechtigkeit. Es geht um angepasste Programme, Maßnahmen, fit - machen für eine Leistungsgesellschaft. Doch Sozialarbeit darf sich, meiner Ansicht nach, nicht zum Instrument

von „Postpolitik“ machen, muss daran arbeiten zum Wesentlichen, zum Ursächlichen gesellschaftlicher Probleme durchzudringen. Jugendarbeit/Sozialarbeit soll nicht auf der „Betroffenheitsschiene“ fahren, soll nicht Mitleid für ihre KlientInnen wecken.

Jugendarbeit muss Rechte fordern, handeln und verhandeln und zwar – im besten Fall - gemeinsam mit ihren KlientInnen.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Innenschau, der Einzelfall, die Beziehungsarbeit, wenn auch ein wichtiger Teil, nur ein Teil unserer Arbeit sein kann.

Jugendarbeit/Sozialarbeit muss sich mehr und mehr - und ich betrachte das als einen wesentlichen Schritt in der Professionalisierung unserer Disziplin – als Mitgestalterin von Politik etablieren. Die Standbeine von Jugendarbeit/Sozialarbeit sind Politik, Wissenschaft und Praxis. Es ist beispielsweise nahezu unlogisch, sicher auch ineffizient und nicht effektiv, Programme (aktuell diverse Kursmaßnahmen des AMS, der schönen Statistik wegen) auszuführen, die in großem Ausmaß von uns als ExpertInnen fachlich abgelehnt werden, da sie auf Grund ursächlicher Problemstellungen nicht zu einer Lösung im Sinne der Menschen mit denen wir arbeiten beitragen. Allerdings muss niemand „Fachfremder“ unsere Expertisen erstellen, uns unsere „Wünsche für eine bessere Welt“ von den Augen ablesen.

Die Wahrung des politischen Mandats der Jugendarbeit braucht unbedingt die Bausteine ernsthaften Lobbyings.

Für mich ist „gute“ Sozialarbeit jedenfalls Arbeit am Fall, am Sozialraum UND an der Gesellschaft.

Der persönliche Ausblick ist eine Zusammenfassung, eine Überarbeitung meines Kommentars „Wir haben kein Recht uns nicht einzumischen!“ in SIÖ, Ausgabe 2/06, „Ist die politische Sozialarbeit tot?“.

Literatur

Jugendarbeit / Sozialarbeit

Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 2005

Krisch, Richard: Offene Kinder- und Jugendarbeit bei den Nachbarn. Offene Jugendarbeit im Jugendzentrum. Qualitätsentwicklung in den Wiener Jugendzentren, 2005. In Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 2005, Seite 461 – 468

Deinet, Ulrich / Krisch, Richard: Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen, 2002

Schulheft 39: Jugendzentren in Österreich, Jugend & Volk, Wien 1985

Böhnisch, Lothar / Münchmeier, Richard: Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik, Juventa Verlag, Weinheim/München, 1990

Deinet, Ulrich / Krisch, Richard: Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. In Riege, Marlo / Schubert, Herbert (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis, 2. Auflage, 2005, Seite 145 - 156

Specht, Walther (Hrsg.): Die gefährliche Strasse. Jugendkonflikte und Stadtteilarbeit, 2. Auflage, 1991

Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.): „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“. Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, Wien, 2005

Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen 2002, S. 535 – 548

Kess, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum, Wiesbaden, 2005, S. 471 – 491

Österreichisches Institut für Jugendkunde (Hrsg.): Jugend in Verbänden und offenen Gruppen, Wien, 1985, S. 28 – 36

Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus: Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Berlin, 1997, S. 428 – 461

Larcher, Annelies: Papierlose Jugendliche in Wien/Eine Auseinandersetzung mit dem Themenbereich am Beispiel sozialpolitischer Initiativarbeit der Mobilen Jugendarbeit Wien, Bundesakademie für Sozialarbeit Wien, Dipl.-Arb., 2000

Wehsely, Tanja / Akkilic, Senol: ...die Frist zum Leben versäumt.“ – Illegalisierte Jugendliche in Österreich, 2005. In Binder, Susanne / Rasuly – Paleczek, Gabriele / Six – Hohenbalken, Maria (Hrsg.): Herausforderung Migration. Beiträge zur Aktions- und Informationswoche der Universität Wien anlässlich des „UN International Migrant´s Day“, Wien, 2005, Seite 212 - 214

AuutorInnenkollektiv: Ohne Papiere in Europa. Illegalisierung der Migration – Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Europa, Berlin/Hamburg, 2000

Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying, Public Affairs

Dorer, Johanna/Lojka, Klaus (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Berufspraxis der Public Relations, Wien, 1991

Dorer, Johanna: Politische Öffentlichkeitsarbeit. Eine empirische Untersuchung zur Public Relations politischer Institutionen, Wien, 1995

Milnewitsch, Mirko: Professionalisierung der Interessensvermittlung durch externes Public Affairs Management, Berlin/München, 2005

Köppl, Peter: Public Affairs Management. Strategien und Taktiken erfolgreicher Unternehmenskommunikation, Wien, 2000

Köppl, Peter: Power Lobbying. Das Praxishandbuch der Public Affairs, Wien, 2003

Buchner, Michael / Friedrich, Fabian / Kunkel, Dino (Hrsg.): Zielkampagnen für NGO. Strategische Kommunikation und Kampagnenmanagement im Dritten Sektor, Münster, 2005

Beke-Bramkamp, Ralf / Hackschmitt, Jörg: Erfolgsfaktor Öffentlichkeitsarbeit – warum sich die Kommunikationsaufgaben von Unternehmen und Nonprofit-Organisationen nicht unterscheiden. In: Langen, Claudia/Albrecht, Werner (Hrsg.): Zielgruppe: Gesellschaft. Kommunikationsstrategien für Nonprofit – Organisationen, Gütersloh, 2001, Seite 53 - 63

Busch-Janser, Florian: Staat und Lobbyismus. Eine Untersuchung der Legitimation und der Instrumente unternehmerischer Einflussnahme, Berlin/München, 2004

Woodstock Theological Center (Hrsg.): The Ethics of Lobbying: Organized Interests, political Power, and the Common Good, Washington, D.C., 2004

Richan, Willard C.: Lobbying for social Change, London/New York, 1991

Leif, Thomas: Beraten & verkauft. McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006

Althaus, Marco (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying. Münster, 2001

Politik

Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich (Hrsg.): Sozialpartnerschaft/Österreichische und Europäische Perspektive, Wien, 2005

Dimmel, Nikolaus/Schmee, Josef (Hrsg.): Politische Kultur in Österreich 2000 – 2005, Wien, 2005

Laska, Grete: It's my party!icipation! In Häupl, Michael/Oxonitsch, Christian/Millmann, Gerd (Hrsg.): Wiener Jahrbuch für Politik 2003/2004, Wien, 2004, Seite 35 - 45

Weitere Quellen

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): See You Sondernummer/10 Jahre Mobile Jugendarbeit, Wien, 2002

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Qualitätsmerkmale der offenen Jugendarbeit, Wien, 2006

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Qualitätsmerkmale der mobilen Jugendarbeit, Wien, 2006

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Back on Stage – Mobile Jugendarbeit. Zielsetzungen und Standards, Wien 1992

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Positionspapier zu aktuellen jugendrelevanten gesellschaftlichen Themen, Wien, 2003

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Leitbild, Wien, 1999

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Jahresberichte 1995 – 2005, Wien

Krisch, Richard / Laska, Helmut: Paper zu Entwicklungslinien kommunaler Kinder- und Jugendpolitik aus der Sicht des Vereins Jugendzentren der Stadt Wien, Wien, 1993

Landesjugendreferat Wien: Alle Fäden in einer Hand, Wien, 2003

Verein Alte Fleischerei (Hrsg.): Jahresberichte Back Bone – Mobile Jugendarbeit 2001 – 2003, Wien

Verein WienXtra (Hrsg.): Jahresberichte, 2002 – 2004, Wien

Wiener Parkbetreuung, Übersicht 2003, Wien

Tangram / Multikulturelles Netzwerk (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Wien, 1999

Sozialarbeit in Österreich. Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik: „Ist die politische Sozialarbeit tot?“, Ausgabe 2/2006, Wien, 2006, S. 10 – 33

Sozial Aktuell Nr. 3, SBS/ASPAS: „Der öffentliche Sozialdienst: Kundenbetreuung oder Verselbständigung?, Februar 2005, S. 22 – 25,

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hrsg.): Jugendpolitik in Österreich, Wien, 2006

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hrsg.): Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, Wien, 2004

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Petition – „Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“, Wien, 1999

Beschluss- (Resolutions-) Antrag PrZ 2227/LAt/99 an den Wiener Landtag, 18. Sitzung vom 16.02.1999, Sitzungsbericht, Seite 2

König, Karin: Informationen für BeraterInnen. Zum Fremden-gesetz 1997 zur Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes und der Bundeshöchstzahlüberziehungsverordnung, Wien, 1998

Wiener Integrationsfond/König, Karin: Petitionsgruppe für papierlose Jugendliche, Wien, 2000

Echo - Zeitschrift der 2. und 3. Generation: Papierlose Jugendliche, März 1999, Seite 3

Wehsely, Tanja: ...die Frist zum Leben versäumt. In: See you 5/1999

Mayer, Danila: Protokoll der Wienrunde am 13.12.1999

Nöbauer, Peter: Protokoll der Petitionsklausur 1999

Zwischenbericht der Petitionsgruppe am 10.7.1999

Synek, Manuela: Fallstatistik Petitionsfälle, 2000

Linsinger, Eva: Keine Amnestie für papierlose Jugendliche, in Der Standard vom 10.2.1999, Wien 1999

Rottenberg, Thomas / Volf, Patrick: Das Jahr der U-Boote, in Falter 4/1999, Seite 4

Slunsky, Marion: Schnupperstunde in der Illegalität. In: Volkstimme 32/1999, Wien, 1999

Verein Wiener Jugendzentren, Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien, MA 13 (Hrsg.): Ergebnispapier „Jugendgerechtes Planen und Bauen - Qualitätssteigerung im Wohnbau“, Wien, 2004

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Jugendgerechtes Planen und Bauen. Vision Statement, Wien, 2005

Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (Hrsg.): Jahresbericht 2005, Wien, 2005

Sitzungsprotokoll des Wiener Gemeinderats, 56. Sitzung vom 24.05.2005, Wörtliches Protokoll, Seite 37 - 38

Sitzungsprotokoll des Wiener Landtags, 29. Sitzung vom 29.04.2005, Wörtliches Protokoll, Seite 73 -74

Sitzungsprotokoll des Wiener Landtags, 4. Sitzung vom 30.03.2006, Wörtliches Protokoll, Seite 35 - 36

Handout „Jugendgerechtes Planen und Bauen“, Wehsely, 2006

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Definition Lobbying.....	60
Abbildung 2: Lobbying als Methode.....	61
Abbildung 3: Jugendarbeit und gesellschaftliche Einmischung.....	63
Abbildung 4: Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Bestandteil.....	66
Abbildung 5: Ausstattung der Einrichtungen / Trägerverein.....	69
Abbildung 6: Interesse der Politik.....	71
Abbildung 7: Gesellschaftlicher Einfluss von Jugendarbeit.....	74
Abbildung 8: Statistik Geschlecht.....	76

Anhang

1. Fragebogen: „Das jugendpolitische Mandat. Lobbying in der offenen, mobilen, nicht – verbandlichen, außerschulischen Jugendarbeit in Wien“	1
2. Fragebogen: Auflistung der Zielgruppe	6
3. Petition „Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“ – Forderungskatalog	7
4. Ergebnispapier der Arbeitsgruppe „Jugendgerechtes Planen und Bauen“	9
5. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“	16
6. Factsheet - Verein Wiener Jugendzentren, 2006	17
7. Verhaltenskodex ALPAC	21
8. Verhaltenskodex PASA	24

Das jugendpolitische Mandat. Lobbying in der offenen, mobilen, nicht - verbandlichen, außerschulischen Jugendarbeit in Wien

1. Lobbying bedeutet, streng genommen, die Beeinflussung des Gesetzgebers - also der verantwortlichen PolitikerInnen - im Sinne der KlientInnen, KundInnen, BesucherInnen. Ist Ihnen diese Bedeutung von Lobbying bekannt? (Einfachnennung)

- | | |
|---|---|
| ☐ Ja, schon mal gehört. | ☐ Nein, gehört nicht zu Jugendarbeit. |
| ☐ Ja, natürlich bekannt. | ☐ Nein, noch nie gehört. |
| ☐ Ja, bekannt und machen wir auch so. | |

2. Ist Lobbying als integrierte Methode in der Jugendarbeit dazu geeignet ein jugendpolitisches Mandat wahrzunehmen.(Einfachnennung)

- | | |
|--|--|
| ☐ Ja, praktizieren wir genau so! | ☐ Gelingt in der Einrichtung nur punktuell, eher zu wenig. |
| ☐ Ist bekannt, klingt gut, ist aber eigentlich zu aufwändig. | ☐ Nein, ist nicht die Aufgabe der Jugendarbeit. |
| ☐ Ist bekannt, versuchen wir wann immer es geht. | ☐ Weiss ich nicht. |

3. Setzt sich ihre Einrichtung / Trägerverein für Chancengleichheit für die KlientInnen / BesucherInnen und gesellschaftliche Veränderungen zu deren Gunsten ein?(Mehrfachnennung)

- | | |
|--|---|
| ☐ Nein, Konzentration ist auf einzelne Jugendliche, nicht auf gesellschaftliche Strukturen | ☐ Ja, die Einrichtung versucht sich bei jedem Projekt für mehr Chancengleichheit einzusetzen. |
| ☐ Nein, Jugendarbeit widmet sich Gruppen und Cliquen und den Wünschen die sie haben. Da bleibt keine Zeit für aufwändige Kommunikation. | ☐ Ja, integriert in Jugendprojekte ist natürlich auch Jugendliche selbst zu ermuntern aktiv für ihre Rechte einzutreten. |
| ☐ Nein, Einrichtung sieht es nicht als Aufgabe von Jugendarbeit. Nein, Trägerverein sieht es nicht als Aufgabe von Jugendarbeit. | ☐ Ja, Trägerverein sieht es als Aufgabe von Jugendarbeit. |
| | ☐ Weiss ich nicht. |

4. Gehören Jugendarbeit und gesellschaftliche Einmischung / Beeinflussung zusammen?(Mehrfachnennung)

- | | |
|---|---|
| ☐ Wird in unserer Einrichtung so gesehen und praktiziert. | ☐ Nein, wird in unserer Einrichtung nicht so gesehen. |
| ☐ Wird in unserem Trägerverein so gesehen und praktiziert. | ☐ Nein, wird in unserem Trägerverein nicht so gesehen. |
| ☐ Kann sein, muss aber nicht. | ☐ Weiss ich nicht. |

5. Wird von ihrer Einrichtung, ihrem Trägerverein zu aktuellen jugendrelevanten Themen öffentlich Stellung genommen? (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|--|
| ☐ Ja, von der Einrichtung selbst. | ☐ Nein, vom Trägerverein nicht. |
| ☐ Ja, vom Trägerverein. | ☐ Weiss ich nicht. |
| ☐ Nein, von der Einrichtung selbst nicht. | |

6. Hat sich, ihrer Wahrnehmung nach, in den letzten 10 Jahren der gesellschaftliche Einfluss von Jugendarbeit gesteigert? (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|--|
| ☐ Nein, es hat sich nichts wesentliches geändert. | ☐ Ja, der Einfluss ist durch die Professionalisierung der Jugendarbeit gestiegen. |
| ☐ Ja, der gesellschaftliche Einfluss ist mit dem Ausbau der Jugendarbeit gestiegen. | ☐ Ja, der Einfluss ist durch gezielte Projekte und Lobbying gestiegen. |
| ☐ Nein, der gesellschaftliche Einfluss ist trotz Ausbau der Jugendarbeit nicht gestiegen. | ☐ Weiss ich nicht. |

7. Haben sie das Gefühl in externen Gremien (Regionalforen, Jugendplattformen, Grätzltreffen,...) als ExpertIn wahrgenommen zu werden? (Einfachnennung)

- | | |
|---|--|
| ☐ Ja, JugendarbeiterInnen werden für ihren Bereich als ExpertInnen anerkannt. | ☐ Nein, Jugendarbeit ist noch immer eine "unbekannte Größe". |
| ☐ Ja, JugendarbeiterInnen werden für ihren Bereich als ExpertInnen anerkannt und angefragt. | ☐ Weiss ich nicht. |

8. Ist ihre Einrichtung / Trägerverein finanziell und personell ausgestattet um sich um Lobbying zu kümmern? (Mehrfachnennung)

- | | |
|---|---|
| ☐ Ja, die Einrichtung hat ausreichende Ausstattung. | ☐ Nein, die Einrichtung hat keine ausreichende Ausstattung. |
| ☐ Ja, der Trägerverein hat ausreichende Ausstattung. | ☐ Nein, der Trägerverein hat keine ausreichende Ausstattung. |
| ☐ Ja, die Einrichtung hat geringfügige Ausstattung. | ☐ Weiss ich nicht |
| ☐ Ja, der Trägerverein hat geringfügige Ausstattung. | |

9. Öffentlichkeitsarbeit umfasst sowohl Pressearbeit, als auch Vernetzung und Lobbying im eigenen Einflussbereich. Wie wird in ihrer Einrichtung / Trägerverein diese Arbeit eingeteilt?(Mehrfachnennung)

- | | |
|---|---|
| ☐ Nein, wird nicht gemacht. | ☐ Ja, eine Person in der Einrichtung hat einige Stunden die Woche dafür Zeit. |
| ☐ Wird, wenn Zeit ist versucht - nicht kontinuierlich. | ☐ In der Einrichtung hat dafür niemand Zeit, dafür gibt es eigenes Personal im Trägerverein. |
| ☐ Ja, eine Person in der Einrichtung bearbeitet diese Aufgaben zur Gänze. | ☐ Sowohl in der Einrichtung als auch im Trägerverein werden diese Arbeitsfelder abgedeckt. |
| ☐ Ja, eine Person in der Einrichtung ist mit dem Großteil ihrer Stundenverpflichtung dafür abgestellt. | |

10. Hat ihre Einrichtung / Trägerverein fachlich qualifizierte MitarbeiterInnen um Lobbying zu betreiben? (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|--|
| ☐ Ja, JugendarbeiterInnen in der Einrichtung sind dafür qualifiziert. | ☐ Nein, kein spezifisches Personal, würde aber gebraucht. |
| ☐ Ja, JugendarbeiterInnen in der Einrichtung können sich ausreichend qualifizieren. | ☐ Der Trägerverein hat spezifisch ausgebildetes Personal für diese Agenden. |
| ☐ Ja, meine Einrichtung hat ausgebildetes Personal, also zum Beispiel PolitikwissenschaftlerInnen und/oder Kommunikationsfachleute. | ☐ Weiss ich nicht. |

11. Ist Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit, um die Anliegen der Jugendlichen sicht- und hörbar zu machen? (Mehrfachnennung)

- | | |
|---|--|
| ☐ Sehe Öffentlichkeitsarbeit eher als Werbung, damit Kids zu uns kommen. | ☐ Hält der Trägerverein für nicht notwendig. |
| ☐ Sehe Öffentlichkeitsarbeit primär als Information über unsere Angebote. | ☐ Wird so gesehen und daher versucht Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinne zu machen. |
| ☐ Haben in der Einrichtung keine Zeit für Öffentlichkeitsarbeit und nehmen uns auch keine. | ☐ Ja, so ist es und daher findet Öffentlichkeitsarbeit integriert statt. |
| ☐ Kann sein, geht sich aber selten aus. | ☐ Öffentlichkeitsarbeit ist Bestandteil von Lobbying, ist Bestandteil von Jugendarbeit. |
| ☐ Hält die Einrichtung für nicht notwendig. | ☐ Öffentlichkeitsarbeit wird vom Trägerverein gemacht. |

12. Hat ihre Einrichtung / Trägerverein in den vergangenen fünf Jahren Lobbying - Projekte initiiert, bearbeitet, abgewickelt, mitgestaltet? (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|---|
| ☐ Nein, in meiner Einrichtung fällt mir diesbezüglich nichts ein. | ☐ Ja, mein Trägerverein betreut laufend Lobbying - Projekte. |
| ☐ Nein, in meinem Trägerverein gab es keine Lobbying - Projekte. | ☐ Lobbying ist bei uns sozusagen integrierte Methode, wird dauernd mitgedacht und betrieben. |
| ☐ Ja, es gab einige Lobbying - Projekte. | ☐ Weiss ich nicht. |
| ☐ Ja, meine Einrichtung betreut laufend Lobbying - Projekte. | |

13. Ist die Politik daran interessiert Expertisen und Konzepte von der Jugendarbeit zu bekommen? (Mehrfachnennung)

- | | |
|---|---|
| ☐ Ja, Politik ist ein Partner und ist mit uns im Gespräch. | ☐ Nein, es gibt kaum Interesse an unserer Expertise. |
| ☐ Ja, Politik bezieht Jugendarbeit ein. | ☐ Nein, Jugendarbeit wird nicht als Wissenspool für spezifische Fragen betrachtet. |
| ☐ Auf Bezirksebene gibt es Austausch und Interesse an unserer Fachlichkeit. | ☐ Weiss ich nicht. |
| ☐ Auf Landes- und Gemeindeebene wird gut zusammengearbeitet und das professionelle Know - How ist gefragt. | |

14. Ist Ihnen ein Lobbying - Projekt der Jugendarbeit bekannt, das positive Veränderungen für KlientInnen erreicht hat? (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|--|
| ☐ Ja, ist mir bekannt. | ☐ Nein, fällt mir keines ein. |
| ☐ Ja, es konnten teilweise positive Veränderungen erzielt werden. | ☐ Nein, kenne kein erfolgreiches Lobbying - Projekt |
| ☐ Ja, kenne zur Gänze erfolgreiche Projekte. | ☐ Weiss ich nicht. |

15. STATISTIK Größe des Trägervereins (Gesamt-MitarbeiterInnenanzahl)

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| ☐ 0-10 | ☐ 50-100 |
| ☐ 10-20 | ☐ 100-200 |
| ☐ 20-30 | ☐ über 200 |
| ☐ 40-50 | |

16. STATISTIK Größe der Einrichtung (MitarbeiterInnenanzahl)

- | | |
|----------------------------|-----------------------------|
| ☐ 1-5 | ☐ 10-20 |
| ☐ 5-10 | ☐ 20-30 |

17. STATISTIK Ausbildung (Mehrfachnennung)

- | | |
|--|---|
| ☐ DSA, Mag (FH) | ☐ JugendleiterInnenschule,
Aufbaulehrgang |
| ☐ SozialpädagogIn | ☐ Matura |
| ☐ PädagogIn | ☐ Lehre |
| ☐ PsychologIn | ☐ Hauptschulabschluss |
| ☐ SoziologIn | ☐ anderes |

18. STATISTIK Alter

Jahre

19. STATISTIK Geschlecht

- | | |
|--------------------------------|------------------------------------|
| ☐ Weiblich | ☐ Transgender |
| ☐ Männlich | ☐ Keine Angabe |

Vielen Dank für die Teilnahme! Ihre Angaben werden anonymisiert und statistisch ausgewertet.

Autor des Fragebogens: Tanja Wehsely

eMail: t.wehsely@jugendzentren.at

Institution: Verein Wiener Jugendzentren

Dieses Formular wurde mit GrafStat (Ausgabe 2001 / Ver 2.03) erzeugt. Ein Programm v. Uwe W. Diener 5/2002.

eMail: uwe.diener@epost.de __ Info: www.grafstat.de

2. Fragebogen: Auflistung der Zielgruppe

Für die Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit die namentliche Auflistung der befragten Organisationen und Einrichtungen:

- Verein Wiener Jugendzentren – Zentrale Geschäftsstelle: Geschäftsführung, pädagogische Grundlagenarbeit und Abteilung, Öffentlichkeitsarbeit (6 Fragebögen)
- Verein Wiener Jugendzentren – Einrichtungen: Alle Jugendtreffs, Jugendzentren und mobile Jugendarbeit (28 Fragebögen)
- Verein Rettet das Kind Wien / Streetwork - Overhead: Geschäftsführung, pädagogische Gesamtleitung (2 Fragebögen)
- Verein Rettet das Kind Wien / Streetwork Einrichtungen: aufsuchende und mobile Jugendarbeit, Jugendtreff (6 Fragebögen)
- Verein JUVIVO - Overhead: Geschäftsführung, pädagogische Gesamtleitung (2 Fragebögen)
- Verein JUVIVO Einrichtungen: Jugendtreffs, aufsuchende Jugendarbeit (5 Fragebögen)
- Verein Multikulturelles Netzwerk – Overhead und Jugendtreff (2 Fragebögen)
- Verein Bassena Stuwerviertel (1 Fragebogen)
- Kiddy & Co. (1 Fragebogen)
- Zeit!Raum – Aufsuchende Jugendarbeit (1 Fragebogen)
- Verein Alte Fleischerei / Back Bone – Mobile Jugendarbeit (1 Fragebogen)
- Bahn Frei (1 Fragebogen)

3. Petition „Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht“ - Forderungskatalog

**Petition -
Jugendliche schuldlos ohne Aufenthaltsrecht**
Eine Initiative der Mobilen Jugendarbeit
Back on Stage 5, Back on Stage 10, Back on Stage 11,
Back on Stage 16/17, Back Bone und Echo

Wir sind über dreißig mobile JugendarbeiterInnen und arbeiten für die oben angeführten Projekte. Wir arbeiten unter anderem in Favoriten, Margareten, Simmering, Ottakring, Hernals, Rudolfsheim-Fünfhaus und in der Brigittenau, wo wir junge Menschen der unterschiedlichsten ethnischen Herkunft in ihren Lebenswelten (Parks, Lokale, öffentliche Treffpunkte,...) aufsuchen, Kontakte herstellen und Unterstützung anbieten.

Die von uns betreuten Gebiete weisen einen hohen Anteil an Menschen auf, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben.

Probleme Jugendlicher der zweiten Generation gehören deshalb zu unserem Arbeitsalltag. Dabei streben wir immer an, das Eigenpotential und die Kreativität der Jugendlichen zu fördern und ihnen jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wir versuchen oftmals, nicht vorhandenen Entfaltungsmöglichkeiten Jugendlicher entgegenzuwirken, insbesondere zu verhindern, daß sie aufgrund ihrer sozialen Situation (mangelnde Aufenthaltsberechtigung und/oder fehlender Zugang zum Arbeitsmarkt) in ein kriminelles Milieu absinken und straffällig werden bzw. in Folge ihrer ausweglosen Situation zu Drogen greifen.

Es ist unser dringendes Anliegen, auf die vielfach triste und oft ausweglose Situation jener Jugendlichen hinzuweisen, die, obwohl in Österreich integriert, ohne Aufenthaltsberechtigung bzw. ohne Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich leben.

Jugendliche sind an dieser Situation meist schuldlos. Oftmals verfügen sie aufgrund der Versäumnisse der Erziehungsberechtigten nicht über die notwendigen Genehmigungen. Ohne Aufenthaltsberechtigung und Arbeitsbewilligung sind die Jugendlichen schuldlos vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie haben keine Möglichkeit, am Arbeitsmarkt unterzukommen und kaum Chancen, eine adäquate Ausbildung zu absolvieren. Zudem leben sie in ständiger Angst, Österreich verlassen zu müssen und von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld getrennt zu werden.

Wir stehen dieser Situation meist ohnmächtig gegenüber und sind nicht in der Lage, ihre Situation zu verbessern, dies auch deshalb, weil die bürokratischen Hindernisse und die rechtlichen Schranken vielfach auch mit professioneller Hilfe nicht überwunden werden können. Die Jugendlichen werden durch die jahrelange Ungewißheit zermürbt und ihre Alternativen, das für das Überleben notwendige Geld zu beschaffen, sind kaum legaler Natur.

Wir kennen an die 40 Jugendliche persönlich, die von dieser Problematik erfaßt sind. Die Dunkelziffer ist sicher um etliches höher. Gibt der Staat Österreich dieser Gruppe Menschen keine Hoffnung auf eine Perspektive, sehen wir uns außerstande, einem wichtigen Teil des oben angeführten Arbeitsauftrages nachkommen zu können.

Deshalb unsere Forderungen:

1. Amnestie für integrierte, aber schuldlos illegal in Österreich lebende Jugendliche und junge Erwachsene.
2. Aufenthaltsrecht für integrierte Jugendliche
3. Unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt
4. Ursachenbekämpfung (z.B.: Jugendliche nicht im Familienvisum)
5. Keine Abschiebung während laufender Verfahren.

Die gegenwärtige Gesetzeslage ist nicht im Interesse der Jugendlichen und kann somit auch nicht im Interesse der Gesellschaft sein.

4. Ergebnispapier der Arbeitsgruppe „Jugendgerechtes Planen und Bauen“

Verein Wiener Jugendzentren / AG Jugendgerechtes Planen und Bauen / April 2004

Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau

Jugendanliegen als Querschnittsmaterie auszuweisen und zu behandeln, ist seit Langem Anliegen der Wiener Jugendarbeit und findet auch politische Unterstützung. Jugendanliegen, wie auch immer geartet, richten sich an verschiedene politische Ressorts.

So konnte auch rasch für die Ausarbeitung dieses Arbeitspapier - zur „Qualitätssteigerung im Wohnbau durch jugendgerechtes Planen und Bauen“ – eine interdisziplinäre ExpertInnenrunde zusammengestellt werden. Sowohl aus den Bereichen der professionellen Jugendarbeit, als auch aus den Bereichen Planen/Bauen und der Politik wurde engagiert an der Entwicklung gearbeitet.

Auf Grund immer wiederkehrender Anregungen aus Team Focus Berichten, sowie der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, Erfahrungen in der Stadtteilarbeit der Jugendarbeit und der Erkenntnisse von StadtplanerInnen wurde die Notwendigkeit gesehen sich dem Themenkomplex „Jugendgerechtes Planen und Bauen“ grundlegend zu widmen.

Am Beginn standen Gespräche von VertreterInnen des Vereins Wiener Jugendzentren mit den StadträtInnen Grete Laska, Werner Faymann und Rudolf Schicker. Alle drei StadträtInnen begrüßten das Vorhaben in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Präambel

Freiräume in Großstädten

Freiräume sind in einer Großstadt wie Wien, vor allem in der gründerzeitlichen Bebauung, besonders knapp. Hier konkurrieren die Bedürfnisse der Kids mit denen anderer Anspruchsgruppen: in der Regel dominieren Siedlungsflächen, Straßen und Autoabstellplätze. Die knappen Grünflächen und Parks werden auch von vielen anderen NutzerInnen (Eltern, PensionistInnen, HundebesitzerInnen ...) beansprucht. Konflikte treten vor allem dann auf, wenn der Nutzungsdruck auf eine Fläche besonders groß ist.

Verdrängungsprozesse finden aber auch in großen Wohnhausanlagen in den Stadtrandbezirken statt. Selbst wenn kein Mangel an Freiflächen vorhanden ist, führt das Fehlen von speziell gewidmetem Freiraum für Jugendliche zum „Kampf“ um Platz. Kinder verdrängen Kleinkinder von Spielplätzen, Jugendliche Kinder von Sportanlagen und Erwachsene wiederum Jugendliche. Gemeinsame Nutzung soll natürlich nach wie vor unterstützt und beworben werden, jede Altersgruppe hat jedoch ihre eigenen Ansprüche, die wahrgenommen werden müssen.

Hinsichtlich der Gesundheit und Entwicklung von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen sind jedenfalls Spielplätze und Freiflächen in entsprechender Größe und Ausstattung unbedingt nötig.

Als besonders wichtig sei hier noch folgender Aspekt erwähnt: Es gilt als erwiesen, dass es bei Kindern und Jugendlichen einen Zusammenhang zwischen Aneignungs- und Bildungsprozessen gibt. Die Ermöglichung von sozialräumlicher Aneignung scheint besonders geeignet bei Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten, soziale Kompetenzen und Wissen über vielschichtige Prozesse der tätigen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt und der Gesellschaft – also auch ihrem Wohnumfeld – auszubilden. Anteilnahme, Aneignung und Partizipation werden so gefördert.

Kinder- und jugendfreundliche Stadtplanung und Wohnbau

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung öffentliche Freiräume, die Bewegung, Kommunikation, Spiel ermöglichen. Sie brauchen anregende Räume, die sie aktiv erschließen und gestalten können.

Gefordert sind eine kinder- und jugendgerechte Stadtplanung und Wohnbau, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen nach vielfältigen Freiräumen mit hoher Aufenthaltsqualität und gefahrloser Erreichbarkeit gerecht werden.

Eine entsprechende Verankerung im Gesetz / in der Bauordnung (in § 90 Abs. 6) wurde für Kleinkinder und Kinder bereits vorgesehen. Jugendliche – also die Gruppe der 12 bis 18 jährigen – wurden dabei bisher außer Acht gelassen. Ein entsprechender Vorschlag für jugendgerechtes Planen und Bauen soll mit vorliegendem Arbeitspapier geboten werden.

Tatsache ist: Kinder und Jugendliche sind einer Flut von Verboten ausgesetzt, die Spiel, Spaß, Bewegung und Abenteuer in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung einschränken oder gar verbieten. Dabei haben Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Bevölkerungsgruppe genauso ein Anrecht auf öffentlichen Raum und dessen Nutzung wie die Erwachsenen.

Und: Kinder und Jugendliche brauchen für ihre körperliche, geistige, seelische und soziale Entwicklung Freiräume außerhalb der Wohnung, die sie sich aneignen, wo sie spielen, sich erholen, mit anderen kommunizieren können. Der öffentliche Raum ermöglicht viele gesellschaftliche Erfahrungen und Lernchancen, die in privaten Räumen nicht möglich sind: Auseinandersetzung mit anderen Menschen, mit Unbekanntem und Neuem, mit der Natur.

Wirtschaftliche Machbarkeit und Vertretbarkeit

Behindertengerechtes Planen und Bauen gehört mittlerweile zum selbstverständlichen Standard bei der Errichtung öffentlicher Gebäude und öffentlicher Wohnbauten und ist in der Wiener Bauordnung verankert. Lange

wurde darum gekämpft und gerungen und es hat sich ausgezahlt. Nicht „nur“ für behinderte Menschen wurde so der gesamte Lebensstandard gehoben, auch Familien mit Kleinkindern und Kindern, sowie alte Menschen profitieren von dieser Novellierung der Bauordnung.

Ein weiterer Baustein zu zeitgemäßem und menschengerechtem Planen und Bauen muss die besondere Berücksichtigung Jugendlicher und ihrer Bedürfnisse sein. Wie schon in den vorangegangenen Punkten ausgeführt, ermöglichen öffentliche Freiflächen Kindern und Jugendlichen mannigfaltige Aneignungs- und Bildungschancen und sind von immenser Wichtigkeit. Die Synergieeffekte eines menschengerechten Planen und Bauens sind mehrfach belegt.

Letztlich gewinnen durch jugendgerechtes Planen und Bauen alle BewohnerInnen.

In den folgenden Punkten wird dargestellt, dass jugendgerechtes Planen und Bauen auch wirtschaftlich machbar und vertretbar ist. Der politische Wille ist jedenfalls Voraussetzung.

Jugendgerechtes Planen und Bauen Verankerung im Gesetz/Novellierung der Bauordnung – Jugendgerechte Ergänzungen

Durch eine gesetzliche Festlegung betreffend der Einplanung von Freiflächen für Jugendliche soll – wie schon erläutert – dem Bewegungs- und Forschungsdrang Jugendlicher Rechnung getragen werden. Es ist davon auszugehen, dass in verschiedenster Form für eine jugendgerechte Planung geworben werden muss. Gesetzliche Maßnahmen sind jedoch ein entscheidendes Instrumentarium.

Aufbauend auf langjährige Erfahrungen der Wiener Jugendarbeit und in Diskussion und Beratung mit ExpertInnen relevanter Bereiche werden folgende Werte – für die Größe der Freiflächen und den Aufteilungsschlüssel – als sinnvoll erachtet.

Beschreibungen bezüglich der Beschaffenheit von Freiflächen werden im entstehenden Gesetz ebenso formuliert, wie allfällig zu entrichtende Abgaben bei Nichterbringung der geforderten gesetzlichen Auflagen.

Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

In der Bauordnung sollen die grundsätzlichen Anforderungen zielorientiert festgelegt werden. In der *Spielplatz- und Freiflächenverordnung* werden dann Detailbestimmungen festgelegt, bei deren Anwendung die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen ohne weiteren Nachweis als gegeben gilt. Es soll zulässig sein, von der Verordnung abzuweichen, wenn entsprechende Alternativen realisiert werden (Nachweispflicht durch Bauwerber; die Baubehörde prüft die Gleichwertigkeit der Alternative unter Einbeziehung einer sachverständigen Leitstelle). Spielplätze und Freiflächen sollen grundsätzlich am Bauplatz des Wohnprojektes geschaffen werden. Ist dies wirtschaftlich/technisch nicht möglich/vertretbar, so ist eine entsprechende Ausgleichsabgabe zu bezahlen. Durch diese Regelung entfällt die – derzeit gegebene, letztlich aber nicht nachvollziehbare - Möglichkeit unter Anwendung des § 69 Bauordnung, Abs. 1, lit. p, von der Verpflichtung zur Herstellung eines Kleinkinder- und Kinderspielplatzes Abstand zu nehmen.

Grundsätzliche Schwellenwerte für die Novellierung der Bauordnung

Die jetzt gültige Bauordnung sieht vor, dass ab 15 WE 30m² Freiflächen für Kleinkinder zur Verfügung stehen müssen, ab 50 WE zusätzlich 500m² Freiflächen für Kinder bis 12 Jahre.

Novellierte Bauordnung – Jugendgerechte Ergänzungen:

Ab 50 WE sollen **zusätzlich 400m² Freiflächen für Jugendliche** (ab 12 Jahre) geschaffen werden. Von 50 – 199 WE gilt diese fixe m² - Anzahl.

Ab 200 WE kommt die sogenannte „5m² - Regelung“ zu tragen. Das heißt, dass pro Wohneinheit über 40m² Wohnfläche 5m² Freifläche für alle zur Verfügung stehen muss.

Die entstehende Gesamtfläche soll dann im Verhältnis 0, 5 (Kleinkinder) : 1,5 (Kinder) : 2,5 (Jugendliche) ausgestaltet werden.

Das bedeutet in Zahlen bei diesem Schlüssel:

Von 15 bis 49 WE:

30m² Kleinkinder (jetzt gültige Festlegung)

Ab 50 bis 199 WE:

30m² Kleinkinder : 500m² Kinder : 400m² Jugendliche

Ab 200 WE springt die 5m² Regelung pro Wohneinheit im Verhältnis 0,5:1,5:2,5 an – also bei 200 WE:

111m² Kleinkinder : 333m² Kinder : 555m² Jugendliche

Anforderungen an Freiflächen

Die in Zukunft gesetzlich vorgeschriebenen Freiflächen sind grundsätzlich nutzungsoffen¹ und veränderbar zu gestalten um der Dynamik von Aneignungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen. Des Weiteren soll dadurch das soziale Lernen unter Menschen verschiedenen Alters gefördert und Mitgestaltung des Wohnumfeldes ermöglicht werden. Ziel ist auch Verdrängungsprozesse und Konflikte (z.B. durch Lärm) zwischen jungen Menschen, aber auch zwischen jungen Menschen und Erwachsenen, zu reduzieren.

Ein mehr an jugendspezifischen Angeboten ist, speziell für die „vergessene“ Gruppe der Jugendlichen, dringend nötig.

Anforderungen an Alternativen, wenn Freiflächen nicht umsetzbar sind

In der Prioritätenlistung ist natürlich der Außenraum, die Freifläche an oberster Stelle. Sollte eine Schaffung allerdings absolut nicht möglich sein, können auch adäquate, jugendgerechte Innenräume zur Verfügung gestellt werden.

Die behördliche Überprüfung der Gleichwertigkeit der angebotenen Alternativen (Freiräume/Innenräume/Sonstiges) hat unter Heranziehung der „Leitstelle für kinder- und jugendgerechtes Planen und Bauen“ (siehe unten) zu erfolgen, nach zu entwickelnden und festzuschreibenden Richtlinien und Kriterien.

Einführung einer Ausgleichsabgabe mit Zweckwidmung

Sollte weder die Schaffung von Freiflächen noch die Errichtung von adäquaten Innenräumen möglich sein ist eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Diese Ausgleichsabgabe ist zweckgebunden für die Errichtung von öffentlich zugänglichen kinder- und jugendgerechten beispielbaren Freiräumen im Bezirk zu verwenden und zwar wenn möglich und sinnvoll im jeweiligen Stadtteil.

Berechnungen ergeben folgendes Bild:

Für die Einschätzung der Herstellungskosten und Planungskosten von Grünflächen werden die Angaben der MA 42 zugrunde gelegt. Das sind 109 –

¹ Nutzungsoffene Fläche: die Möglichkeit für NutzerInnen gemeinsam die Fläche zu gestalten und veränderbar zu halten.

145€/m² im dicht bebauten Gebiet und 58€ in der Stadterweiterung, was einen Durchschnittswert von 102€/m² ergibt.²

Zusätzlich muss der Grunderwerbsanteil inkludiert werden. Wir nehmen dafür den Durchschnitt von 200€ als Richtwert.

Ergibt letztendlich 200€/m² (Grunderwerbsanteil) + 102€/m² (Ausstattung) = 302€/m² (**Ausgleichsabgabe**)

Analogie zur Garagenverordnung:

Interessant dabei erscheint, dass auch hier eine Ausgleichsabgabe entrichtet werden muss. Die Höhe dieser zu bezahlenden Ausgleichsabgabe bei nicht errichtetem Stellplatz beträgt umgerechnet auf den m² 348€ (für einen Stellplatz inklusive zugehöriger Manipulationsfläche).

Überprüfung und Unterstützung durch Leitstelle für kinder- und jugendgerechtes Planen und Bauen

Der Einrichtung einer Leitstelle für Jugendgerechtes Planen und Bauen kommt ein hoher Stellenwert zu. Es soll jedenfalls eine ressortübergreifende Fachstelle mit gutachterlichem Status sein – die insbesondere Quantitäts- wie auch Qualitätskriterien erstellt und die Durchsetzung dieser überprüft.

Die Leitstelle soll stimmberechtigt in allen für Planung und Wohnbau wesentlichen Gremien sein (z.B. Grundstücksbeirat, ...).

Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei der Spiel- und Sportplatzgestaltung, rasche Umsetzung sowie Mehrfach- und Zwischennutzung Kinder und Jugendliche sind ExpertInnen in eigener Sache. Sie wissen, was sie brauchen, sie wissen, was sie wollen. Kinder und Jugendliche sind an pragmatischen, schnell umsetzbaren Lösungen interessiert. Was nützt es ihnen, wenn erst die nächste Generation von ihren Anregungen profitiert? Formen der **Mehrfachnutzung** bzw. **Zwischennutzung** bieten die Möglichkeit, den hohen Nutzungsdruck von den anderen, wenigen Freiflächen zu senken und das bestehende Angebot zu ergänzen.

Kinder und Jugendliche sind als gleichberechtigte und aktive Interessensgruppen in die Planung und Gestaltung von Spielplätzen, Sportplätzen und Freiflächen einzubeziehen.

Gefordert wird des Weiteren die Bereithaltung von Budgetmitteln für die professionelle Begleitung von Partizipationsprozessen und ebenso finanzielle Mittel, um Ideen und Arbeitsergebnisse schnell umsetzen zu können sowie die Ausweitung von Mehrfach- und Zwischennutzungsformen zu gewährleisten.

² Der wesentlich höhere Betrag der innerstädtischen Flächen ergibt sich aus der dort aufwändigeren und intensiver genutzten Ausstattungsnotwendigkeit. Höhere Nutzung/schwierigere Bodenbeschaffenheit

Tabelle

Folgende Aufstellung (siehe nächste Seiten) stellt anhand einiger Beispiele kommunalen Wohnbaus die Freiflächenaufteilung für Kleinkinder und Kinder dar. Dezierte Freiflächen für Jugendliche fehlen überall. Zur Veranschaulichung wurde – fiktiv - die Veränderung bei jugendgerechter Bauordnung und die Höhe der allfällig zu entrichtenden Ausgleichsabgabe ebenfalls dargestellt.

Als ein positives Beispiel soll hier die Frauenwerkstatt in Floridsdorf hervorgehoben werden, da hier die nötigen ausgewiesenen und gewidmeten Freiflächen für Kleinkinder, Kinder UND Jugendliche vorhanden wären. Lediglich der jugendgerechte Aufteilungsschlüssel wurde nicht festgelegt.

Aber auch viele der weiteren Beispiele zeigen, dass durchaus genügend frei zugängliche Grünfläche vorhanden wäre. Es müsste lediglich die verbindliche Zweckbestimmung und Aufteilung nach kinder- und jugendgerechtem Schlüssel erfolgen. Diese in der Regel meist gegebene Möglichkeit wird als wichtig erachtet und sollte unbedingt in Betracht gezogen werden. Sie spricht – unter anderen angeführten Möglichkeiten - für die realistische und leichte Umsetzbarkeit des Vorschlages.

Dadurch relativiert sich auch die in der Tabelle errechnete jeweilige Ausgleichsabgabe.

Die beispielhaft angeführten Projekte nachfolgender Tabelle dienen jedenfalls als Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsnachweis für jugendgerechtes Planen und Bauen.

Unbedingte Forderung und Priorität ist: Schaffung von adäquaten Freiflächen im Freien, vor adäquaten Ersatzflächen im Innenraum, vor der Ausgleichsabgabe!

Tabelle / Freiflächenausmaße – Vergleichende Darstellung siehe nächste Seiten.

5. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „Jugendgerechtes Planen und Bauen – Qualitätssteigerung im Wohnbau“

Die Arbeitsgruppe wurde mit Personen aus folgenden Institutionen und Verwaltungsabteilungen zusammengesetzt:

- Verein Wiener Jugendzentren: Geschäftsführerin DSA Gabriele Langer, Pädagogische Grundlagenarbeit Mag. Richard Krisch, Öffentlichkeitsarbeit DSA Tanja Wehsely (Projektleitung)
- Dr. Anton Schmid (Wiener Kinder- und Jugendanwalt)
- MA 18: DI Dr. Brigitte Jedelsky - Zuständige für Soziale Angelegenheiten im Zuge der STEP 05 Entwicklung (Stadtentwicklungsplan 2005 für Wien) und
- DI Jutta Kleedorfer, Koordinatorin für Mehrfachnutzung Wien (ebenfalls MA 18)
- DSA Michael Kofler zu Beginn der Bearbeitung des Themas (damals Stellvertretender Wiener Landesjugendreferent, MA 13), später Vucko Schüchner (damals Koordinator für Mitbestimmungsprojekte für Jugendliche im Landesjugendreferat Wien, MA 13), zur Zeit im Gremium Astrid Kellner (Leiterin des Fachbereichs Jugend in der MA13)
- DI Hermann Wedenig (Magistratsdirektion der Stadt Wien, Stadtbaudirektion, Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik)

Weiters zugezogen in Teile der Entwicklung waren:

- Heinz Vettermann, Obmann der Verein Wiener Jugendzentren, Gemeinderat, nunmehr Ausschussvorsitzender des Gemeinderatsausschusses Jugend, Bildung, Information und Sport
- Jürgen Wutzlhofer, damals stellvertretender Vorsitzender Verein Wiener Jugendzentren
- DI Eva Kail, Leiterin der Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen in der Magistratsdirektion, Baudirektion

6. Factsheet - Verein Wiener Jugendzentren, 2006

FACTS & FIGURES über den VEREIN WIENER JUGENDZENTREN

Jugend im Zentrum - www.jugendzentren.at

Who we are

Der gemeinnützige Verein Wiener Jugendzentren ist der größte professionelle Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit in Wien und besteht seit 1978. Zur Zeit werden - im Auftrag der Stadt Wien - mit an die 300 MitarbeiterInnen über 30 Einrichtungen betrieben. Die vielfältigen Arbeitsbereiche umfassen Offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren und -treffs, Mobile Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit und Angebote in Kurszentren. Darüber hinaus werden im Bereich der Jugendkulturarbeit und der sport- und bewegungsorientierten Arbeit Wien weit Aktionen veranstaltet.

Der Verein Wiener Jugendzentren und seine Einrichtungen stehen für professionelle, moderne Kinder- und Jugendarbeit, die von qualifizierten und kompetenten MitarbeiterInnen durchgeführt wird. Aktuelle Entwicklungen und Innovationen finden sich in der Jugendarbeit wieder.

What we want

Kinder und Jugendliche sollen einen anerkannten Platz in der Gesellschaft erhalten. Sie sollen sich entfalten und als innovative Kraft an der Weiterentwicklung der Gesellschaft mitwirken können.

Wir sind unserer primären Zielgruppe, den in Wien lebenden Kindern und Jugendlichen verpflichtet. Wir stehen für die Teilhabe Jugendlicher an Entscheidungsprozessen. Dafür braucht es größtmögliche Transparenz und das Ernstnehmen Jugendlicher als selbstbestimmte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der Verein Wiener Jugendzentren versteht sich als Lobby für Kinder und Jugendliche. Die Durchsetzung von Entscheidungen zu ihren Gunsten steht im Vordergrund.

- Wir meinen, dass Jugendlichen Freiräume zustehen, die sie selbst wählen und beleben können.

- Die Verschiedenartigkeit kultureller Ausdrucksformen soll gefördert und die kulturelle und soziale Vielfalt als Bereicherung erkannt werden.
- Wir wollen unseren Zielgruppen ermöglichen, dass sie Zivilcourage, Solidarität und politisches Bewusstsein entwickeln.
- Wir unterstützen Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung und ihrer Positionierung in der Gesellschaft.

Arbeitsansätze der professionellen Kinder-, Jugend- & Gemeinwesenarbeit

Präventiv – Vorhandene Potentiale und Eigenverantwortung fördern

Sozialräumlich – Aneignung von Lebensräumen und Freiräumen unterstützen und einfordern

Lebensweltorientiert – Erfahrungen, Ansichten & Lebensformen der Zielgruppen ernst nehmen

Partizipativ – Einmischen, mitmischen – Beteiligung von der Planung bis zur Umsetzung

Geschlechtsspezifisch – Unterschiede anerkennen – Positive Rollenbilder statt Klischees

Interkulturell – Kulturelle und soziale Vielfalt akzeptieren und respektieren

Freiwilligkeit – Teilnahme ohne Zwang - nach Lust, Laune und Motivation

Die Einrichtungen des Vereins Wiener Jugendzentren

Jugendzentren und -treffs

In Jugendzentren und -treffs wird standortorientierte Offene Kinder- und Jugendarbeit angeboten. Je nach Größe und Ausstattung der Einrichtung versuchen die Jugendzentren für möglichst viele Zielgruppen offen zu sein. Sie sind Kinder- und Jugendräume, in denen Anregung und Unterstützung zu gemeinsamer Freizeitgestaltung, Kinder- und Jugendkulturveranstaltungen und Beratung geboten werden. Diese Angebote werden unter Beteiligung der jungen BesucherInnen entwickelt. Über herausreichende Arbeit, Vernetzung und Kooperationen verfolgen die Einrichtungen das Ziel, auch im öffentlichen Raum des Stadtteils Kinder und Jugendliche zu betreuen sowie kinder- und jugendgerechte Infrastruktur zu schaffen.

Mobile Jugendarbeit

Arbeitsgebiet der Mobilen Jugendarbeit sind die Straßen und Parks der Bezirke, in denen sie ihren Stützpunkt hat. Beim streetworken lernen die JugendarbeiterInnen die Kids kennen. Sie sind BesucherInnen in der Welt der jungen Menschen. Mittels Einzelfallhilfe, Gruppen- und

Projektarbeit werden die Wünsche, Bedürfnisse und Problemlagen der Jugendlichen besprochen und verarbeitet. Geeignete Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying sollen die Lebenssituation von Jugendlichen entscheidend verbessern. Die Förderung von Selbstorganisation, Stärkung des Selbstbewusstseins und der Potentiale der Jugendlichen stehen im Vordergrund dieser gemeinwesenorientierten Jugendsozialarbeit.

Stadtteilzentren/Gemeinwesenzentren

Als Treffpunkt und Kommunikationsschnittstelle im Gemeinwesen, greifen sie die Bedürfnisse der BewohnerInnen des Stadtteils auf und regen zur Selbstinitiative an. Information und Beratung sind ebenso wichtige Schwerpunkte, wie Ressourcen/Infrastruktur zur Verfügung stellen, Vernetzung und Erwachsenenbildung.

Kurszentrum

Das Musische Zentrum hält – insbesondere für Kinder und Jugendliche - ein vielfältiges Kursprogramm bereit: Von Kursen zur künstlerisch-kreativen Freizeitgestaltung, in Tanz, Musik, Theater und bildnerischem Gestalten bis hin zu Sportangeboten, ist alles vorhanden.

Wienweite Projekte

In der Jugendkulturarbeit und dem sport- und bewegungsorientierten Bereich greift der Verein Wiener Jugendzentren aktuelle Strömungen auf. Diese werden in überregionalen Veranstaltungen mit verschiedensten, wechselnden Schwerpunkten unter Beteiligung von Jugendlichen realisiert.

Um einige zu nennen: Sportturniere, Kids in Fashion, DJ Workshops, u. v. m.

Verein Wiener Jugendzentren - Figures (Stand 2005)

- ✓ Insgesamt haben die 32 *Einrichtungen* des Vereins Wiener Jugendzentren mehr als 645.258 *Kontakte zu Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen* im Verlauf eines Jahres.
- ✓ 281 *MitarbeiterInnen*, vorwiegend im pädagogischen Bereich, setzen sich für die Anliegen der jungen WienerInnen ein.
- ✓ *Kontakte/Frequenzverteilung*: 54,1% der Kontakte sind JuniorInnen und Jugendliche, 18,2% Kinder, 13,2% Erwachsene, 14,5% entfallen auf Raumüberlassungen und Vermietungen

- ✓ *Geschäftsfelder/Frequenzverteilung:* Größtes Geschäftsfeld ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs mit 65%, gefolgt von Mobiler Jugendarbeit mit 9,4%, Stadtteilzentren mit 9,2% und dem Kurszentrum mit 15,6%. Weitere 0,8% sind überregionale und sonstige Projekte.
- ✓ *Vernetzung:* Der Verein Wiener Jugendzentren arbeitete im Auftrag der Stadt Wien und kooperiert mit allen relevanten Einrichtungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit. Die Förderung von Kommunikation, gemeinsames Vorgehen und die Nutzung von Synergieeffekten stehen dabei im Vordergrund. Bestreben ist, durch Vernetzungsaktivitäten und Zusammenarbeit Lobbying für unsere Zielgruppe zu betreiben und für deren Anliegen und jugendpolitische Themen Öffentlichkeit zu schaffen.
- ✓ *Publikationen:* Mit einer Reihe von Publikationen wird versucht, theoretische und praktische Grundlagen für die fachliche Diskussion bereitzustellen. Neben Fachbüchern für Jugendarbeit sowie einer Schriftenreihe von interessanten Projektpräsentationen erscheint auch regelmäßig die Zeitschrift „See You“, in der AutorInnen Projekte und Entwicklungen beschreiben.

Wir freuen uns über ihr Interesse! Bei Fragen und für Bestellungen wenden sie sich bitte an:

Verein Wiener Jugendzentren, Pragerstrasse 20, 1210 Wien, Tel: 278 76 45, Fax: 278 76 45 – 25, <mailto:wiener-jugendzentren@jugendzentren.at> und besuchen sie uns auf unserer Homepage: www.jugendzentren.at

7. Verhaltenskodex ALPAC – Austrian Lobbying & Public Affairs Council

Präambel

Der ALPAC (Austrian Lobbying & Public Affairs Council) ist Österreichs erste Plattform, die alle Politik bezogenen Beratungstätigkeiten umfasst, fokussiert und repräsentiert. Lobbying, Public Affairs und jede andere Form der Beratung über Politik ganz allgemein sind stark personalisierte Dienstleistungen. Aufträge aus der Wirtschaft basieren in der Regel auf dem Vertrauen in die Person der Berater, auf ihre Fähigkeiten, auf ihre Vorbildung im Sinne der Politik und vor allem auf transparentem Verhalten und einer durchgängigen Ethik der Berater.

Auf diesen Sektoren tätige Personen haben eine Vermittlungsfunktion zwischen Wirtschaft und Politik und damit auch der Öffentlichkeit. Die Verbindung der Felder Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit verlangt daher von Politikberaterinnen und Politikberatern besondere Sensibilität und Transparenz in der Ausübung ihres Berufs.

Vor diesem Hintergrund haben die in Brüssel ansässige Society of European Affairs Professionals (SEAP), die American Association of Political Consultants (AAPC), die englische Association of Professional Political Consultants (APPC) und die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. (de'ge'pol) bereits Verhaltenskodizes verabschiedet.

Im Rahmen des Professionalisierungsprozesses von Politikberatung gibt sich der Austrian Lobbying and Public Affairs Council (ALPAC) einen eigenständigen Verhaltenskodex, um gegenüber der Öffentlichkeit und den Auftraggebern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein klares Zeichen der Transparenz zu setzen. ALPAC-Mitglieder sind selbstständige Beraterinnen und Berater oder Gesellschafterinnen und Gesellschafter von Beratungsunternehmen, die überwiegend in den Bereichen Lobbying und Public Affairs und anderen Formen der Beratung über Politik beruflich tätig sind.

Verhaltenskodex

Politikbezogene Beratung ist Bestandteil demokratischer Prozesse. In der Ausübung ihres Berufes respektieren und befördern die ALPAC-Mitglieder die Grundsätze des internationalen Rechtes und die Vorgaben der nationalen Gesetzgebung, insbesondere die Grundsätze der Freiheit der Meinungsäußerung, des Rechts auf Information, der Unabhängigkeit der Medien und des Schutzes der Persönlichkeitsrechte.

Integrität, die Einhaltung der demokratischen Spielregeln sowie die Achtung der demokratischen Grundordnung bilden die Voraussetzung für den Wettstreit um die besten Ideen und Konzepte. Mit diesem Selbstverständnis stehen die ALPAC-Mitglieder für die Professionalisierung Politik bezogener Beratung.

Die Mitglieder des ALPAC verpflichten sich, folgende Grundsätze bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit einzuhalten:

Wahrhaftigkeit

Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit gegenüber Auftraggebern, politischen Institutionen und der Öffentlichkeit: ALPAC-Mitglieder arbeiten ausschließlich mit Informationen, die nach bestem Wissen und Gewissen der Wahrheit entsprechen. Sie achten auf Transparenz und vermeiden Irreführung durch Verwendung falscher Angaben. Bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit geben sie den Namen ihres Auftraggebers bekannt, wenn sie für ihn tätig werden.

Diskretion

Verpflichtung zur Diskretion: Vertrauliche Informationen von aktuellen oder früheren Auftraggebern werden nur mit deren ausdrücklicher Zustimmung weitergegeben. Zudem tragen ALPAC-Mitglieder dafür Sorge, mögliche berufliche Interessenkonflikte im Sinne der gleichzeitigen Vertretung einander unmittelbar entgegenlaufender Interessen zu vermeiden. Bei möglichen Interessenkonflikten sind die Auftraggeber zu informieren.

Keine finanziellen Anreize

ALPAC-Mitglieder üben zur Kommunikation und Realisierung von Interessen keinen unlauteren oder ungesetzlichen Einfluss aus, insbesondere weder durch direkte oder indirekte finanzielle Anreize.

Keine Diskriminierung

ALPAC-Mitglieder verpflichten sich, in ihrer beruflichen Tätigkeit keine rassistische, sexistische, religiöse oder anderweitige Diskriminierung zuzulassen oder an ihr teilzunehmen.

Respekt

ALPAC-Mitglieder gehen mit Auftraggebern und Kollegen respektvoll um und verpflichten sich, deren berufliche und persönliche Reputation zu achten.

Klare Trennung

ALPAC-Mitglieder achten bei der Ausübung ihrer beruflichen Beratungs- und Vertretungstätigkeit auf die strikte Trennung zwischen ihrer beruflichen Tätigkeit einerseits und weiteren politischen Ämtern, Mandaten und Funktionen andererseits.

Keine Berufsschädigung

Jedes ALPAC-Mitglied vermeidet grundsätzlich Aktivitäten, die der Gemeinschaft der Politikberater, der Politikberatung an sich oder dem öffentlichen Ansehen der ALPAC schaden könnten.

Die Mitglieder des ALPAC haben mit ihrem Eintritt diesen Verhaltenskodex anerkannt und werden sich für dessen Einhaltung, Verbreitung und Weiterentwicklung einsetzen.

Wien, Juni 2004

[<http://www.alpac.at/alpac/> 25.08.2006]

8. Verhaltenskodex PASA - Public Affairs Society Austria

Public Affairs Beraterinnen und Berater haben aufgrund Ihrer Vermittlungsfunktion zwischen ihren Klienten, politischen Institutionen und Stakeholdern eine hohe Verantwortung zu tragen.

Public Affairs Beraterinnen und Berater müssen einerseits die Interessen ihres Auftraggebers wahren, andererseits das Vertrauen der politischen Institutionen und der Öffentlichkeit durch Integrität und Transparenz in ihrer Tätigkeit aufrecht erhalten.

Wahrhaftigkeit

Public Affairs Beraterinnen und Berater verpflichten sich gegenüber Auftraggebern, politischen Institutionen, den Medien und der Öffentlichkeit der Wahrheit Rechnung zu tragen. Sie müssen ausschließlich mit Informationen arbeiten und diese weitergeben, die nach besten Wissen und Gewissen auf Wahrheit und Genauigkeit geprüft wurden.

Public Affairs Beraterinnen und Berater müssen bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit den Namen ihres Auftraggebers bekannt geben.

Ehrenhaftigkeit

Public Affairs Beraterinnen und Berater dürfen ihre Kontakte nicht für illegale, sittenwidrige oder unethische Ziele benutzen.

Public Affairs Beraterinnen und Berater müssen ihre Klienten darauf aufmerksam machen, falls deren Ziele illegal, sittenwidrig und unethisch sein könnten. In solchen Fällen sollten politische Berater die Unterstützung dieser Ziele verweigern.

Public Affairs Beraterinnen und Berater dürfen zur Durchsetzung von Interessen keinen unlauteren oder ungesetzlichen Einfluss ausüben, insbesondere durch direkte oder indirekte finanzielle Anreize oder Geschenke.

Diskretion

Vertrauliche Informationen von aktuellen oder früheren Auftraggebern dürfen nur mit deren ausdrücklicher Zustimmung weitergegeben werden. **Vermeidung von Interessenskonflikten**

Public Affairs Beraterinnen und Berater sollen Interessenskonflikte im Sinne einer gleichzeitigen Vertretung von einander unmittelbar entgegenlaufender Interessen vermeiden.

Public Affairs Beraterinnen und Berater müssen auf eine strikte Trennung zwischen ihrer beruflichen Tätigkeit und privaten Aktivitäten und Engagements für politische Parteien oder in politischen Funktionen achten.

Der Verhaltenskodex dient dazu, den guten Ruf der Public Affairs Beraterinnen und Berater, das Image und den Erfolg ihrer Klienten sowie das Ansehen der gesamten Branche zu schützen. Mitglieder der PASA verpflichten sich, die Regeln des Verhaltenskodex einzuhalten.

Erstellt auf Basis des Codes of Conduct der SEAP sowie des Verhaltenskodex der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung. <http://www.pasa.at/html/verhaltenskodex.html> [25.08.2006]

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Tanja Wehsely, geboren am 07. Mai 1972 in Wien/Österreich, erkläre,

1. dass ich diese Diplomarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Diplomarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Wien, am 8. September 2006

Unterschrift